

KLIMAPOLITIK²⁶ ...

nur Sprechblasen

und

elitäre Ignoranz

??



Elmar Römpczyk

Text und Fotos: *Dr. Elmar Römpczyk*
Lektor: *Ino Cornely (Castrop-Rauxel)*
Druck: *Druckwelle*

Bonn 2022

Foto Umschlag vorn:
entschleunigte Landwirtschaft, Ost-Litauen

Foto Umschlag rück:
**Nachhaltigkeitsdebatte über regionalen Küstenschutz
(Deutsche, Letten, Russen, Warnemünde/Ostsee)**

Inhalt

DEN SPRECHBLASEN GEHT ENDLICH DIE LUFT AUS	5
Kurzer Blick zurück, nur eine Generation	13
Zukunft wird das, was wir dafür tun	15
Langer Blick nach vorn, ab 2021	16
NACH 16 JAHREN TRAGEN DIE STELSCHRAUBEN EINER KLIMAPOLITIK KLARNAMEN, AN DENEN DRINGEND GEDREHT WERDEN MUSS	19
• Konsumterror	
• Korruption	
• Gier / Betrug	
• Drehtürstrategie	
• Lobbyismus	
• und die Kollateralschäden: Föderalismus, Bürokratismus, Prekarisierung sowie EU-Einstimmigkeit	29
ANDERS IST MÖGLICH - ABER JETZT UND ERNSTHAFT UND SCHNELL	31
Sogar die große Ökonomie gibt sich den Anschein – <i>Vision 2050</i>	33
ANDERES DEUTSCHLAND IST MÖGLICH	39
LANDWIRTSCHAFT ALS ZENTRALER „GAME CHANGER“	43
„Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“	45
• Regionale Partnerschaft Elbetal/Wendland	
• Modell-Region Altmark	
Aber: Agro-Lobbyismus als Hemmschuh	52
Neoliberale Agro-Industrie dominiert	52
• Region Friesland : Soja - Milch	
• Agro-Industrie mit Hang zu Greenwashing	
• Agro-Roboter als Klimaschützer ?	
Widersprüche in der Agro-Politik : veröffentlichte Wahrnehmung	58
ANDERES SKANDINAVIEN IST MÖGLICH :	
KLIMA und CLUSTER als gesellschaftliches Projekt	60
NORWEGEN	62
Wichtige Ansätze für Cluster-Schwerpunkte:	62
• saubere Meere und Seen	
• Seafood Innovation Cluster	
• Oslo Renewable Energy And Environment Cluster	
Regionale Cluster in Norwegen	67
• Modell-Cluster : Eyde	
Water Footprint und Virtuelles Wassermanagement	72

SCHWEDEN	74
Differenzierte CLUSTER – POLITIKEN	74
• Diffuse Meer-Cluster	
• Industrie-Cluster	
Kommunale Cluster	77
• z.B. Göteborg	
• z.B. Växjö	
• z.B. Malmö	
• Architektur, Rohstoffe, Identität für Skandinavien und mehr	85
Regionale Cluster in Schweden	93
• z.B. Cluster Värmland - Nord-Mittel Schweden	
• Partizipative Bioökonomie	
Welche Lehren zieht man in Schweden aus dem Cluster-Ansatz?	97
• Triple Helix allein reicht nicht	
• Cluster-Blockierer : G7 und ICT-Konzerne	
EUROPÄISCHE UNION : AGRARREFORM HILFT KLIMAPOLITIK ?	103
EU-Agrarpolitik (GAP) auf zwei Säulen	103
• Erste Säule GAP	
• Zweite Säule GAP	
EU - GREEN DEAL	106
• Erneuerbare Energien	
• Biodiversitätssicherung	
• Ökologische Landwirtschaft	
EU - LEADER, integrierte regionale Agrarförderung	110
• Hochmoor-Landschaft Nord-Schwarzwald	
• Norddeutsche <i>FoodRegio</i> : ein bißchen wie <i>Region Aktiv</i>	
• Bergisches Wasserland	
EU - FARM to FORK: Öko-Direktvermarktung als Klimaschutz	117
• Agropolitik mit Kollateralschäden	118
„EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH“	119
Eine andere Welt bedeutet : weniger GLOBALISIERUNG	124
Eine andere Welt funktioniert mit realer KREISLAUFWIRTSCHAFT	131
Finnischer Praxistest : lokale / regionale Kreislaufwirtschaft	134
Finnlands <i>Road Map to a Circular Economy 2016-2025</i> :	
Initiative mit EU-Ausstrahlung	140
AUSBLICK welch ein Ausblick	142
Taxonomie – offenbar ernst gemeint	144
Der andere Ausblick auf kompetente Bürgergesellschaften	146

DEN SPRECHBLASEN GEHT ENDLICH DIE LUFT AUS

Die Debatte ist mal wieder eröffnet: wie kommen wir aus der destruktiven Wirtschafts- und Umweltpolitik wieder heraus, die seit einem halben Jahrhundert viel finanziellen Reichtum an wenigen Stellen der Weltgesellschaft angehäuft hat und dabei unglaublich starke soziale Verwerfungen und ökologische Desaster für die Mehrheit der Menschheit verursacht.

Von Klimakrise zu reden reicht nicht, weil es nicht „die Klimakrise“ gibt, sondern weil es tatsächlich und konkret um Überausbeutung natürlicher Rohstoffe und Landschaften auf Kontinenten und in Meeren geht; weil Überflußgesellschaften im globalen Norden systematisch zur Verarmung im globalen Süden beitragen und damit zu einer Flüchtlingswelle nach der anderen; weil von immer größerem Energiebedarf die Rede ist, aber kaum je von Konsumverzicht und von weniger globalem Tourismus und von weniger globalisiertem Handel und von weniger sinnentleerter Geldgier. Klimapolitik bedeutet daher eine Handlungsstrategie zu besitzen und einzusetzen, die sich auf eine größere Zahl spezifischer Politiken stützt.

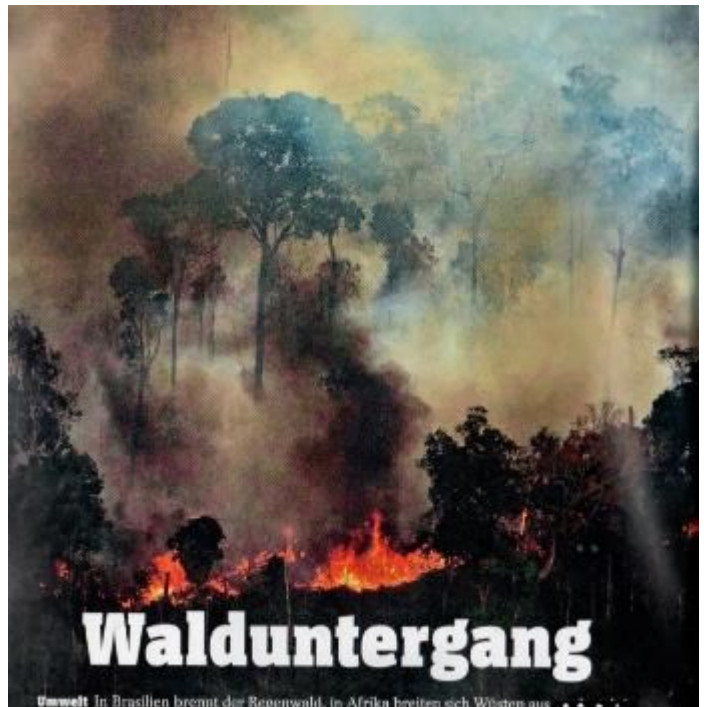
Deswegen kann ein sog. „Klimakanzler“ dann kein ernstzunehmender Politiker sein, wenn Kabinettsmitglieder sich vor allem als Lobbyisten der Autoindustrie, der Agroindustrie, der Finanzwirtschaft bewähren dürfen – und damit de facto die größten Klimaschädiger politisch „pampern“. Als erstes muß der amorphe Begriff „Klima“ daher in seine wesentlichen Bestandteile zerlegt werden, müssen die Stellschrauben in ihrem Zusammenwirken konkret benannt werden, an denen gedreht werden muß, um letztlich auch sinnvolle Klimaschutzpolitik zu ermöglichen.

Genau dazu hatte sich schon vor 50 Jahren die Wissenschaft der Welt als Club of Rome versammelt und der Weltwirtschaft und den Weltkonsumenten gelbe Karten auf den Tisch gelegt, darauf waren „Grenzen des Wachstums“ markiert. Die Grenzen waren deutlich erkennbar und wurden nachgewiesen. Nach einem großen Sprung folgten ab 1995 bis 2021 insgesamt 26 Weltklimagipfel, zu denen die UN-Mitgliedsregierungen eingeladen waren und machten sich mit ihrer Kleingeistigkeit lächerlich vor der Weltgesellschaft. Und demonstrierten 2021 in Glasgow noch immer ihre sterile Aufgeregtheit und produzieren Sprechblasen mit leeren Versprechungen (wenn sie nicht gleich dem „Summit“ fernbleiben, wie die Präsidenten von China oder von Russland, den ganz großen Klimaschädlingen). Natürlich wäre die in Glasgow am Ende verlautbarte Zusammenarbeit zwischen den beiden allergrößten Klimaschädlingen - China und USA - ein außerordentlich wichtiges Signal, wenn man nicht den Verdacht hegen müßte, dass die aus dem Hut gezauberte Zusammenarbeit aus zweifachem Grund sehr genau beobachtet werden muß. Denn:

beide Länder zusammen verursachen rd. 45% der globalen CO₂-Emissionen und bilden damit ein unschlagbares Verschmutzer-Oligopol. Und Oligopole bestimmen die globalisierte Weltwirtschaft, weil es „freie Marktwirtschaft“ ja nur auf dem Papier gibt.¹ Weder die selbstgesetzten Spielregeln in China (CO₂-Ausstieg ~2060) noch die der USA konnten bisher irgendjemanden in der Weltgesellschaft von der Ernsthaftigkeit ihrer Klimapolitiken überzeugen. Es gibt kaum einen ernsthaften China-Beobachter, der Chinas Präsident dessen langfristiges strategisches Denken abspricht. Präsident Xi ist auf Lebenszeit gewählt. Präsident Biden wird mit viel Glück eine zweite Amtszeit erreichen. Xi wird eines Tages wenig Mühe haben, der Welt zu erklären, dass China seine Klimaschutz-Zusagen eingehalten habe, die USA aber nicht – weshalb China sich nicht länger von den USA verschaukeln lasse oder so ähnlich. Hier also stehen wir 2021/2022 und noch immer schwebt das Motto des Weltsozialgipfels von 2003 in Porto Alegre über allen Debatten: „Eine andere Welt ist möglich“ und noch immer wird die Forderung indigener Völker nach „gutem Leben“ im globalen Norden mit Überfluß verwechselt. Indigene Völker (die es glücklicherweise noch gibt) sprechen von „gutem Leben“ und meinen damit „richtig und sinnvoll leben“, ohne das Haus abzufackeln, in dem man selber wohnt. Wer will, kann genau dieses Abfackeln jeden Tag auf Borneo oder in Amazonien verfolgen.....

*Quelle: DER SPIEGEL,
31.8.2019*

Wer oder was hindert uns am „guten Leben“? Vor 20 Jahren war die Jugend der Welt beim Weltsozialforum in Porto Alegre versammelt und formulierte voll motiviert mit dem indigenen Denken im Hinterkopf: „eine andere Welt ist möglich“. Dann kam Brasiliens krimineller Präsident Bolsonaro



¹ die unglaubliche Kurzsichtigkeit europäischer Spitzenpolitiker und führender Unternehmer (z.B. A. Merkel und VW-Vorstände) hat bis 2021 dazu geführt, dass über Chinas Seidenstraßen rd 20% des europäischen Handels nur mit China abgewickelt werden. Allerdings gibt es auch in Deutschland und in Brüssel immer mehr Stimmen, die das chinesische Oligopol als untragbar für Europas Wirtschaft und den exzessiven Welthandel als größtes Hemmnis für jede Form von Klimapolitik halten

und zerstört bewußt jegliche Illusion, indem er Amazonien zerstören läßt
.....und das - wie D. Trump - auch noch als zivilisatorischen Fortschritt preist....



*Eduard Munch hatte sein berühmtes-
tes Gemälde „Schrei der Natur“ ge-
nannt. Dabei hatte er wahrscheinlich
noch die Erinnerung an den schlimms-
ten Vulkanausbruch gespeichert
(Krakatau), den die Menschheit bis
dahin erlebt hatte, mit Himmelsver-
färbungen bis nach Norwegen. Heute
würde Munch problemlos dasselbe
Bild mit demselben Untertitel malen.
Wären die Betrachter heute genauso
aufgewühlt, wie 1895 ?*

Heute schreit die Natur lauter als der
indonesische Krakatau. Aber dieser
Schrei wird durch immer mehr und
immer schnelleres wirtschaftliches
Wachstum und einen unfassbar „ver-

fressenen“ Konsumterror im globalen Norden übertönt, ausgeblendet, igno-
riert.

Anders als zu Munchs Zeiten gehört sein Land Norwegen heute nicht mehr
zum europäischen Armenhaus. Das skandinavische Norwegen gehört heute zu
den Ländern in Europa, in denen auf die Ursachen des „Schrei der Natur“ kon-
struktiver reagiert wird als im durchgängig neoliberalen Deutschland der Mer-
kel-Kabinette. Diese andere Reaktion auf den „Schrei der Natur“ kann ein
sinnvoller Ansatz im ernsthaften Umgang mit der sog. Klimakrise sein. Diese
andere Reaktion hat mit einem anderen Demokratieverständnis als in der
Merkel-Periode zu tun und mit einem anderen Verständnis von volkwirt-
schaftlichem Handeln und nicht zuletzt mit dem **Bewusstsein, dass die Natur
zwar ohne den Menschen gut existieren kann, der Mensch aber ohne die Na-
tur aufgeschmissen ist.**

Hoffnungsvoll stimmende Ansätze einer anderen Wirtschafts- und Umweltpo-
litik und damit Klimaschutzpolitik lassen sich mit **integrierter regionaler Ent-
wicklung** verknüpfen, den sog. „Regionalen Cluster“, wie sie auch in Deutsch-
land oder in Portugal, vor allem aber in Skandinavien entwickelt sind und auf
mehr setzen als nur auf Wachstum des Bruttosozialprodukts.

Vor allem verbindet sich Hoffnung auf Wandel mit **regulierter Kreislaufwirt-
schaft** anstelle sogenannter freier Marktwirtschaft (die es ja faktisch nirgends
gibt). Auch hier bietet Skandinavien mit Finnland und Städten wie Turku oder
Schweden mit Städten wie Växjö konkrete Klimaschutzpolitik. Und wenn jetzt
die Sprechblasenpolitiker (in Deutschland nach 16 Jahren) von der angestrahlt-

ten Bühne in den dunklen Orchestergraben rutschen, werden auch wieder erheblich größere Zusammenhänge sichtbar, die erkennen lassen, dass die Klima-Krise ein anderes Wort für ein extrem widersprüchliches System ist, das über viele Stellschrauben verfügt, an denen gleichzeitig in eine andere Richtung gedreht werden muß.

Es ist nicht das **Auto** allein, aber da kann man anfangen - nur nicht e-Autos mit Problemlösung verwechseln. Und nicht **Elon Musk** feiern, weil der reichste Mann der Welt großzügig ein milliardenschweres Aktienpaket verkauft, um endlich seine Steuern zu bezahlen.² Es ist auch nicht die **Energiewirtschaft** allein. Aber beim tatsächlichen Kohleausstieg aus den Garzweiler-Gruben kann man anfangen und nicht, wie ein Ministerpräsident **Laschet** lieber Braunkohle weiter abbauen und zusätzlich das größte Kohlekraftwerk Europas (2020, Datteln IV) anfahren.³ Wer auch immer als Nächster die CDU anführt – Deutschland darf sich erst einmal freuen, dass ein Armin Laschet weder Ministerpräsident des größten Bundeslandes NRW geblieben ist noch gar Bundeskanzler wurde. Was für ein Klimakanzler wäre das geworden.....



Horror-Szenario: Garzweiler Braunkohle-Tagebau (Foto: ER)

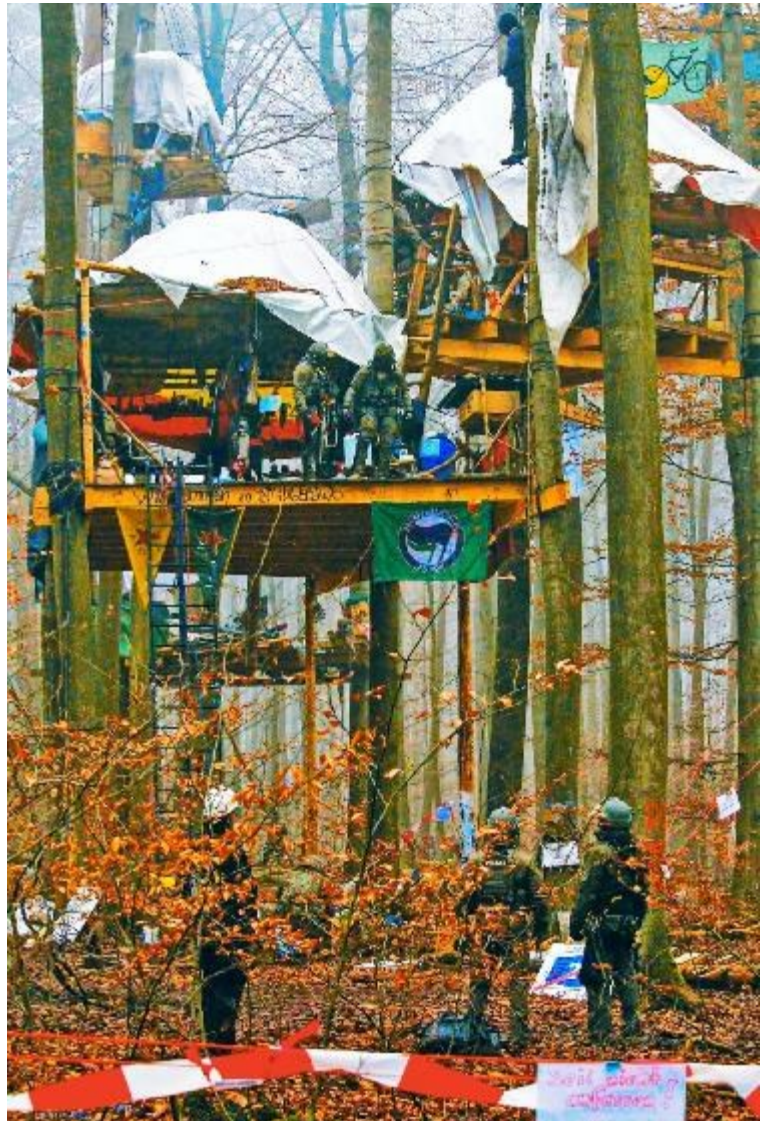
² **Musk** verkaufte allein im November 2021 TESLA-Aktien im Wert von insgesamt etwa 7,8 Milliarden Dollar (rund 6,9 Mrd Euro) mit der Erklärung, erst dadurch Steuern zahlen zu können

³ Das mehrheitlich mit finnischem Kapital erbaute Kohlekraftwerk Datteln IV wurde im Laufe der Jahre mehrfach gerichtlich untersagt, aber 2017 erteilte die Landesregierung **Laschet** (CDU) die emissionsrechtliche Genehmigung, obwohl die Anlage nicht nur gegen breiten Bürgerprotest und gegen die öffentliche Klimaschutzdiskussion gerichtet ist, sondern sogar 5 Km vom beantragten Standort errichtet worden war. Seit Mitte 2020 läuft die Anlage im vollen Betrieb, aber immer noch gegen den Gerichtsentscheid des OVG Münster, also als „Schwarzbau“

Betrüblich ist dabei nicht zuletzt, dass diese Klima-Politiker ihre politischen Sprechblasen auch mit Polizeigewalt gegen klimabewusste Bürger durchsetzen – und nicht im Braunkohlebecken Garzweiler allein, sondern ebenso im hessischen Dannenröder Wald, wo der CSU-Verkehrsminister Scheuer Wald gegen neue Autobahn austauschen wollte. Auch das wurde nicht als Klimaschutz anerkannt.....

*im Dannenröder Wald,
26.11.2020*

Es ist auch nicht die **Agroindustrie** allein. Aber bei der Abschaffung der Massentierhaltung und der Rodung von Regenwäldern, um Tierfutter und Ölpalmen zu produzieren, kann man anfangen und nicht, wie ein vorheriger Umwelt-, Energie-, Aussenminister **Gabriel** vom größten Schweinefabrikanten in Deutschland, Tönnies, ein Zubrot als Lobbyist erwirken, um direkt gegen Klimaschutz zu arbeiten.⁴



⁴ 2020 berichtete das ARD-Magazin "Panorama", dass **Gabriel** vom Unternehmer Tönnies ein Pauschalhonorar von 10.000 Euro im Monat sowie ein zusätzliches vierstelliges Honorar für jeden Reisetag erhalte. "Für normale Menschen sind 10.000 Euro viel Geld", sagte der frühere Bundeswirtschaftsminister. "Aber in der Branche ist das kein besonders hoher Betrag. Ich bin kein Politiker mehr." Gabriel betonte, er habe die Tätigkeit für Tönnies "nicht als Lobbyarbeit begriffen". Niedersachsens SPD-Chef Weil erklärte hingegen in Hannover, seit langem sei bekannt, dass Tönnies "wie kaum ein anderes Unternehmen für die unhaltbaren Verhältnisse in der Fleischindustrie steht". Umso unverständlicher sei, dass Gabriel einen solchen Beratervertrag

Eine der ganz dicken Stellschrauben, an denen sich Klimapolitik ab 2022 entscheiden wird, ist jedenfalls der Agrarsektor. Sowohl in Deutschland als auch in Skandinavien gibt oder gab es seit Jahren die erforderliche politische Erkenntnis, dass der **Agrarsektor zu den Schlüsselbereichen für ernsthafte Umwelt und Klimapolitik** gehört. Deswegen steht der Agrarsektor auch im Mittelpunkt dieses Beitrags. Da weder Klimaschutz noch Nachhaltigkeit eine rein deutsche Thematik sind, wohl aber innerhalb der Europäischen Union eine gewichtige Rolle spielen können, wird in die folgenden Beobachtungen auch der **GREEN DEAL** der EU-Kommission als eine der dicken Stellschrauben mit einbezogen, an denen ab 2022 politisch und finanziell gedreht werden kann, insbesondere wenn Reformen der EU-Landwirtschaftspolitik und die damit verknüpften Innovationen der Programme LEADER und FARM to FORK nicht im Streit zwischen West- und Ost-Europa zermahlen werden.⁵

Ab 2022 bietet eine neue deutsche Regierung das Potenzial, die 16 vertanen Merkel-Jahre aus dem „Weiterso“ herauszuführen. Ihr Motto lautet schließlich „**Fortschritt wagen**“ und das knüpft ganz offensichtlich an das Motto des ehemaligen Kanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt an: „**Demokratie wagen**“. Viel Hoffnung auch für eine effektive Klimapolitik.

Für einen Vortrag in Riga vor Kommunalpolitikern (2005) hatte ich diese Komplexität versuchsweise in ein grafisches Schema gefasst und darin gesellschaftspolitische Handlungsfelder vorgeschlagen:⁶

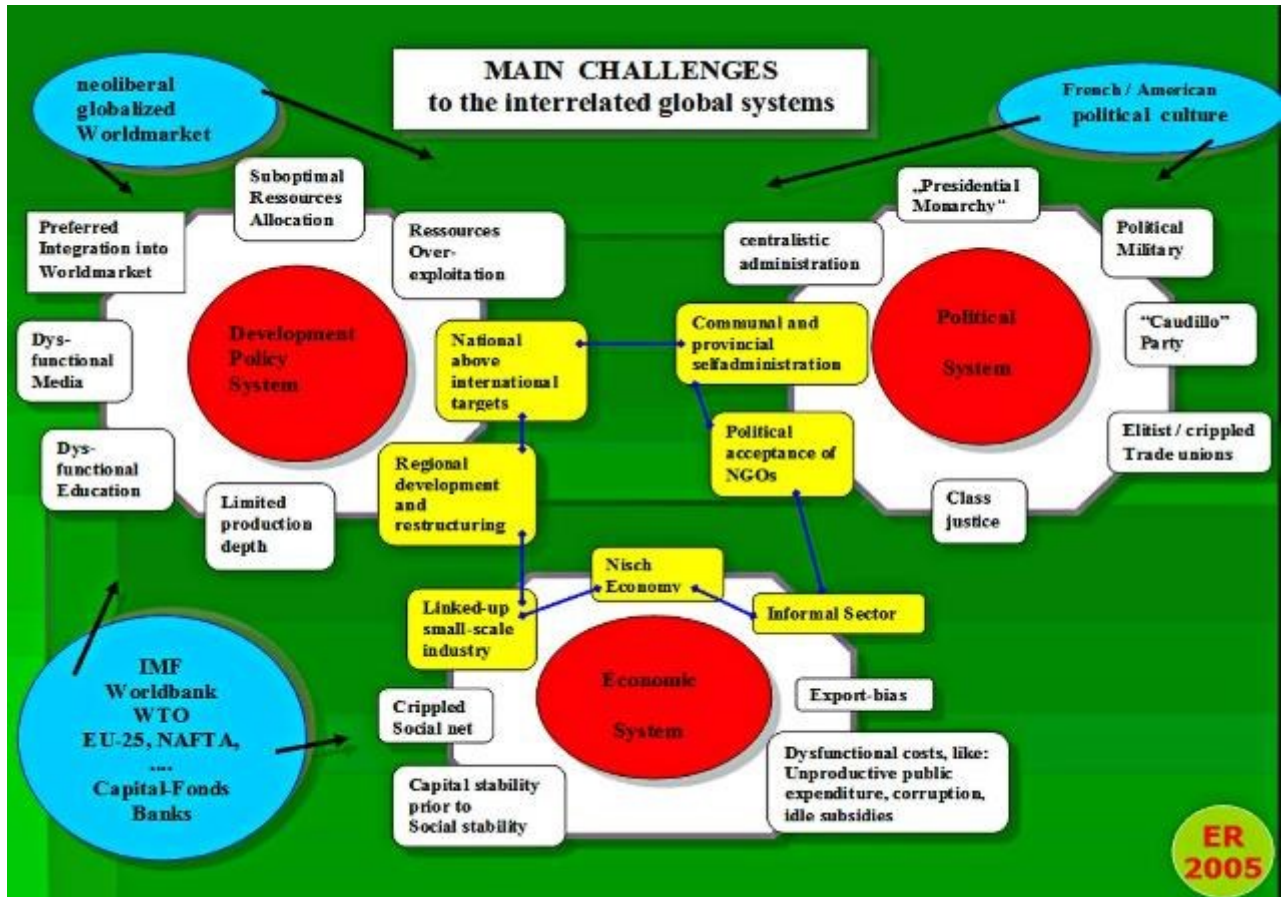
abgeschlossen hat. "Der politische Schaden für die SPD ist unbestreitbar" - und für die Klimapolitik, hätte er hinzufügen können.....

⁵ **LEADER**, französische Abkürzung für das ländliche Förderprogramm der EU seit 1991: Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale (Verknüpfung unterschiedlicher Maßnahmen zur Entwicklung ruraler Wirtschaft)

GREEN DEAL wurde Ende 2019 von der neuen EU-Kommission mit dem Ziel vorgestellt, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Der Vizepräsident der Kommission, F. Timmermans, macht allerdings keinen Hehl daraus, dass der GREEN DEAL keineswegs eine radikale Abkehr von der konventionellen Wachstumsideologie ist. Er erklärt: *The Green Deal is Europe's new growth strategy*

FARM to FORK: der erste EU-Versuch, Lebensmittelqualität durch abgestimmte Politiken für Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Handel u.a.m. zwischen 2021-2030 abzusichern

⁶ übernommen aus einem Vortrag in Riga, ER: *Main challenges through globalization*, 2005



In dieser Skizze von 2005 stellen die blauen Kreise die dominierenden Kräfte und Denkweisen auf der globalen Meta-Ebene dar. Die roten Flächen sind die globalen systemischen Handlungsfelder. In den weißen Flächen sind einige der meist wahrgenommenen Probleme benannt. Die gelben Flächen deuten die Richtung an, wie auf die weißen Probleme reagiert werden kann (und auch wird), um eine andere Welt möglich zu machen.

Die Stellschrauben, an denen in den gelben Flächen gedreht werden muß, wurden dann später deutlicher ausdifferenziert und als politische Handlungsfelder für die Weltgemeinschaft formuliert: das Mosaik der **17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Agenda 2030)**:

Möglichkeiten, auf die politisch-ökonomischen Verwerfungen unseres Weltsystems zu reagieren



Doch zunächst ein kurzer Blick zurück, um dann klarer nach vorn zu schauen.....



KURZER BLICK ZURÜCK, NUR EINE GENERATION ⁷

Zu Anfang der 1990er Jahre wurde für viele Teilbereiche der Wirtschaft von einer wachsenden Zahl an Politikern und Wissenschaftlern mal wieder umweltbewusstes Verhalten gefordert. Als Umweltkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte ich daher 1993 in Bonn eine Konferenz mit dem Titel organisiert: „Zukunft der Industriegesellschaft“. Aus meiner Sicht mussten die diversen Neuerungsvorschläge instrumentalisiert und auf ihre Synergien geprüft werden. Es mußte einen gesamtgesellschaftlichen Bezugsrahmen geben. Als viel diskutierte Referenzpunkte lagen noch immer der **Brundtland-Bericht** auf dem Tisch (*Our Common Future*).⁸ Daneben lag der andere, vorangegangene, ebenso zukunftsweisende **Brandt-Bericht** (*Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer*).⁹ Der Brandt-Bericht mit stärker politischer Akzentsetzung:

vorgelegt 1987

vorgelegt 1980

<p>Der BRUNDTLAND-BERICHT nennt eine Reihe von Bedingungen, die zur Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung vorhanden sein müssen, darunter:</p>	<p>Der BRANDT-BERICHT legte ambitionierte Reformvorschläge für ein ausgewogeneres Weltsystem zwischen globalem Norden und globalem Süden vor:</p>
--	--

⁷ Zusammen mit F. Schumacher haben wir eine Zusammenfassung der Debatten dieser Konferenz als Publikation der FES Anfang 1994 unter demselben Titel herausgegeben. Aus dieser Publikation sind im Folgenden einige Stichworte übernommen

⁸ Der **Brundtland-Bericht** wurde zwischen 1983 und 1987 von der eigens gegründeten **Weltkommission für Umwelt und Entwicklung** der Vereinten Nationen erstellt. Die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland hatte den Kommissionsvorsitz. Besondere Wirkung konnte die Kommission mit der Durchsetzung des Begriffs „Nachhaltige Entwicklung“ erreichen.

⁹ Die **Brandt-Kommission**, auch **Nord-Süd-Kommission**, war 1977 als „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ gebildet worden. Die Anregung hatte der damalige Weltbank-Präsident McNamara geliefert (bemerkenswert, weil Robert McNamara zunächst der erste Präsident der Ford Motor Company wurde, der nicht aus der Familie Ford stammte; später berief Kennedy den liberalen Republikaner zum US-Verteidigungsminister und von 1968 bis 1981 war er Präsident der Weltbank). Er hatte Willy Brandt für den Vorsitz der Kommission vorgeschlagen – ein ex US-Verteidigungsminister schlägt den deutschen Träger des Friedensnobelpreises vor! Nach über zwei Jahren intensiver Beratungen legte die Kommission Anfang 1980 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den Nord-Süd-Bericht vor mit dem Titel „Das Überleben sichern“ („North-South: A Programme for Survival“). Mit dem Bericht wurde die Aufmerksamkeit auf die immer dramatischeren Probleme der sog. Dritten Welt gelenkt. Eine wichtige Forderung galt einer neuen Weltwirtschaftsordnung unter aktiver Einbeziehung des globalen Südens

<ul style="list-style-type: none">• die Notwendigkeit, das Bevölkerungswachstum zu kontrollieren;• die Förderung eines technologischen Wandels, der "sauberes Wachstum" ermöglicht;• eine Preispolitik, die sich an der Knappheit natürlicher Rohstoffe orientiert;• eine Reform der Institutionen-Politik derart, dass sich ökologische und ökonomische Handlungsstrategien nicht gegenseitig blockieren, sondern ergänzen;• verbesserte Qualität bei zentralen Entwicklungsfaktoren, wie qualifizierte Arbeitsplätze, professionelle Bildung und Fortbildung;• eine Konsumorientierungspolitik mit dem Ziel, begrenzt vorhandene und nicht-erneuerbare Rohstoffe zu schonen und die Abfallentstehung zu mindern	<ul style="list-style-type: none">• Bekämpfung der absoluten Armut und die Befriedigung der Grundbedürfnisse, etwa durch ein Nahrungsmittelprogramm für die ärmsten Länder,• bessere Förderung der ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft,• Stabilisierung der Rohstoffpreise,• Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel, insbesondere durch den Abbau des Protektionismus der Industrieländer,• Ausbau der Stimmrechte der Dritt-Welt-Staaten in der Weltbank und beim IWF.
--	---

Beide Berichte waren im Auftrag der UN Staatengemeinschaft über mehrere Jahre von international anerkannten Fachleuten unterschiedlicher Disziplinen aufwändig erstellt worden und erleichterten den Teilnehmern der FES-Konferenz ihre eigenen Positionierungen:

*Die Politik muß sich den Herausforderungen aus wachsender Ungleichheit innerhalb einzelner Gesellschaften; den zunehmenden Spannungen im Nord-Süd-Gefälle und ganz dringend den Herausforderungen durch **systematische Umweltzerstörungen** stellen. Die gesellschaftspolitischen Konsequenzen des europäischen Wachstumsmodells kulminieren nicht in Politikverdrossenheit, sondern in der **Unfähigkeit, eine konsensfähige Reformidee zu entwickeln.***

(MICHAEL MÜLLER, SPD-MdB)

*Der westliche Wohlstandsbegriff ist durch die Ausbeutung von großen Teilen der eigenen Gesellschaft sowie der „Entwicklungsländer“; durch die Überausbeutung des gegenwärtigen Umweltraumes und durch die vorgreifende Ausbeutung des Lebensraumes künftiger Generationen erkaufte. Es ist Aufgabe der Politik, **Optionen und Alternativen aufzuzeigen, Paradigmen zu hinterfragen und den Willensbildungsprozeß katalytisch, also***

ohne Monopolisierung des Diskurses durch die Parteien, zu fördern. Die Reduzierung einer kritischen öffentlichen Auseinandersetzung auf die Verständigung zwischen den Parteien und die Profilierung einzelner Politiker, wie z.B. in den Energiekonsensgesprächen des Jahres 1993, untergräbt den gesellschaftlichen Konsens und damit die Instrumente eines fundamentalen ökologischen Umbaus.

(Prof. **KLAUS MICHAEL MEYER-ABICH**, Hochschullehrer für Naturphilosophie an der Universität Essen)

In Anspielung an Erhard Epplers Warnung vor „einer Politik ohne Projekt“ formulierte SPD-Vorsitzender Scharping seine Warnung an die Sozialdemokratie, dass dort, wo der Politik das Projekt fehle, die postmoderne Beliebigkeit wachse, gerade dann, **wenn Parteien projektlos vor sich hin schlingeren und die Personen und ihre Selbstdarstellung an die Stelle des Projekts träten.** Er unterschied klar zwischen dem Verdruss an der Politik, den es seiner Meinung nach nicht wirklich gibt, und dem Verdruss an politischen Verhaltensweisen und den Politikern selbst. Lediglich die Koalition von reformorientierten und politisch aktiven Bürgern könne das Gelingen des Reformbündnisses und die Zukunft der parlamentarischen Demokratie sichern. Dazu muß ein doppelter Generationenvertrag her, der soziale und ökologische Komponenten als integrierte Bestandteile desselben Projekts begreift. **Der ökologische Generationenvertrag** wird nicht zustande kommen, wenn **der soziale Generationenvertrag** nicht glaubwürdig vermittelt werden kann; und auch der soziale Generationenvertrag kann nicht funktionieren, wenn er nicht eine ökologische, d.h. eine auf dauerhafte künftige Entwicklung orientierte Perspektive beinhaltet.

Die **wenige Zeit, die zum Handeln verbleibe**, müsse sinnvoll von breiten, konsensorientierten Akteurskoalitionen zum ökologischen und sozialen Umbau genutzt werden.

(**RUDOLF SCHARPING**, damals SPD-Vorsitzender)

Zukunft wird das, was wir dafür tun –

so hatte ich als Ergebnisformel die FES-Konferenz zusammengefasst. Und zu tun gab es eine Menge:

Ein neuer Schub für die soziale und ökologische Modernisierung brauchte veränderte Politikformen. Neue Wege politischer Entscheidungsfindung und Durchsetzung, die sich abzuzeichnen begannen, müssten offen getestet und konsequent ausgebaut werden, um sie gangbar zu machen:

in offenen, aufgabenbezogenen Bürgerdialogen sollten Bürgerinnen und Bürger, die am entschiedensten auf Veränderungen drängen, an der Bestandsaufnahme des heutigen Zustandes und der Ausformulierung einer sozial-ökologi-

schen Reformpolitik unmittelbar beteiligt werden. Bürgerforen sollten zugleich der Zusammenführung lebensweltlicher Einzelinteressen (Wissenschaft, Wirtschaft, Publizistik, Politik, Forschung, Kirchen, Gewerkschaften) mit gesamtgesellschaftlichen Handlungsnotwendigkeiten dienen.

Würde die aktuelle Verteilung von Macht und Reichtum bestehen bleiben, so würden sich die sozialen Unterschiede weiter vertiefen, vor allem zwischen Nord und Süd, aber ebenso innerhalb unserer eigenen Gesellschaft. Eine andere Zukunft ist mit den uns vertrauten Mitteln, dem exponentiellen Wirtschaftswachstum und den herkömmlichen Formen von Konkurrenz und Konflikt, nicht zu bewältigen.

Unsere Zeit ist gekennzeichnet von der Überbetonung des Individualismus und der Ausbreitung eines expressiven Lebensstils, wobei Leitvorstellungen wie Solidarität und persönliche Begrenzung zugunsten des Gemeinwohls keinen anerkannten Platz haben. Doch Gemeinsinn und die Orientierung auf die Rechte aller Menschen sind die Grundlagen jeder menschenwürdigen Zivilisation - einer komplexen, von kontroversen Interessen bestimmten Gesellschaft allzumal. Ohne ein Mindestmaß an gegenseitiger sozialer und ökologischer Rücksichtnahme können die großen Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigt werden. Auch nicht die Bewahrung des inneren und äußeren Friedens und der persönlichen Freiheit.

Die Konferenz von 1993 hatte einen hoffnunggebenden Eindruck vermittelt, den wir als den aktuellen Stand der gesellschaftspolitischen Diskussion verstanden und durch die Publikation an die interessierte Öffentlichkeit mit unserem Fazit weitergeben wollten:

Der heutige Wachstumsfetischismus ist nicht vereinbar mit der Aufgabe, Armut und Elend zu überwinden und der großen Mehrheit der Menschen eine würdige Existenz zu ermöglichen. Und auch die Verpflichtung, unseren Kindern und Kindeskindern menschenwürdige Lebensbedingungen zu bewahren, ist angesichts der endlichen Naturgüter und störanfälligen Umwelt auf dem bisherigen Weg nicht einlösbar.



LANGER BLICK NACH VORN, AB 2021

Auch eine Generation nach Brandt und nach Brundtland und zwei Generationen nach dem Club of Rome sind noch immer die hässlichen Züge des globalen Kapitalismus zu sehen. Und sie sind noch immer die Elemente, die vor allem geändert werden müssen, sonst bleiben die Narrative „Klimakrise“ und „Umweltkrise“ und „Flüchtlingskrise“ weiterhin nur Sprechblasen.

Ende 2021, knapp 30 Jahre nach der zitierten FES-Konferenz, überschlägt sich dann einiges: UN-Vollversammlung in **New York** mit einer Saurier-Animation, um die Delegierten endlich zur Klarsicht auf das real existierende katastrophale Verhalten von Politik und Wirtschaft und Konsumenten in so vielen Teilen des Planeten zu zwingen. (Dabei mussten die Saurier damals noch unverschuldet abtreten).

In **Rom** findet zur gleichen Zeit ein weiteres steriles Showlaufen der G-20-Regierungschefs statt, wobei der US-Präsident auf seiner Agenda ganz oben seinen Papstbesuch stehen hat, aber zum Hauptthema „Klima“ einen deutlich kleineren Beitrag anbietet als was er genau ein Jahr zuvor bei der Ablösung von D. Trump der Welt versprochen hatte: nämlich „Klima-Präsident“ zu sein, der größte, den die Welt bisher gesehen hat. Das war vielleicht eine kleine Spitze in Richtung „Klima-Kanzlerin“ Merkel, die sich bei früheren G20- oder G7-Gipfeln ja so ansprechen ließ. Tatsächlich hatte sich Joe Biden selber ein innenpolitisches Bein gestellt, weil er nicht in der Lage war, seine eigene Demokraten-Partei hinter seine programmatische Erneuerung der USA zu versammeln (leider erschien auch Kamala Harris, seine Vize, nicht mehr als Dynamisiererin neben Biden und prompt ging die erste Gouverneurswahl für die Demokraten in Virginia verloren und D. Trump sah seine politischen Chancen für 2024 wachsen).

Und dann in **Glasgow** – man wagt es kaum noch zu benennen – findet zum **26. Mal** der Welt-Klima-Gipfel statt. Seit 1979 zum 26. Mal die Präsentation von absoluter Ignoranz, politischer Dummheit und exzessivem Lobbyismus Diese politischen Eliten leben längst in einer virtuellen Blase, wie sie die TikToks und Instagrams nicht besser erfinden könnten.....vor allem, weil sie den Satz vom kontrollierten Konsumverzicht nicht im Vokabular haben und eher dem Wettstreit der Multimilliardäre zuschauen, wer da wohl seine Weltraumtouristen am höchsten ins All raketet.....¹⁰

In Europa ist diese aktuell erreichte Entwicklung seit den 1980er Jahren durch unglaublich schwere politische Fehler charakterisiert. Einerseits das verfehlte Selbstverständnis sog. sozialistischer oder kommunistischer Staatslenker und der sie tragenden Parteien, die die Sowjetunion durch ihren verlustreichen

¹⁰ “At least **503 fossil fuel lobbyists**, affiliated with some of the world's biggest polluting oil and gas giants, have been granted access to COP26, flooding the Glasgow conference with corporate influence. (<https://www.globalwitness.org/en/press-releases/hundreds-fossil-fuel-lobbyists-flooding-cop26-climate-talks>; 8th November, London/ Glasgow).

Jeff Bezos (57), Amazon-Gründer und vielleicht reichster Mensch der Welt leistet sich im Juli 2021 mit seinem Bruder mal eben einen „**Orbit-trip**“ vom eigenen Blue-Origin-Weltraumhafen Launch Site One in Texas und lädt als Ehrengast die 82-jährige Ex-Pilotin Wally Funk dazu. **Klima - nein, danke**

Kampf gegen den kapitalistischen Westen an ihren innergesellschaftlichen Widersprüchen zerbrechen ließ. In der DDR unübersehbar und hinter einer Mauer „die niemand bauen wollte“ (Ulbricht).

Andererseits hatten die global und seit weit über 100 Jahren geführten Kriege der US-Regierungen (anfänglich gestützt auf die „Monroe-Doktrin“) zu der inzwischen hochexplosiv aufgeschaukelten Staatsverschuldung der USA geführt. Nie zuvor gab es eine vergleichbare Schuldenlast eines einzelnen Staates, wie die der USA, die sich nominell allein zwischen 2003 und 2021 von ca 6.700 Milliarden US\$ auf 12.400 Mrd (2009); auf 17.500 Milliarden (2013); auf

22.100 Milliarden US\$ (2021) katapultierte: **22.100.000.000.000 US \$** !

Präsident Nixon hatte zwar schon 1971 die Konvertierbarkeit des Dollar in Gold abrupt aufgehoben, aber damit keinen Schuldenabbau verknüpft oder daran gearbeitet. Ein dramatischer Fehler – für die USA wie für das globale Finanzsystem. Denn die Staatsverschuldung der USA wurde vor allem durch die VR China und durch Japan aufgefangen. Sie kauften die „Schuldscheine“ der US-Regierungen auf, akkumulierten gewaltige US-Zinszahlungen und die VR China konnte sich den Kapitalstock an konvertierbarer Währung aufbauen, der anschließend eingesetzt wurde, um sich weltweit in kapitalistische große wie weniger große Unternehmen und Forschungseinrichtungen und Rohstoffförderung einzukaufen. In den 2000er Jahren wurden die terrestrischen wie die maritimen „Seidenstraßen“ zum unübersehbaren Symbol des chinesischen Neokolonialismus und damit zu einer hemmungslosen Wachstums-Doktrin.

Xi Jinping, Chinas Diktator auf Lebenszeit, operiert keineswegs verdeckt. Ganz im Gegenteil drückt die englische Übersetzung der „Seidenstraße“ treffsicher die Xi Jinping-Doktrin aus:

"Silk Road Economic Belt", d.h. die Seidenstraßen-Doktrin ist der ökonomische Gürtel, mit dem die globale Wirtschaft umschlossen wird, wobei der Gürtel abhängig von chinesischen Bedingungen enger geschnallt werden kann – und in vielen Teilen des globalen Südens wie des globalen Norden auch immer wieder enger geschnallt wird. So haben die Importe aus China in die EU 2018 (also vor Corona) ein 10-Jahres-Hoch von 395 Milliarden Euro erreicht. Dass solche Zahlen sehr volatil sein können, zeigen die Folgen der in China ausgebrochenen Corona-Pandemie, vor allem anhand der gestörten globalen Lieferketten:

„Seit Wochen führen fehlende Schiffscontainer und Verzögerungen zu Lieferengpässen aus China. Während die Reedereien starke Zahlen vorlegen, müssen Händler hohe Transportpreise zahlen.“

Das begrenzte Angebot von Containern und Stellplätzen ließ die Preise für die Verschiffung nahezu explodieren. Allein von November bis Mitte Januar verteuerten sich die Frachten zwischen China und Nordeuropa um

das Drei- bis Vierfache. Teilweise kosteten Buchungen von 40-Fuß-Containern auf der Strecke mehr als 9000 Dollar - statt 2000 Dollar wie noch wenige Wochen zuvor.“ (Tagesschau, 20.1.2021).

Und ein weiteres markantes Indiz 2021: die Verknappung in Asien produzierter Microchips für elektronische Produkte in Europa und der folgende Einbruch bei der Produktion von Haushaltsgeräten bis zu Fahrzeugen. Konsequenz: rapide Preissteigerungen bei Gebrauchsgütern wie bei Lebensmitteln; Kurzarbeit/Entlassungen; außerordentliche Inflationsraten, Negativzinsen für Banken und Sparer.

Die Missachtung der Warnungen seit dem Club of Rome durch alle beteiligten Großgruppen (Politiker, Produzenten, Konsumenten) läßt uns in den 2000er Jahren vom Betreiben einer „**Selbstmord-Ökonomie**“ sprechen. Anstelle von *Selbstmord* wird allerdings der Begriff **WACHSTUM** vorangestellt. Um *Wachstum* zu ermöglichen, ist der freundliche Begriff der **Freien Marktwirtschaft** im Gebrauch. Tatsächlich steigert sich hinter dieser „Freiheit“ der mörderische Kampf um Monopolisierung am sogenannten Weltmarkt. Als effektive Waffen setzen die immer einflussreicheren Marktteilnehmer (global operierende Konzerne, Banken, Hedgefonds) auf Instrumente, von denen der Club of Rome in den 1970er Jahren nur erst eine vage Vorstellung besaß. Vor allem geht es dabei um den unbegrenzten Baukasten an Informations- und Kommunikations-Technologie (ICT).¹¹ Hier finden sich die Stellschrauben, an denen jetzt intensiv gedreht werden muß, wenn von der „Bewältigung der Klimakrise“ die Rede ist oder von der „Beendigung der Corona-Pandemie“ oder von „mehr Demokratie wagen“ oder einfach von „realer Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung unserer gesellschaftlichen Zukunft“.

Nach 16 Jahren tragen die Stellschrauben einer Klimapolitik Klarnamen, an denen dringend gedreht werden muß:

- **Konsumterror**
- **Korruption**
- **Gier / Betrug**
- **Drehtürstrategie**
- **Lobbyismus**
- **und die Kollateralschäden:
Föderalismus, Bürokratismus, Prekarisierung
sowie EU-Einstimmigkeit**

Wie lassen sich diese Stellschrauben, die noch immer maßgeblich unseren gesellschaftlichen Entwicklungsweg bestimmen, plastischer fassen, um von der

¹¹ BSI-Bericht: IT-Sicherheit in D

Notwendigkeit einer anderen Weltordnung zu überzeugen -- und dann auch für eine Klimapolitik Wirkung zu erzeugen ?

Denn nur dann macht das Gerede von Klimaschutz erst Sinn:

Mit **Konsumterror** lassen sich konkrete Akteure verbinden, wie Amazon/Bezos; Influencer vom Typ Oliver Kahn ebenso wie immer mehr bekannte Schauspieler. Unübersehbar ist der ungeheure Werbeaufwand, in den sich öffentlich-rechtliche Medien, Sportvereine, Taxifahrer, ÖPNV und viele andere so selbstverständlich einbinden lassen. Nicht sichtbar sind dagegen solche millienschweren Monopolisierungsprozesse, wie sie europaweit als Netzwerk aus Supermarktketten gestartet wurden. 2015 gehörten EDEKA und INTERMARCHÉ zu den mächtigen Gründern des Netzwerkes **AgeCore** mit Sitz in Genf. Ziel von AgeCore ist die kompromisslose Preisknebelung von Erzeugern im Nahrungsmittelsektor. Das trifft Landwirte ebenso wie Mammutkonzerne vom Rang Nestlé. Sie müssen sich den Ankaufbedingungen und den Finanzierungsmechanismen von AgeCore unterwerfen, sonst verschwinden ihre Produkte umgehend aus den Regalen der verbündeten Supermarktketten. AgeCore steht für einen Handelsumsatz seiner Mitglieder von 170 Mrd € (2021) – und betreibt für weitere Umsatzsteigerung eben den genannten Konsumterror.¹²

AgeCore ist allerdings nicht das einzige Bündnis dieser Art. Größtes Netzwerk ist **European Marketing Distribution** (EMD, Schweiz) mit einem Handelsvolumen von rd. 200 Mrd € und Mitgliedern wie Kaufland (Ost-Deutschland, Ost-Europa) und der britischen Walmart. Eine weitere Allianz ist **Associated Marketing Services** (AMS, Amsterdam), u.a. mit den Mitgliedern Migros (Schweiz), ICA (Schweden) und Dansk Supermarket. Auch **Coopernic** (Brüssel) bildet eine solche europäische Allianz in genossenschaftlicher Form. Hierzu zählen als Mitglieder REWE, Leclerc (Frankreich) und Coop Italia.

Der Konsumterror ist allerdings an systemische Voraussetzungen gebunden. Dazu gehört die **Rohstoffbeschaffung** durch Extraktivismus im globalen Süden wie im globalen Norden (Uran, Lithium, Kobalt, Sand, Gold...). Damit verbunden ein aufwändiges **globales Transportsystem**. Damit verbunden **hoher Energieeinsatz**. Damit verbunden ein **kriminell großes Müll-Aufkommen** aufgrund systembedingter Verschwendung.

¹² **Edeka kehrt Einkaufsallianz Agecore den Rücken:**

„Fünf Jahre nach der Gründung der Einkaufsallianz Agecore hat Edeka als größter Partner die Kooperation gekündigt. Das berichtet die Lebensmittel Zeitung. Dem Bündnis, dessen Zukunft nun ungewiss ist, gehören außerdem noch Coop Schweiz, Intermarché (Frankreich), Colruyt (Belgien), Conad (Italien) und Eroski (Spanien) an. Ihr enormes Umsatzvolumen von rund **170 Mrd. Euro** verschafft den Mitgliedern der Allianz in Verhandlungen mit Lieferanten eine bessere Position.“ (*handelsjournal*, 26.03.2021)

Verschwendung wird dadurch systemisch, dass moderne Produkte sich durch **gezielte Qualitätsminderung** auszeichnen, aufwändig oder gar nicht zu reparieren sind (elektronische Geräte) und Sollbruchstellen aufweisen, um Neukauf zu beschleunigen.

Konsumterror wird schließlich systemisch, weil **naturschädigende Lebensmittelproduktion** zu modernen Krankheitsbildern führt (Adipositas, Allergien), die dann mit aufwändiger Apparatedizin und durch die Pharmachemie bekämpft werden.

Zuvor wurde das wirtschaftspolitische Verhalten des globalen Nordens als „Selbstmord-Ökonomie“ bezeichnet. Noch schlimmer ist allerdings, dass damit automatisch „Mord-Ökonomie“ für den globalen Süden verbunden ist. Im Rahmen der Klima-Debatten wird als dramatisches Beispiel immer wieder und zu recht auf Brasiliens Präsidenten J. Bolsonaro gezeigt, der sich als Donald Trump Brasiliens versteht und **Amazonien** möglichst rasch zum Bestandteil der Freien Marktwirtschaft des globalen Nordens umwandeln möchte, d.h. eben auch: dem Konsumterror ausliefern, indem die Amazonas-Kulturvölker ähnlich wie zur Zeit der spanischen Conquista vor 500 Jahren als Störfaktor beseitigt werden.

Mit **Korruption** lassen sich konkrete Akteure verbinden, wie Facebook/META/Zuckerberg; TESLA/Musk; Deutsche Bank/Ackermann; Wirecard/Braun/Guttenberg; die „Flash-Boys“ der Wall Street ¹³; VW/Winterkorn. Erkennbar ist dabei das aktive Bemühen, persönliche Gier zu befriedigen und dabei den Ich-Bezug und erreichte Machtpositionen abzusichern – oder neue zu erreichen (Berlusconi (Italien), Orbán (Ungarn), Babiš (Tschechien), Lembergs (Lettland). In der EU wird 2020 das Volumen an Bestechungsgeldern auf 1000 Mio € geschätzt. Dabei ist das bewegte Geld (geldwerte „Freundlichkeiten“) nur ein Teil des Problems. Der andere betrifft die Destabilisierung der westeuropäischen Konstruktion von Demokratie. Besonders perfide sind daher aktive wie passive **Bestechungen von Volksvertretern** im Bundestag, die sich die Auftragsvergabe für Covid-Schutzmasken sehr teuer bezahlen lassen (u.a. CDU-MdB Löbel, 250.000 Euro Provision). Allerdings passt das zu dem von niemandem mehr nachvollziehbaren Chaos, das der **Pandemie-Minister Spahn** am Ende seiner Amtszeit entfacht:

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat den geschäftsführenden Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wegen der angekündigten Begrenzung der Auslieferungen von Biontech-Impfstoff gegen COVID-19 kritisiert.

"Einen Tag nach der Forderung von Kanzlerin Merkel, alle so schnell wie möglich zu boostern, wirft das Gesundheitsministerium Brocken in das Impfgetriebe", sagte Manuela Schwesig (SPD) der "Bild am Sonntag". "Ich

¹³ zu Flash Boys s.u., S.24

habe kein Verständnis mehr für dieses Hin und Her von Minister Spahn." Schwesig forderte, das Vorhaben "unverzüglich" zurückzunehmen.

Spahn will Biontech-Bestellungen begrenzen

Das Bundesgesundheitsministerium hatte in einem Schreiben an die Länder für die nächsten Wochen Begrenzungen bei Bestellmengen für den Impfstoff von Biontech/Pfizer angekündigt, damit das Präparat von **Moderna** bei den Auffrischungsimpfungen vermehrt zum Einsatz komme.

Der **Impfstoff** Spikevax des US-Unternehmens **Moderna** ist in Deutschland für die Grundimmunisierung ab 12 Jahren sowie für Auffrischungsimpfungen ab 18 ...

Andernfalls drohten eingelagerte Moderna-Dosen ab Mitte des ersten Quartals 2022 zu verfallen, was vermieden werden müsse. Praxen sollen demnach vorerst maximal 30 Dosen Biontech pro Woche bestellen können, Impfzentren und mobile Impfteams 1.020 Dosen. Für Bestellungen von Moderna soll es keine Höchstgrenzen geben.

Bundesgesundheitsminister wird für Plan scharf kritisiert

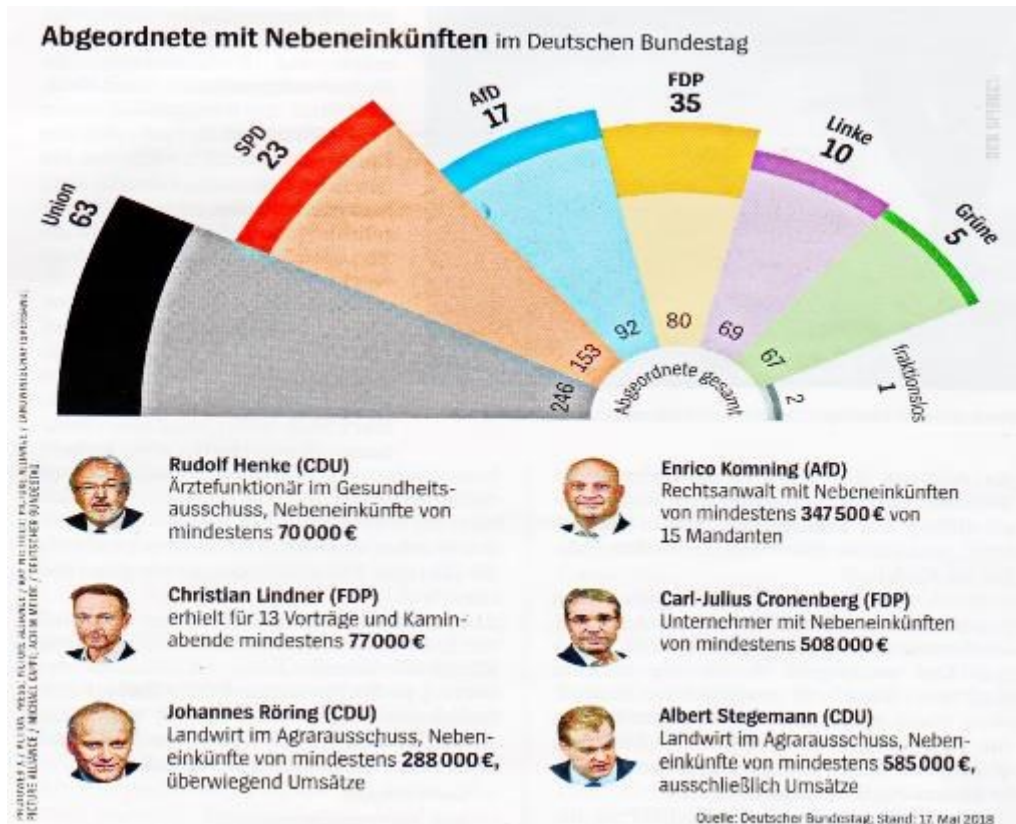
Politiker von CSU, FDP, SPD und Grünen hatten das Vorhaben scharf kritisiert. Ein Vorwurf lautete, es würge die Boosterkampagne ab. Die Ärzteschaft warnte zudem vor einem erhöhten Beratungsbedarf bei Patientinnen und Patienten.

Schleswig-Holsteins Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) warf dem geschäftsführenden Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Samstag vor, er rationiere mit Biontech ausgerechnet den Impfstoff mit der höchsten Akzeptanz in der Bevölkerung. Bayerns Ressortchef Klaus Höltschek (CSU) protestierte ebenfalls gegen die angekündigte Begrenzung. Das sei inakzeptabel, sagte er der Deutschen Presseagentur in München.¹⁴

Insgesamt sind es mehr als 20% der Bundestagsabgeordneten, die neben ihren keineswegs kleinen Diäten zusätzlich Einnahmen erzielen, weil die jeweiligen Geldgeber von bestimmten Abgeordneten erhebliche Vorteile für sich erwarten (können). Für 2018 hatte DER SPIEGEL einen schlichten Überblick vorgelegt.

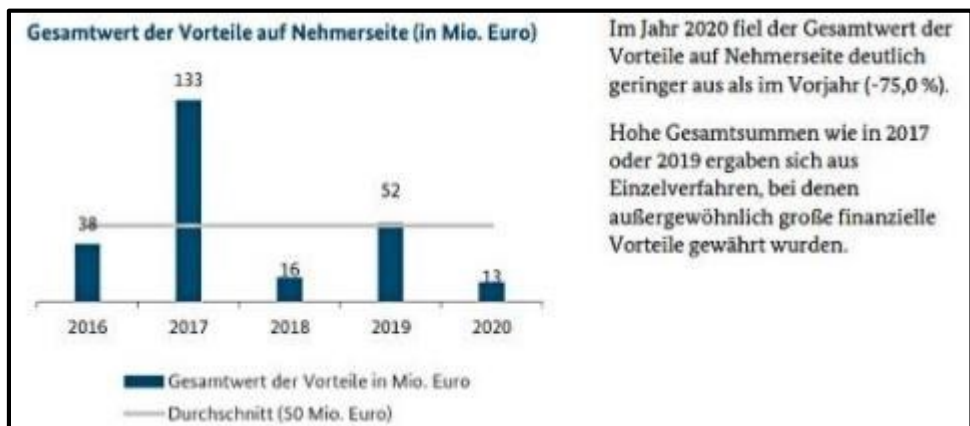
Dabei liegt die Brisanz nicht in der Tatsache, dass fast 2/3 der genannten MDs zu CDU und FDP gehören – sondern in dem hohen Anteil von Abgeordneten, die zum Teil über deutlich höhere „Nebeneinkünfte“ verfügen als ihnen für ihre offizielle Tätigkeit als Volksvertreter zusteht. Und beachtlich ist zudem, wieviel der **Agroindustrie** die „richtigen“ Interventionen *ihrer* CDU-Abgeordneten im Agrarausschuß des Bundestages wert sind :

¹⁴ (22.11.21, Meldungen auf: <https://www.gmx.net/magazine/news/coronavirus/scharfe-kritik-spahn-biontech-begrenzung-36362042>)



Wann „nur“ von professioneller Unfähigkeit oder schon von Korruption zu sprechen ist, wird eine nie endende Debatte bleiben: wie nennen wir das, wenn ein CSU-Verkehrsminister Scheuer durch wissentliches Fehlverhalten gegenüber Maut-Betreibern die Steuerzahler um ca 500 Mio € erleichtert; oder wenn ein Chef des Berliner Flughafens BER, Mehdorn, zusammen mit einem Aufsichtsratsvorsitzenden Wowereit erfolgreich daran mitwirken, dass die Baukosten von 2 Milliarden auf 6 Milliarden zwischen 2006 und 2020 anwachsen. Oder haben wir dafür noch gar keinen Begriff ?

Als Überblick stellt das Bundeskriminalamt für Deutschland in seinem Jahresbericht 2020 zwei interessante Entwicklungen gegenüber ... :





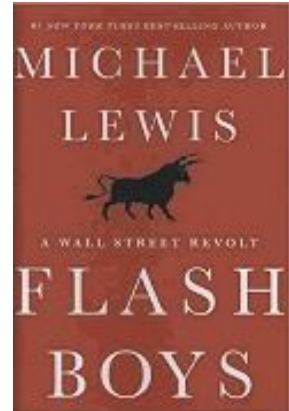
... und zeigt damit auf, dass wir beim Thema Korruption nicht wirklich von „peanuts“ reden.¹⁵

Mit **Gier** und **Betrug** lassen sich konkrete Akteure verbinden, wie Mafia/Vatikan/Berlusconi; FC Bayern mit Qatar als Sponsor; EU-Gelder für Oligarchen, wie Orbán (Ungarn) oder Lembergs (Lettland) oder Rumäniens kriminelle politische Elite. Erkennbar wird die aufgehobene Sozialbindung des Kapitals (des „rheinischen Kapitalismus“) u.a. durch die Umwandlung von Familieneigentum zu Aktiengesellschaften (und damit auch Verlust an Sozialbindung, wie beim „Kruppianer“ oder beim „Daimler“). Gravierender ist allerdings der Verlust an systemischem Denken bei modernen Unternehmern und Lobby-gesteuerten Politikern. „Wirtschaftspolitik“ hat dadurch immer mehr gesellschaftlichen Bezug verloren und ist zu Ich-Bezogenheit von Vorstandsvorsitzenden oder Generaldirektoren („CEO“) degeneriert, die, wie moderne Fußball-Trainer, mit hohen Abfindungen von einem Unternehmen zum nächsten weiterwandern.

Und ganz besonders gravierend ist die Elite der Finanz-Jongleure, von denen Michael Lewis in seinem Buch „**Flash Boys**“ (2014) schreibt. Sie stehen für die Algorithmen-Kultur an der Wall Street; für die **IT-Kriminalität an der Wall Street**, die eine Geldgier ermöglicht, die sogar Wirecard in den Schatten stellt.

¹⁵ Bundeskriminalamt: Bundeslagebild 2020

Wall Street Algorithmen in den Händen einer skrupellosen Clique mit wenig bekannten Namen, wie *KCG*, *Sun Trading* oder *Virtu Financial*, die sehr im Schatten agiert. Offiziell sind sie die „Hochfrequenzhändler“ an der Börse. Ihre Algorithmen berechnen in Millisekunden Kursunterschiede zwischen unterschiedlichen Börsenplätzen. Sie kaufen automatisch den niedrigeren Kurs und verkaufen sofort am besser gestellten Platz. Was auch immer an Universitäten über Finanzwirtschaft gelehrt wird, es hat wenig mit der realen Welt der Flash Boys zu tun – und sehr wenig mit deren unstillbarer Gier, die die Volkswirtschaften vieler Länder gefährdet.



Als Folge konnten **Multimilliardenvermögen** bei einzelnen Personen gebildet werden (Zuckerberg, Bezos, Musk; dazu Hunderte Nutznießer in den „Panama-„ und „Pandora-Papers“), denen die Lobby-gesteuerte Politik kaum Grenzen setzt.¹⁶ In Deutschland wurde diese Entwicklung auf bisher unerreichte Höhen geschoben von der Betrugsstrategie des **Wirecard-Modells**, das über Jahre hinweg auch von zuständigen deutschen Behörden und Politikern gedeckt wurde (Zatarra: Wirecard-Report, 3.7.2020). Anders als beim hochkarätigen Betrug läßt sich nur noch von Perversität sprechen, wenn sich solche Überschriften häufen:

- „**Zahl der Millionäre wuchs im Corona-Jahr 2020 deutlich**“ oder:
- „**Soziale Ungleichheit hat sich in der Krise verschärft**“ oder:
- „**Reiche werden durch Corona reicher**“¹⁷

¹⁶ die G7 haben erst 2021 das bis dahin praktizierte Modell der minimalisierten Unternehmensbesteuerung moderat geändert: ab 2023 sollen globale Großkonzerne prinzipiell dort Steuern zahlen, wo sie ihre Geschäfte abwickeln. Das zielt besonders auf IT-Konzerne, wie Facebook, Google, Amazon, Apple und könnte weltweit zu einem höheren Steueraufkommen von etwa 150 Mrd US \$ führen

¹⁷ Bayerischer Rundfunk (14.7.2021); Caritas (ebda). Deutsche Welle fügt hinzu: „**Reiche werden dank Corona reicher**
Nein, Corona trifft nicht alle gleich - die Armen werden durch die Pandemie weltweit ärmer, die Reichen aber, die Superreichen, mehren ihren gigantischen Besitz auch in der Krise. Das zeigt eine neue Studie.“

leichte Makel wurde durch eine schamhafte Verschnaufspause für den Drehtür-Benutzer beseitigt (2015: innerhalb von 18 Monaten nach Ausscheiden aus einem politischen Amt sind privatwirtschaftliche Anstellungen bekannt zu geben). Das Wesen von Drehtür hat sich dadurch natürlich nicht geändert. Nach wie vor handelt es sich formaldemokratisch um das legale Bemühen des Drehtür-Benutzers, korruptionsfrei die ökonomische Machtposition zu erlangen, die der Ich-bezogenen Gier freie Bahn schafft. Für die Geberseite (Unternehmen) ist das politische Netzwerk, in dem Gesetze und Verordnungen ausgearbeitet werden, von höchstem Nutzen, in der Erwartung, dass der Drehtürer dieses Netzwerk für die Unternehmensinteressen (die Interessen der Aktionäre) mobilisiert. Für Deutschland ist die Zahl der hochrangigen Drehtürer beeindruckend. Ganz besonders prominent sind Ex-Kanzler Schröder (SPD) für Gazprom; Ex-Wirtschafts-/Aussenminister/Vizekanzler Gabriel (SPD) für den Schweinekonzern Tönnies; Ex-Kanzleramtschef Pofalla (CDU) für die Deutsche Bahn, Ex-Verteidigungsminister Guttenberg (CSU) für Wirecard, Ex-Entwicklungsminister Niebel (FDP) für den Rüstungskonzern Rheinmetall; aber auch viele andere Minister und Abgeordnete

Mit **Lobby** lassen sich konkrete Akteure verbinden, wie Deutscher Bauernverband/Agrarminister Schmidt und Klöckner¹⁸; Rheinmetall/ex-Minister Niebel; EU-Kommissare mit Lobby-Netzwerken in Brüssel; verschwiegene Lobbyarbeit an TTIP 2.0¹⁹; massive Lobbyarbeit der Energieunternehmen in Berlin wie in Brüssel. Und bei COP-26 (Glasgow) hatten die beobachtenden Nichtregierungsorganisationen auf der öffentlichen Teilnehmerliste nachgezählt und 503 Lobbyisten für fossile Energien ausgemacht – gezählt wurden alle, die auf der Gehaltsliste fossiler Unternehmen stehen, auch wenn sie nicht offiziell für diese Firmen in Glasgow unterwegs waren.²⁰

Zwischen Spitzenpolitikern und diesen Unternehmen/Verbänden findet die große Drehtür-Wanderung statt. Einen wesentlichen Anteil am Lobbyismus haben zudem die von der Politik beauftragten externen Berater. Zwischen

¹⁸ vor allem Agrominister Schmidt (CSU) wurde als Lobbyist des Deutschen Bauernverbandes – entgegen eines Kabinettsbeschlusses – in Brüssel verantwortlich für den verlängerten Einsatz von Glyphosat in der EU-Landwirtschaft

¹⁹ Die Pläne für ein umfassendes Handelsabkommen zwischen EU und USA schienen vom Tisch. Doch seit Mitte 2018 wird wieder verhandelt, offiziell nur über Zölle und bestimmte Zulassungsverfahren. Jetzt werden Befürchtungen laut: Wird hier im Geheimen „TTIP 2.0“ ausgeheckt? (<https://www.lobbycontrol.de/>, 20.2.2020)

²⁰ „Die fossilen Fünfhundert von Glasgow“, TAZ 10.11.2021. Man muß sich allerdings erinnern, dass die Vereinten Nationen Handelskammern und Wirtschaftsverbände als Konferenzbeobachter der Zivilgesellschaft einstufen und damit das Lobby-Argument für die UN entfällt

2006 und 2019 hat allein die Bundesregierung 3.804 Berateraufträge mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 716 Mio € erteilt. ²¹ Dass dabei extrem viele unqualifizierte Arbeiten abgeliefert wurden, zeigte sich besonders deutlich beim Verteidigungsministerium unter Ministerin U. von der Leyen. Sie entging der politischen Abstrafung durch den Untersuchungsausschuss des Bundestages lediglich durch eine beeindruckende Operation zwischen Kanzlerin Merkel und Präsident Macron: die ungesetzte U. von der Leyen konnte 2019 auf den Stuhl der EU-Kommissionspräsidentin gerettet werden. Gleichzeitig waren damit die beiden tatsächlich aussichtsreichen Nachfolger von Jean-Claude Juncker in Brüssel – der sozialdemokratische Holländer Timmermans und die linksliberale Dänin Vestager – als sehr selbstbewusste und weniger konservative Kandidaten ausgebootet.

Im Übrigen zeigt sich in der europäischen Hauptstadt noch eine vielfach größere Dimension von Lobbyismus als in Berlin. 2021 waren in Brüssel mehr als 25.000 Lobbyisten offiziell registriert. Sie verfügen insgesamt über ein Budget von geschätzten 3 Mrd €, um in allen möglichen Formen auf die Beschlüsse im Europäischen Parlament wie auf die Programme und Verordnungen der Europäischen Kommission einzuwirken. ²² Und das Einwirken kann durchaus verführerisch wirken, wie bei den global operierenden Energiekonzernen mit ihrem Konzept unter dem Namen **Nature Based Solutions**, das sie für COP-26 vorgelegt hatten:

Problem	Lösungsvorschläge der TNC Shell, Nestlé, Eni	Wirkung ²³
Weiter so mit Agroindustrie	Kompensation durch Millionen neu gepflanzter Bäume	Allein Shell würde eine Fläche von der Größe Brasiliens benötigen
Weiter so mit Öl, Gas, Kohle	Kompensation durch Millionen neu gepflanzter Bäume	Alle TNC-Lösungen zusammen erfordern die Fläche von Australien

Intensive Lobby-Arbeit der Transnationalen Konzerne in allen wichtigen Hauptstädten des globalen Nordens wie des globalen Südens führt dazu, dass diese und andere ähnliche „Lösungsvorschläge“ zur Abwendung der Klimakrise von der Politik akzeptiert werden – im Falle Frankreichs steigert sich Präsident Macron noch dadurch, dass er sogar Atomkraftwerke als Lösung der eingetretenen Klimakrise ernsthaft propagiert.

²¹ Bundestag, Drucksache 19/7489, 1.2.2019

²² **The power of lobbyists is growing in Brussels and Berlin**

<https://www.economist.com/business/2021/05/13/the-power-of-lobbyists-is-growing-in-brussels-and-berlin>, 13.05.2021

²³ Berechnungen von Friends of the Earth international: *‘Nature Based Solutions’ is being used to disguise climate-trashing business-as-usual*, 27.10.2021

Und die Kollateralschäden: Föderalismus, Bürokratismus, Prekarisierung sowie EU-Einstimmigkeit

Über den Lobbyismus hinaus kommt in Deutschland als besonderer Hemmschuh einer zukunftsfähigen Entwicklung noch der **Föderalismus** mit 16 Bundesländern bzw. Stadtstaaten hinzu, deren Regierungen aus unterschiedlichen Parteien sich ständig selbst im Weg stehen, sinnvolle und notwendige gesamtdeutsche / europäische Entwicklungen blockieren und ausbremsen – wie während der Covid-Pandemie oder in der Bildungspolitik, der Agrarpolitik, den Mobilitätsfragen, bei nachhaltiger Urbanität, in der IT-Politik, der EU-Entwicklung u.a.m.. Eine deutliche Reduzierung der Anzahl der Bundesländer ist mehr als überfällig. In einem zusammenwachsenden Europa dürfen sie auch ganz aufgelöst werden. Denn inzwischen werden politische Entscheidungen auf vier Ebenen versucht: Bund, Länder, Gemeinden, EU. Um diese Komplexität zu bewältigen erweisen sich immer weniger Politiker als ausreichend qualifiziert und immer öfter werden Gerichtsentscheide abgewartet anstelle klarer politischer Regelungen. Am deutlichsten zeigt sich das bei den öffentlichen Finanzen und dem maßlosen Gezerre zwischen Bund und Ländern – sei es beim Länderfinanzausgleich oder etwa bei Katastrophenhilfen, aber vor allem in der hanebüchernen Bildungspolitik eines wichtigen Industrielandes.

Nationalstaatliche Einrichtungen müssen auch in einer EU weiterhin bestehen. Ebenso die Kommunen, weil genau dort Demokratie praktiziert werden soll und muß.

Abbau des **überbordenden Bürokratismus**, der nicht allein in den 5 Millionen Verwaltungskräften in Bund, Ländern und Kommunen seine Ursache hat, sondern auch in der vielen Arbeitsverdopplung, weil Behörden nicht sinnvoll vernetzt sind und weil aufwändige Formulare für kleinste Verwaltungsvorgänge den Verwaltungsapparat immer weiter aufblähen anstelle ihn durch gesteigerte Effizienz zu verkleinern. Ein Nebeneffekt von Entbürokratisierung könnte dabei sein: der Ruf nach fehlenden Arbeitskräften in zahlreichen Wirtschaftssektoren könnte leichter beantwortet werden. Da wirkte es wie ein Faschingsscherz, wenn 2007 ausgerechnet der ehemalige bayerische Ministerpräsident Stoiber von der EU-Kommission mit einem Dreijahresvertrag ausgestattet wird, um das Kommissionssystem zu entbürokratisieren. Zwangsläufig überwogen am Ende die kritischen Kommentare.

Und vielleicht ist die schmerzlichste Erblast der Merkel-Jahre noch weit umfassender: etwa die Aushöhlung des demokratischen Systems / der demokratischen Kultur (Glaubwürdigkeitsverlust); die Ausdünnung staatlicher Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft durch immer mehr Privatisierung (Bildung, Gesundheit, Wohnen, gesunde Nahrungsmittel, vor allem Trink-

wasser); die kolossale strukturelle und direkte Gewalt in Verbindung mit Mafia, Drogenhandel, Cyber-Kriminalität, chinesische Direktinvestitionen und gegen Ende der Merkel-Jahre ganz besonders deutlich spürbar die

Prekarisierung der Gesellschaft, einschließlich eines hohen Anteils an Kinderarmut ! :

Über Deutschland hinaus muß als größter Hemmschuh für eine zielgerichtete und nachhaltige Entwicklung der gesamten EU seit 2004 das **Prinzip der Einstimmigkeit** angesehen werden. Ein Hemmschuh, der seine wesentliche **Ursache** in der viel zu kurz gedachten **Erweiterungspolitik** ab 2004 hat, als 15 westeuropäische Staaten überhastet auf 25 und sogar 28 Mitglieder aufgestockt wurden, wobei ein sehr disparates Verständnis von politischer Kultur nicht aufgearbeitet war, dafür aber ausgeprägtes Oligarchentum an Bord der EU kam, mit extremer Korruption bis in die Staatsspitzen vieler der ehemaligen Sowjetrepubliken (Rumänien, Slowenien, Ungarn, Lettland). Und die drängende Säuberung der Steueroasen und Geldwaschanlagen in Amsterdam, Luxemburg, Frankfurt oder Mailand war nicht einmal in Angriff genommen; im Gegenteil: Korruption und Betrug als Geschäftsmodell erhielten durch die neuen Mitgliedsstaaten neuen Schub in der gesamten EU.

Wirtschaft, Gesellschaft und Naturräume anders zu organisieren ist vielleicht noch möglich - so, wie es das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre 2003 als Motto allen Debatten vorangestellt hatte. Dazu bedarf es allerdings von Deutschland wie von der EU keine weitere Toleranz gegenüber den **Bolsonaros** dieser Welt und ebenso wenig gegenüber auch in Europa hochgelobten neoliberalen Modell-Diktaturen, wie in Chile unter **Piñera** (bis 2022).

Doch es scheint, als könne **Skandinavien** den Unterschied zu diesen gravierenden Widersprüchen bei den europäischen Nachbarn ausmachen – gerade die skandinavischen Gesellschaften und Staaten, die noch immer erkennbare politische und emotionale Distanz zu Brüssel halten. Immerhin zeichnen sich die

Arm und Reich

Angaben für 2017, Erwachsene, in Prozent

- Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung
- Anteil am Nettogesamtvermögen

das reichste Prozent



die reichsten zehn Prozent



die ärmere Hälfte der Bevölkerung



die Bürger in der Mitte



SZ-Grafik: Hans-Böckler-Stiftung, DIW-Berlin

Skandinavier durch **Konsensbereitschaft und Konsensfähigkeit** aus, die abgestimmtes Handeln von Regierung und Opposition in gesellschaftlich wichtigen Fragen erlauben und auch **Minderheitsregierungen** erfolgreich arbeiten lassen.....²⁴

Im vorliegenden Text können nicht alle angesprochenen Problemfelder auf den notwendigen Wandel geprüft werden und auf ihren **konkreten Beitrag zur Klimapolitik**. Ich konzentriere mich auf das Thema **Entwicklung von Regionen**, weil darin auch das Abbremsen der destruktiven Globalisierung angesprochen ist, weil Wirtschaft und Gesellschaft und kulturelle Identität angesprochen sind und weil dem neoliberalen Extraktivismus darin Grenzen gesetzt werden.



ANDERS IST MÖGLICH - ABER JETZT UND ERNSTHAFT UND SCHNELL

Gegen das aufgezeigte Riesenpaket von ökonomischen, sozialen, moralischen, ökologischen Verwerfungen soll 2022 auch in Deutschland ein neues Denken in Stellung gehen. Die „Ampel-Regierung“ in Deutschland ist in sich zu komplex zusammengesetzt, um dieses komplexe Riesenpaket in der gebotenen Geschwindigkeit aufschnüren zu können. Allerdings liegen für ganz wichtige, klimarelevante Bereiche der gesellschaftlichen Umorientierung erfolgversprechende Blaupausen vor. Etwa für integrierte regionale Entwicklungen; für Kreislaufwirtschaft anstelle Klima- und Rohstoffe zerstörende „Marktwirtschaft“ und auch die EU-Kommission sendet mit dem GREEN DEAL interessante Signale aus

..... und für jede ernsthafte Neuorientierung ist schon lange und sehr viel Material vorbereitet:

²⁴ Angela Merkel wollte prinzipiell keine Minderheitsregierung führen. „**Mit einer Minderheitsregierung könne Deutschland seinen Ansprüchen in der Welt nicht gerecht werden**“. (Deutschlandfunk, 22.9.2005). Die andere Sicht in Schweden: die gerade gewählte Ministerpräsidentin Magdalena Andersson, erste weibliche Regierungschefin (Sozialdemokraten) tritt am selben Tag zurück (24.11.2021), weil der Haushalt mit Zustimmung der rechten Nationalisten bewilligt wurde. Sie erwartete bei erneuter Abstimmung im Parlament wieder gewählt zu werden – mit der Bereitschaft, dann eine Minderheitsregierung anzuführen. Am 29.11.21 wurde Andersson tatsächlich erneut zur ersten schwedischen Ministerpräsidentin gewählt

globale Veranstaltungen

und ihre Schwerpunkte

1972: 1. UN-Konferenz, Stockholm:
1972: Club of Rome präsentiert
1980: UN-Kommission (W. Brandt):
1987: UN-Kommission (Brundtland):
1992: 2. UN-Konferenz, Rio de Janeiro:
1995 - 2021:

2002: 3. UN-Konferenz, Johannesburg:

***Die menschliche Umwelt
Limits of Growth
Das Überleben sichern
Our Common Future
Umwelt und Entwicklung
26 jährliche Weltklimakonfe-
renzen
Weltgipfel für Nachhaltige Ent-
wicklung***



2015: UN-Agenda-2030 mit den
2015: Pariser

2019: EU-Kommission:

***17 Nachhaltigkeitszielen
Klima-Vereinbarung (1.5 °
Grad-Ziel)
Green Deal (neue EU-Wachs-
tumspolitik).***

Diese knappe Übersicht über ein halbes Jahrhundert wertvoller Initiativen ist nur der schmale Auszug eines beeindruckenden Reigens an global ausgerichteten Konferenzen und Analysen zu den brennenden Fragen der menschlichen Zukunft auf diesem Planeten. Seit einem halben Jahrhundert werden aber de facto Klima-, Rohstoff-, Energie-, Lebensqualitätsprobleme wie heiße Kartoffeln von einer globalen Veranstaltung an die nächste weitergereicht. Sollten Aliens von außen zuschauen, würden sie am Verstand dieser Spezies Mensch große Zweifel haben. Sie würden allerdings auch die großen Stolpersteine nicht erkennen, die im selben Zeitraum durch viele *Kriege der USA*, durch den *Washington Consensus* (1989, offene Tür zur neoliberalen Strukturpolitik), durch die *unfassbare Staatsverschuldung der USA*, durch einen nicht weniger beeindruckenden *Lobbyismus* gesellschaftspolitische Sinnhaftigkeit auf den Kopf stellt und sie würden nicht die *Monopolisierung* in Produktion und Handel erkennen, die sich in den 2000er Jahren besonders bei den IT-Konzernen geradezu überschlägt (Facebook, Google, Amazon...).

Washington Consensus - überraschender Wandel

der „Washington Consensus“, war 1989 eine Vereinbarung zwischen Weltbank, IWF, US-Finanzministerium und Mitgliedern des US-Kongresses mit dem Ziel, von Ländern mit hoher Inflation und Schulden durch eine strikte Spar- bzw. Austeritätspolitik, begleitet von Deregulierung und Privatisierung sowie Erleichterungen für Auslandsinvestitionen. Zielgruppe waren in erster Linie Staaten des globalen

Südens. Dass die USA selber der weltgrößte Schuldner sind, spielte keine Rolle, denn sie drucken ja die Leitwährung Dollar selber.

Ein Viertel Jahrhundert später (2016) formuliert der IMF für alle Fachleute überraschend **Selbstkritik** am von ihm über Jahrzehnte verordneten Neoliberalismus. Jonathan Ostry, stellvertretender Direktor der Forschungsabteilung des IWF und einige Kollegen haben in ihrer Fachzeitschrift **Finance & Development** den Beitrag veröffentlicht: „**Neoliberalism : Oversold?**“ Darin finden sich Sätze, wie: "Die Zunahme der Ungleichheit ist hervorgerufen durch die Öffnung der Finanzmärkte und die Austerität (= Schuldenbremse)"..... "Das könnte das Wachstum bremsen, obwohl die neoliberale Agenda genau das doch ankurbeln will." Besonders deutlich gehen die Autoren dabei zu dem Kernsatz des IMF auf Distanz, dass die Liberalisierung der Kapitalmärkte im globalen Süden ausländisches Kapital ins Land locke, das dann die nationale Wirtschaft ankurbelt. Jetzt warnen Ostry und Kollegen davor, dass genau diese Liberalisierung das Risiko eines Finanzcrashs für das Land mit sich bringen könne. Nur in reichen Industrieländern, wie z.B. Deutschland, liegen die Dinge anders – hier verschärfe eine überzogene Schuldenbremse die soziale Spaltung der Gesellschaft; hier entziehe sich der Staat seinen Investitionsaufgaben

Sogar die große Ökonomie gibt sich den Anschein - mit *Vision 2050*

Irgendwie beeindruckend ist da, dass gerade ein Netzwerk hochrangiger Wirtschaftsunternehmen eine Handlungsstrategie vorgelegt hat, wie sie anscheinend auch engagierte NGOs zum Thema zukunftsfähige Entwicklung formulieren könnten. Der **World Business Council for Sustainable Development** hat 2010 zum ersten Mal seine **Vision 2050** vorgelegt und sie 2021 aktualisiert.

Darin heißt es u.a.:²⁵

*weltweit tätige Unternehmen aus 14 Branchen haben gemeinsam über Lösungen dieser globalen Verwerfungen nachgedacht. Sie haben gemeinsam eine Vision entwickelt, wie die Welt sich bis 2050 in Richtung Nachhaltigkeit bewegen kann - im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde. Unter „**gut leben**“ verstehen wir einen Lebensstandard, bei dem Bildung, Gesundheit, Mobilität, grundlegende Güter wie Nahrung, Wasser, Energie und Wohnraum sowie Konsumgüter für alle zugänglich und leistbar sind. Mit „**im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde**“ beschreiben wir*

²⁵ WBCSD, *Vision 2050*, 2021

eine Lebensweise, bei der man einen solchen Lebensstandard mit den verfügbaren natürlichen Ressourcen und ohne Zerstörung von Artenvielfalt, Klima und anderen Ökosystemen aufrecht erhalten kann....

Der hervorgehobene Begriff „im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde“ ist ein Euphemismus oder sogar Infantilismus, wenn allein die chinesischen Konzerne beobachtet werden, wie sie in Afrika, Lateinamerika, Australien, Europa mit allen Mitteln den Zugriff auf die regionalen/lokalen Rohstoffe organisieren und durchsetzen. Deutschland und die EU insgesamt bemühen sich parallel durch ihre „Freihandelsabkommen“ in denselben Regionen irgendwie zu China aufzuschließen. Alles immer im Interesse genau der Unternehmen, die die Wertschöpfungsketten kontrollieren. Im Vorfeld der UN-Umweltkonferenz von 2012 (Rio) haben die großen Umwelt- und Entwicklungs-NGOs Deutschlands in einem **öffentlichen Brief an Kanzlerin Merkel** um ihren Einfluß zugunsten des globalen Ressourcenschutzes gebeten, und zwar am konkreten Beispiel eines der artenreichsten Regenwaldgebiete der Welt in Ecuador. Tatsächlich war die Haltung ihrer Bundesregierung die totale Katastrophe, weil durch den Entwicklungsminister und Rüstungs-Lobbyisten Niebel genau das Gegenteil unterstützt wurde: die uneingeschränkte Erdölförderung im **Nationalpark Yasuní** durch US- und durch chinesische Konzerne:

„Wir begrüßen es sehr, dass Ecuador von sich aus vorgeschlagen hat, 846 Millionen Barrel Schweröl in einem der biodiversitätsreichsten Gebiete der Welt, dem Yasuni-Nationalpark, nicht zu fördern, obwohl es auf die Öleinnahmen dringend angewiesen wäre. Ecuador ist bereit, auf die Hälfte der Öleinnahmen zu verzichten, wenn die Weltgemeinschaft die andere Hälfte in einen UN-Treuhandfonds einzahlt, Auch der Deutsche Bundestag hat 2008 überparteilich die Yasuni-ITI-Initiative begrüßt.

Wir bitten Sie daher, im Sinne des klaren Votums des Deutschen Bundestages und eines fairen Interessenausgleichs, die bisher ablehnende Haltung der Bundesregierung zur ecuadorianischen Yasuni-ITI-Initiative zu korrigieren. Ecuador hat eine große Verantwortung für den Schutz des Weltnaturerbes Yasuni, aber die Weltgemeinschaft ebenso. Wir erwarten daher, dass auch die Bundesregierung ihrer Verantwortung für den Schutz dieses Weltnaturerbes gerecht wird.“ (unterzeichnet von den Vertretern des Deutschen Naturschutzring, Forum Umwelt und Entwicklung, Klima Allianz Deutschland, Klima Bündnis, VENRO, 6.12.2011)

Der zweite markierte Begriff – „gut leben“ – ist der zufällige (?) Anklang an die Überlebensphilosophie derselben indigenen Völker in Ecuador, in Nord-Peru, in Süd-Chile, im Hochland von Bolivien, die unter „gut leben“ nicht Konsumterror, sondern **richtig und sinnvoll leben** verstehen. Deren Verständnis hat damit zu tun, dass sie sich selber als Teil der Natur sehen und nicht der Natur gegenüber stehen (z.B. im Regenwald). Ihre natürliche Umwelt zu zerstören

hat dadurch den Anflug von Selbstmord. Und den wollen sie nicht begehen – und wollen auch nicht, dass er an ihnen begangen wird.²⁶

Trotz aller Einschränkungen könnten einige Vorstellungen in der *Vision 2050* als erforderliche Maßnahmen durchgehen – wenn sie nicht als schlichte Plattitüden formuliert wären, die die Zusammenhänge zwischen dominanten Unternehmerinteressen und nachhaltiger gesellschaftlichen Entwicklung schlicht unterschlagen. Die *Vision 2050* formuliert als entscheidende Schritte auf dem Entwicklungspfad :

- die Auseinandersetzung mit den Entwicklungsbedürfnissen von Milliarden Menschen, Förderung von Bildung und wirtschaftlicher Emanzipation – vor allem von Frauen – und die Entwicklung von umweltschonenden Lösungen, Lebensweisen und Verhaltensweisen;
(> Plattitüde)
- die Berücksichtigung der Kosten externer Faktoren, beginnend mit CO₂, Ökosystemdienstleistungen und Wasser;
- die Verdoppelung des landwirtschaftlichen Ertrags bei gleichbleibender Fläche und Wassermenge;
(> Plattitüde)
- die Beendigung von Abholzung und die Ertragssteigerung bei künstlichen Wäldern;
(> künstliche Wälder gibt es nicht)
- die Halbierung der globalen CO₂-Emissionen bis 2050 (gegenüber 2005)
(> die Klimaschutzvereinbarungen von Paris beziehen sich auf den Beginn der Industrialisierung und sollen bis 2100 gelten),
und sinkende Treibhausgasemissionen nach einem Höhepunkt 2020 durch Umstieg auf klimaschonende Energiesysteme und massiv erhöhte nachfrageseitige Energieeffizienz
(> als klimaschonend werden 2021 neue AKW geplant: Frankreich, Großbritannien, China; Osteuropa....);
- die weltweite Verfügbarkeit klimaschonender Mobilität

²⁶ dabei gibt es Fälle von kollektivem Selbstmord unter indigenen Völkern und fahrlässige Tötung erfolgt allemal durch kriminelle Staatspräsidenten, wie J. Bolsonaro in Brasilien. Allerdings hatte es sogar während der kurzen Präsidentschaft von Dilma Rousseff schon 2012 den denkwürdigen offenen Brief des Guarani-Volkes in Amazonien gegeben: "Wir bitten darum, unseren kollektiven Tod anzuordnen und uns alle hier zu begraben. Wir möchten so nicht weiterleben." In dem Zusammenhang rief der Brasilianische Indianermissionsrat CIMI in einem Schreiben dazu auf, die Position der Kaiowá richtig darzustellen: "Die Guarani-Kaiowá sprechen von einem kollektiven Tod und nicht von Selbstmord. Das bedeutet: Sollte das Gericht weiter auf deren Vertreibung bestehen, sind sie dazu bereit, auf ihrem Land zu sterben." Und: "Der Brief der Guarani-Kaiowá stellt klar, dass sie ihr jahrzehntelang umkämpftes Land nie wieder verlassen werden."

(> nicht e-Autos sind die Lösung, sondern weniger Autos, weniger Flugzeuge, weniger Riesencontainerschiffe, dafür ÖPNV in den Städten und entschleunigtes Leben);

- eine vier bis zehn Mal effizientere Nutzung von Roh- und Werkstoffen (> Recycling als zarter Anklang von Kreislaufwirtschaft – ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings noch kein ausreichender Systemwandel der sog. „freien Marktwirtschaft“)

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) will angesichts intensiver werdender Klimadebatten nicht nachstehen und legt seinerseits einen Klimaschutzplan vor:

BDI : wie Deutschland die Treibhausgasemissionen mindern kann²⁷

Die Stahl-, Chemie-, Kalk- und Zementindustrien, die derzeit für über die Hälfte der deutschen Industrieemissionen verantwortlich sind, müssen ihren Anlagenpark erneuern. Bis 2030 müsse fast jedes neue Auto einen alternativen Antrieb besitzen, auch neue Lkws sollen zu 70 Prozent mit Batterie oder Brennstoffzelle fahren. Ab 2023 soll, wer seine Heizung erneuert, nicht wieder Öl- und Gaskessel einbauen, sondern auf Wärmepumpen oder Fernwärme umstellen. Außerdem sollen mehr Häuser energetisch saniert werden. Die Emissionen aus der Landwirtschaft sollen sinken, weniger Fleisch soll gegessen werden.

Da künftig viel mehr Prozesse mit Strom laufen, verdopple sich der Nettostromverbrauch bis 2045 im Vergleich zu 2019 auf 993 Terawattstunden. Der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik müsse bis 2030 verdoppelt, der von Stromleitungen beschleunigt werden. Gaskraftwerke sollen die erneuerbaren Energien in einer Übergangsphase ergänzen und später auf Wasserstoff umgestellt werden.

Wer den BDI-„Plan“ liest, wird sofort an die Sprechblasenpläne der Merkel-Kabinette erinnert und sieht, dass es nicht lohnt, ernsthaft darüber zu debattieren. Denn es ist dasselbe Weiterso, wie es für Deutschland 16 Jahre lang typisch war (von Autos ist die Rede, nicht von Mobilität; von mehr Energie, nicht von Einsparungen und Effizienz). Es fehlt jegliche klare Handlungsstrategie mit definierten Zielen, mit kalkuliertem Aufwand für die einzelnen Industriebranchen – vor allem aber fehlt eine klare Vision, welches Bild Deutschlands **Wirtschaft und Gesellschaft** im Jahr 2030 oder 2038 oder 2050 abgeben sollen. Es bleibt einfach zu viel Konjunktiv.....

²⁷ “Industrie will sich selbst in die Zukunft retten”, TAZ, 22.10.2021

Sogar die unternehmerfreundlichen US-Geheimdienste sind ernsthafter besorgt wegen des Klimawandels: ²⁸



Einige weiterführende Ansätze sind dann aber doch in der **Unternehmer-Vision-2050** zu erkennen. Denn dort wird die Unternehmerschaft auch selber zu verändertem Handeln aufgefordert. Und darin liegen gesellschaftspolitische Anknüpfungspunkte:

*Führungskräfte müssen ihre Unternehmen unter den heutigen Bedingungen erfolgreich leiten und zugleich die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Gesellschaft mitgestalten. Dazu müssen sie eng mit ihren Ansprechpartnern in Politik und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Neue Allianzen der Wirtschaft mit Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind dafür ebenso nötig wie mehr systemisches Denken und Handeln. Nur so werden sich die vielen Herausforderungen bewältigen und die Chancen nutzen lassen, die sich zum Beispiel daraus ergeben, dass 2050 doppelt so viele Menschen in Städten leben werden wie heute. Die Führungskräfte müssen ihre Unternehmen durch eine Phase des Wandels von bisher unbekanntem Ausmaß steuern. Parallel dazu **müssen Regierungen die richtigen gesetzlichen Regelungen und Anreizsysteme bereitstellen.***

Diese Sätze klingen schon fast so verblüffend, wie die Selbstkritik des IMF von 2016. Die Mitglieder im World Business Council setzen dabei aus gutem Grund

²⁸ "Unserer Einschätzung nach wird der Klimawandel die Risiken für die nationalen Sicherheitsinteressen der USA zunehmend verschärfen", heißt es in einem am 21.10.2021 von Geheimdienstkoordinatorin Avril Haines vorgelegten Bericht.

wohl auf konstruktive Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen, die schon intensiv und vielversprechend an alternativen Materialien und Produktionsprozessen arbeiten – aber vor allem am neuen Denken für eine andere Zukunftsgestaltung. Dafür steht z.B. die **Hamburg Declaration “Facing the Grand Challenges of Climate Change and Sustainability”**, die am 4.6.2021 vom *Global University Leaders Council Hamburg* verabschiedet wurde, mit der Unterstützung von



Dieses akademische Netzwerk aus 45 internationalen Universitäten gibt deutlich zu verstehen, dass der Systemwandel nicht aus dem akademischen Elfenbeinturm heraus organisiert werden kann. Vielmehr:

While the Global North faces distinct responsibilities quite different than the Global South, **all universities have a duty** to respond to the challenge of environmental sustainability and climate change in their own diverse ways. University leaders will implement a **cultural change** at their institutions by reviewing their strategic decisions and their everyday action in governance, education, research and outreach through the lenses of sustainability and climate action.²⁹

Universities will lead in ensuring the **integrity of research data and open access to it** in the service of enhancing credibility of evidence. This will strengthen the central role of research findings at the core of **developing sound policy** by governments and intergovernmental agencies.

Universities provide **inclusion of the widest range of disciplines** (d.h., keineswegs nur anwendungsorientierte im Unternehmensauftrag, sondern auch Grundlagenforschung).

Universities will engage in advocacy and activism by serving as public intellectuals in the communities in which they are located, positioning **universities as anchor institutions**. They will restructure hiring, tenure, and promotion processes to **recognise the valuable contributions of those who engage in advocacy and activism**, speaking across differences as a means of restoring public trust in higher education.

²⁹ z.B. ist die Universität Bonn auch dank einer grünen Oberbürgermeisterin als *Fairtrade University* eingestuft, hat 2021 ein *Green Office* eingerichtet, um alle Universitätsmitglieder bei ihrem Engagement für mehr Nachhaltigkeit zu vernetzen und informiert darüber, dass „unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Forschung mit vielfältigen lösungsorientierten und interdisziplinären Forschungsansätzen betreiben bei Baumaterialien, Brennstoffen, Nachhaltigkeit in der Pflanzenzucht oder Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik“

Während in Deutschland eine gern zitierte Wissenschaftlerin 16 Jahre lang die Rolle als Regierungschefin spielte war nicht zu erkennen, dass von den verantwortlichen Regierungsmannschaften jemals „die richtigen gesetzlichen Regelungen und Anreizsysteme bereit gestellt“ wurden. 16 Jahre lang wurden (auch dank unqualifizierter Minister) weder im Bildungs- und Forschungsbereich, noch bei einer zukunftsfähigen Energiepolitik oder einer zukunftsfähigen Mobilitätspolitik oder gar für einen ökologischen Umbau der Land- und Forstwirtschaft die erforderlichen Weichen eindeutig und entschieden gestellt – statt nur benannt, wie z.B. „Klimawende“ oder „Digitalisierung“. Und schon gar nicht wurde an solchen Weichen für eine zukunftsfähige Europäische Union mitgearbeitet. Nur das hätte auch die Unternehmer im *World Business Council for Sustainable Development* zu dem veranlassen können, was sie in ihrer Vision 2050 „**mehr systemisches Denken und Handeln**“ nennen. Anstelle des wirtschaftlich mächtigen Deutschland hat sich in den skandinavischen Ländern weitaus stärker das geforderte systemische Denken und Handeln entwickelt, vor allem in Form **Regionaler und Lokaler Cluster**. Hinzu kommt die finnische Initiative, Cluster mit dem Thema **Kreislaufwirtschaft** zu verknüpfen. Beide Ansätze bieten bisher die best erkennbaren systemischen Möglichkeiten, im transnationalen Rahmen die Ziele der **Nachhaltigkeits-Agenda der Vereinten Nationen** (2016-2030) und die Ziele des **Pariser-Klimapaktes** (2015) zu verfolgen. Und die damit verknüpften Synergien wollen also die Universitäten des Global University Council mit ihrer Hamburg-Erklärung begleiten und unterstützen.



Anderes DEUTSCHLAND ist möglich

Als Kanzlerin Merkel nach 16 Jahren endlich abtrat, ging quer durch die deutsche Gesellschaft ein tiefes Durchatmen – nicht bei jedem einzelnen, aber selbst in der CDU. Es gab Hoffnung, dass die Sprechblasen und dämmlichen Parolen – „wir schaffen das“; „das ist alternativlos“; „Mutti als Mitte der Gesellschaft“, dass solche Parolen nicht länger den Weg für professionelle und zukunftsfähige Politik verstellten. Aber die Erwartungen formierten sich – wie bei *Fridays for Future* – mit viel emotionaler Ungeduld und verhalfen dem Finanz-Makler Friedrich Merz zum CDU-Vorsitz. Ein stärkeres Symbol für die radikale Abkehr von der Merkel-Politik konnte es kaum geben.

Wenn, dann sofort – lautet 2022 in allen politischen Lagern in Deutschland und immer nachdrücklicher die Aufforderung zur Reparatur oder Umkehr bei den vielen verpatzten gesellschaftspolitischen Fragen aus 16 Jahren Merkel-Politik. Die Dringlichkeit bezieht sich nicht allein auf den erschreckend konfuse Umgang mit 2 Jahren Covid-Pandemie (chaotischer Flickenteppich der Bundesländer; Hüh-Hot-Politik der Bundesregierung; Missachtung wissenschaftlicher Analysen, dafür schwere Korruptionsfälle von CDU-/CSU-Abgeordneten auch in Zusammenhang mit Covid). Die Dringlichkeit bezieht sich auch nicht allein auf die ab 2015 schwer verpatzte Flüchtlingspolitik der ex-Kanzlerin. Vielmehr wurde in Deutschland selbst viel stärker als im befreundeten Ausland offen diskutiert, dass in 16 Jahren tatsächlich kein wirklich wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen politisch gut geplant und umgesetzt wurde: kein Abbau der Prekarisierung (im Gegenteil immer stärkere soziale Spaltung der Gesellschaft); stümperhafter Führung von Geheimdiensten und Bundeswehr (mit starken Hinweisen auf Korruption und wachsende Cyber-Kriminalität); blamable Digitalisierung (die selbst in kleinen Ländern, wie Estland, nur sarkastisch kommentiert und vom BSI am Ende der Merkel-Periode entsprechend vorgestellt wird.....³⁰); sinkendes Bildungsniveau im OECD-Vergleich; Biodiversitäts-feindliche Land- und Forstwirtschaft; verschlechterte Trinkwasserqualität durch Massentierhaltung; massive Verschwendung von Nahrungsmittel als Müll und Nahrungsmittel, die Volkskrankheiten beschleunigen (Adipositas, Allergien); starke Abhängigkeit von Lobby-Organisationen (Deutscher Bauernverband, Autoindustrie, Banken); offenes Versagen in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik; mangelnde Visionen einer zukunftsfähigen EU-Politik (unprofessionell betriebene „Osterweiterung“); naive bis gesellschaftsgefährdende China-Politik trotz der weltbekannten Seidenstraßen-Effekte eines Diktators Xi Jinping....); leichtfertig vertane Chancen einer konstruktiven Russland-Politik, für die Frau Merkel die best qualifizierte Spitzenpolitikerin der EU hätte sein können.

Dabei wurde die Pandemie und deren chaotisches Management über 2 Jahre hinweg so etwas wie der letzte Tropfen, der das Faß der aufgestauten Kritik am Staat zum Überlaufen brachte.

Entsprechend wurde der ostdeutschen Politikerin Merkel die ostdeutsche Parole entgegengerufen:

*wir sind das Volk –
wir wollen zukunftsfähige Politik und nicht immer mehr
lobbygesteuerte Abgeordnete*

³⁰ „Die Lage der **IT-Sicherheit in Deutschland 2021**“, so der Titel einer Unterrichtung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) an die Bundesregierung (heute im bundestag, Nr.1086, 12.11.2021). Danach war die IT-Sicherheitslage in Deutschland insgesamt im Berichtszeitraum von Juni 2020 bis Mai 2021 „**angespannt bis kritisch**“.



(vor dem Bundestag Berlin, 2021)

Wo mit dem Systemwandel anfangen? Ganz sicher muß bei gesamtgesellschaftlichen Fragen mit der überzogenen Freiwilligkeit des Einzelnen Schluß sein. Das gilt bei einer Pandemie ebenso wie beim „geheiligten“ Individualverkehr oder dem sinnlosen Rohstoffverbrauch im individuellen Kaufrausch. Gerade der von allen Seiten immer weiter angeheizte Konsumismus steht ganz oben auf der Änderungsliste, wenn wir in Zukunft auf diesem Planeten noch einigermaßen vernünftig miteinander leben wollen.

Und dann lenkten erst einmal ganz dramatische Ereignisse von dieser Frage ab. Wie ein Gewitter brach das **unfassbare Auftreten der Bundeswehr** über das Land herein: 20 lange Jahre war die Bundeswehr in Afghanistan mit dem Slogan aufgetreten: **am Hindukush wird auch Deutschland verteidigt**. Und dann machte sich diese Bundeswehr 2021 von einem Tag zum anderen aus dem Hindukush-Staub – und Deutschland mußte dort plötzlich nicht mehr verteidigt werden. Dafür durfte sich der Taliban-Terrorismus erneut ungebremsst ausbreiten.³¹ Im Ausland hat dieses deutsche Verhalten der Merkel-Regierung viele Fragezeichen hinter den Namen Deutschland gesetzt - und auch die Frage provoziert, wofür genau sind die 12,5 Milliarden Euro tatsächlich eingesetzt worden, die alleine für die 150.000 deutschen Soldaten und ihre Ausrüstung dort in den Bergen vertan wurden? (nur als Subvention der

³¹ „ungebremsst“ entspricht nicht ganz der Wirklichkeit: die jüngeren afghanischen Frauen demonstrierten immer wieder unter Lebensgefahr in den Straßen von Kabul gegen die Taliban-Gewalt; aber auch der terroristische Gegner - Islamischer Staat - beweist immer wieder mit Bombenanschlägen, dass die Taliban keineswegs das ganze Land unter Kontrolle haben

deutschen Rüstungsindustrie?). Fragezeichen werden auch gerade in den heißen Klimadebatten Ende 2021 hinter andere deutsche Politiken gesetzt: z.B. das Festhalten der „Klimakanzlerin“ an der zukunftsfeindlichen Autoindustrie, die immer als Rückgrat der deutschen Wirtschaft gepriesen und geschützt wurde („Dieselgate“) statt an zukunftsfähiger Mobilitätspolitik zu arbeiten. ... Daher war es für sachkundige Beobachter auch keine allzu große Überraschung, dass die Bundesregierung beim Glasgow-Klimagipfel (November 2021) den Beschluß zum definitiven Ausstieg aus Fahrzeugen mit Verbrennermotoren nicht unterzeichnete. Schließlich war der noch immer zur Weltspitze gehörende Autokonzern *Volkswagen* von dem Beschluß „not amused“³² Und bei der infantil-dummen Flüchtlings- und Migrantenpolitik lassen sich kulturelle und materielle Folgen noch längst nicht abschätzen, da den Migranten nie sinnvolle Lösungen für ihre **Ursprungsprobleme im Ursprungsland** angeboten wurden - dafür aber in Deutschland selber zu viel Druck auf die eigenen kulturellen Werte zugelassen wird. Auch der rein finanzielle Aufwand des Bundes und der Länder für deren **Flüchtlingsmaßnahmen** (Bund: 23 Mrd pro Jahr; Länder zusammen: 5 Mrd p.a.) hätte sinnvoller in den Ursprungsländern eingesetzt werden sollen anstelle immer neue Freihandelsabkommen mit korrupten Regierungen dort abzuschließen. Die „Mutti-Haltung“ von Kanzlerin Merkel bedeutete zu viel Entgegenkommen bei diametral anders verorteten kulturellen (auch religiösen) Werten. Dieses unqualifizierte Entgegenkommen wird noch weitere Jahrzehnte die Zukunftsfähigkeit Deutschlands behindern. Dagegen wird der Widerstand in der Bevölkerung wachsen und gleichzeitig immer mehr gewaltgesteuerte soziale Konflikte in immer mehr urbanen Brennpunkten sichtbar werden.³³ Bis dahin wer-

³² „24 Staaten, sechs große Autohersteller sowie viele Städte und Investoren einigen sich bei der Klimakonferenz in Glasgow auf ein Ende von Verbrennerautos im Jahr 2035. Deutschland, die USA und China, aber auch große Konzerne wie VW oder Toyota sind nicht dabei“ (TAZ, 11.11.2021)

³³ Die Flüchtlingsfrage bremst den notwendigen Wandel der deutschen Gesellschaft aus (Wirtschaft, Sozialsystem, Bildung, Stadtentwicklung, Kultur), weil es immer weniger um Hilfen für den einzelnen bedrohten Flüchtling oder seine Familie geht, sondern Flüchtlinge immer stärker politisch instrumentalisiert werden. Im Land nutzt das die extreme/faschistoide Rechte. Im Ausland bedient sich Diktator Lukaschenko in Weissrussland seit 2021 skrupellos der Flüchtlinge bei seinen Attacken gegen die EU. Und die Merkel'sche Außenpolitik hat offenbar nie verstanden, dass man sich mit Putin abstimmen muß, wenn man Lukaschenko treffen will. Ähnlich problematisch wirkt sich die „Mutti-Politik“ gegenüber dem Diktator Erdogan aus. Auch er arbeitet systematisch an der Schwächung westeuropäischer Demokratie und Religion mit Hilfe der staatlich gesteuerten DTIP (*Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion*). Erdogan konnte gerade in den Merkel-Jahren sein religiöses Machtinstrument DTIP mit fast 3000 Moscheen und Gebetshäusern in Deutschland extrem stark ausbauen und damit deutsche Kultur angreifen

den sicher die Lukaschenkos dieser Welt immer wieder Flüchtlingsströme politisch instrumentalisieren – egal, ob eine Frau Merkel zwischendurch auch mal mit einem Herrn Lukaschenko telefoniert.

Konnte diese **Deutschland-AG** Orientierungshilfe für ein zukunftsfähiges Europa anbieten? Eher nicht. 16 Jahre Merkel-Kabinette bedeuten eine schwere Bürde für jede gesellschaftliche und staatliche Modernisierung. Das läßt auch die neue Freundschaft zwischen Frankreich und Italien, *Macron-Draghi*, erkennen. Im vorliegenden Beitrag geht es allerdings nur cursorisch um die politischen Defizite der Merkel-Jahre. Das habe ich 2021 an anderer Stelle deutlicher angesprochen.³⁴

Ab 2022 muß sich das Experiment „Ampel-Regierung“ im politischen Alltag beweisen. Als Handlungsgrundlage hatte die Ampel-Regierung im November 2021 ihre Koalitionsvereinbarungen unter dem attraktiven Titel vorgelegt: **„Mehr Fortschritt wagen“** – eine Anspielung auf Willy Brandts *„Mehr Demokratie wagen“*. Die Erwartungen lauten dabei, dass es um qualitativen Fortschritt geht, nicht um mehr neoliberales Wachstum. Denn auch in Deutschland finden sich Ansätze für Wandel und Zukunftsfähigkeit jenseits der Merkel-Politiken. Und sie finden sich bei dem gleichen Thema, wie in Skandinavien, bei der ländlichen Regionalentwicklung. Der Wandel wurde 20 Jahre zuvor als Alternative zu den vorherrschenden Agroindustrien eingeleitet und erhielt unter der ersten grünen Landwirtschaftsministerin Deutschlands während der rot-grünen Regierung Schröder-Fischer den Namen **Regionen Aktiv**. Weil die Ampel-Regierung ab 2022 erneut einen grünen Landwirtschaftsminister stellt und der Agrarbereich die konkretesten Formulierungen in den Koalitionsvereinbarungen enthält, fragt dieser Beitrag vor allem, wieviel aus **Regionen Aktiv** und wieviel von den skandinavischen **Regionalen Cluster** werden als Teil des neuen Fortschritts gewagt ?

Landwirtschaft als zentraler „game changer“

Von den Agro-Fabriken hin zu einer integrierten Landwirtschaft (immer noch Wirtschaft, aber naturerhaltend und sozialverträglich) wollte die GRÜNE Landwirtschaftsministerin Künast (2001-2005) Deutschland zukunftsfähig profilieren. Die Initiative trug den Namen **„Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“** und sie wurde vorgetragen vom **„Bundesministerium für Verbraucherschutz und Ernährung und Landwirtschaft“** (BMVEL). Mit dem erweiterten Selbstverständnis des Ministeriums lag ein Konzept vor, wonach die normalen Bauern (also nicht Agroindustrie) Abstand nehmen von Massenbetrieben (Tierfabriken) und Spezialisierung (Monokulturen). Sie sollten ihre Betriebe neu orientieren und vor allem im Interesse der Verbraucher neue Konzepte entwickeln

³⁴ ER: **Wahrnehmung einer verpatzten Kanzlerschaft**, 2021 (auf <https://www.elmar-roempczyk.de/>)

und ihr Angebot breiter anlegen. Tourismus, Dienstleistung und **Direktvermarktung** waren dabei weitere wichtige Stichworte.

Diese Initiative wurde von den nachfolgenden Landwirtschaftsministern unter Kanzlerin Merkel in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bauernverband sehr schnell wieder abgestellt. Dabei trägt vor allem der Bauernverband als eine der einflussreichsten Lobby-Organisationen in Berlin, den Bundesländern und auch in Brüssel die Mitverantwortung für die weiterhin dominante öffentliche Förderung von Massentierhaltung (Schweine, Hühner) und Monokulturen (Mais) mit jeweils hohem Einsatz an chemischen Kampfstoffen (Typ Glyphosat).

**Um diesen Gegensatz geht es noch immer:
Agroindustrie oder sozial-ökologische Landwirtschaft**



operiert nicht anders geht, Arbeiter doch noch Menschen. Eier sammeln in Paterstal. Foto: Axel Richter/Foto



„REGIONEN AKTIV – Land gestaltet Zukunft“

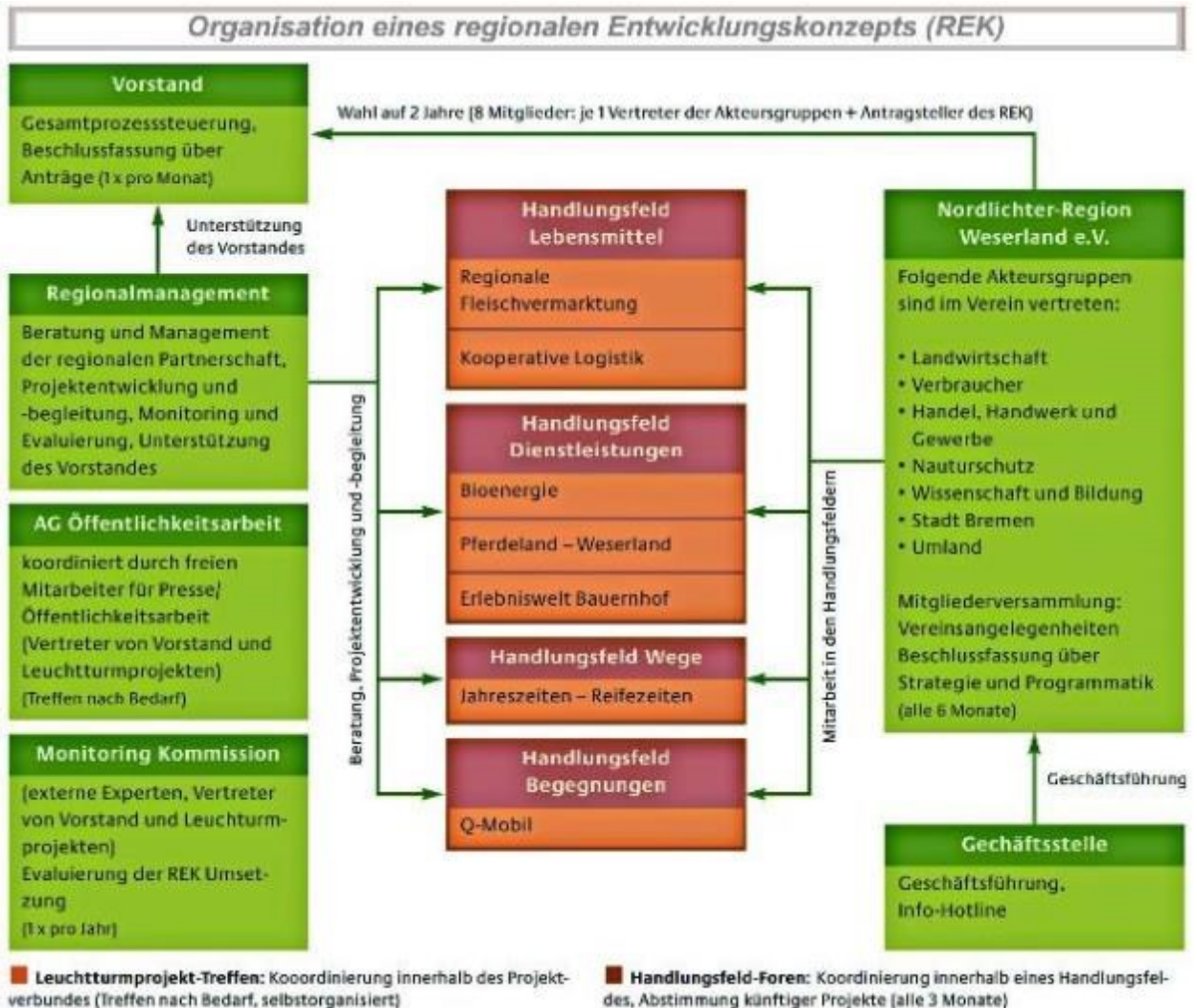
Die erste „grüne“ Landwirtschaftsministerin, in der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer, hieß Renate Künast und machte ihr Ministerium durch zwei Dinge besonders bekannt: es wurde das Ministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft; und es wurde das Ministerium mit dem Schwerpunkt integrierte regionale Landwirtschaft mit starker Bürgerbeteiligung unter dem Namen **„Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“**. Mehr Umweltbewusstsein und Klimasensibilität war bis dahin in Bundesregierungen nicht sichtbar geworden. Quer durch Deutschland konnten sich Bauern, Gemeinden, lokale Unternehmer und sonstige Interessierte zu einem regionalen Projekt zusammenschließen und dafür Unterstützung vom Ministerium beantragen. Berichtet wurde darüber z.B.:

„Regionale Partnerschaft Elbetal/ Wendland“

Im Norden, in der Region Wendland/Elbetal hatten Umweltschutzgruppen, Ökoverbände, Behörden die Initiative des Ministeriums angenommen und eine erste gemeinsame Planungsphase eingeleitet. Organisiert wurde die Ausarbeitung der Ideen über Arbeitskreise, deren Vertreter die „regionale Partnerschaft Elbetal/ Wendland“ bilden. Weitere Vorstellungen wurden durch einen Beirat entwickelt. Die Region setzte in ihrer Bewerbung z.B. auf den Anbau und die Verarbeitung von Brennesseln und Senf als nachwachsender Stickstoffdünger ein, auf artgerechte Tierhaltung wie im Neuland-Programm, ökologischen Landbau und erneuerbare Energien. Da die Region strukturschwach ist, galt es jetzt, für ihre Erzeugnisse Märkte zu finden.³⁵

Weil der neue Fokus für die regionale Landwirtschaft vor allem für die Bauern, die Betriebe, die Bewohner einer Region auch noch gänzlich neu war, erarbeitete das BMVEL Vorschläge, wie die Akteure einer Region sich organisieren könnten, um ein regionales Entwicklungskonzept zu erarbeiten. *„Am Anfang waren wir Landwirte skeptisch, als es um die Zusammenarbeit mit dem Naturschutz ging - mittlerweile arbeiten Landwirte und Naturschützer jedoch zusammen, weil beide Gruppen gemerkt haben, dass man gemeinsam mehr erreicht - jetzt entwickeln wir gemeinsam unsere Region“* (Karl Niebuhr, Geschäftsführer des Landvolkverbandes Gifhorn-Wolfsburg). Die Umsetzung der Vorschläge begleitete das Ministerium beratend und auch finanziell, wie am Beispiel der Region „Nordlichter – Weserland“ :

³⁵ Quelle: Bauernstimme 2/2002



Modell-Region Altmark

In der **Region Aktiv Altmark** wurden schon sehr früh, 2001, die ersten Schritte unternommen, um hier einen solchen regionalen Ansatz umzusetzen. Im Laufe der ersten Jahre entwickelte sich in Salzwedel der wöchentliche Bauernmarkt zum Kern der integrierten Regionalentwicklung. Das reicht von der als Fachwerksbau errichteten großen Markthalle über die sich darin präsentierenden Bäcker, Handwerker, Bauern, Bierbrauer bis zu den Förderinstanzen der Stadt- und Regionalverwaltung. Für Kunden und Besucher entwickelte sich eine win-win-Situation, insofern die Bewohner der Altmark-Region den Markttag als ihre Gesamtregion zum Anfassen erlebten, weil Produktion, Vermarktung und die Beziehungen zwischen den Akteuren der Region offen und transparent abliefen und die Bürger mittendrin dabei waren. Bei den Planungssitzungen der verschiedenen Akteursvertreter ging es um die **gemeinsame Weiterentwicklung der regionalen Entwicklungsstrategien**.

Nicht hinterfragt wurde dabei die Stärkung regionaler Kooperationsstrukturen zwischen Erzeugern, Verarbeitern, Händlern und Verbrauchern sowie begleitende Maßnahmen der Sensibilisierung, Aufklärung, Beratung und Weiterbildung in den einzelnen wirtschaftlichen Sektionen wie auch hinsichtlich der Offenheit für jegliche Innovationen. Im Zentrum der Planungsarbeit standen immer zwei Handlungsfelder im Mittelpunkt. (1) ALTMARK-DIREKT, das den Aufbau und die Etablierung eines diversifizierten kommunikativen Netzwerks zur Sicherung von Qualität, Transparenz und Kooperation zum Inhalt hat. (2) ALTMARK NATUR, das die Erschließung von Einkommens- und Wertschöpfungsalternativen verfolgt und dabei viel Wert auf ökologische Wohnbedingungen legt und auf die ökologische Produktion der regionalen Nahrungsmittel. Hierbei spielt das Thema **Vermarktung** eine wesentliche Rolle. Die einzelnen Bauern oder Handwerker produzieren entsprechend ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten individuell. Die Produkte werden dann aber gemeinschaftlich vermarktet und als regionale Produkte auch vom anhaltinischen Landwirtschaftsministerium in Magdeburg zertifiziert (Qualität, Hygiene, Produktionsverfahren). Diese Regionalprodukte werden dann direkt vermarktet und nicht über Handelsketten, wie ALDI oder LIDL. Auf diese Weise können die höheren Produktionskosten der Ökoprodukte durch die Umgehung des Zwischenhandels weitgehend kompensiert werden.



*Bauernmarkt auch genutzt für Planungssitzungen des Region Aktiv-Managements
(Foto: ER)*



Region Aktiv, Mutter mit Kind pflügt bewußt ökologisch (Foto: ER)



Region Aktiv, nachhaltig bauen mit Holz, Lehm und Solar-energie (Foto: ER)

Zur Strategie der „Region Aktiv“ gehörte zwangsläufig der **Ausbau der Wertschöpfungskette** innerhalb der Region. Um sie zu stabilisieren wurde die Einrichtung von Industrieparks subventioniert, die voll erschlossen an mittelständische Betriebe verkauft oder verpachtet wurden. Dabei werden dem Beobachter auch Grenzen der bisherigen Regionalentwicklung deutlich: häufig zu geringe Eigenkapitaldecke der regionalen Unternehmer; Druck auf den

Sparkassenverband, sich von dem bisherigen besonderen Engagement als Regionalbank zu verabschieden und immer stärker wie Privatbanken zu operieren; nicht immer ausreichende Qualifikation der Unternehmer, um sich im verarbeitenden Gewerbe dem Druck des globalisierten Marktes zu widersetzen. Die Region Altmark bietet dafür die Hanfproduktion als markantes Beispiel. Hanfproduktion hatte eine breit fundierte Tradition sowohl im Nahrungsmittel- und Medizinbereich als auch als Isolier- und Füllmaterial. Managementfehler des zentralen Verarbeitungsbetriebs im Ort Gardelegen hatten zum Konkurs und zur Übernahme durch ein holländisches Unternehmen geführt, das aber nur Interesse am regionalen Vermarktungsnetz und nicht an der regionalen Produktion zeigte. Ein Thema für Verbesserungen beim Regionalmanagement und zielgerichtete Qualifikation der regionalen Akteure.

*Hanf-Produktion
Region Aktiv, Altmark (Foto: ER)*



Landwirtschaftsregionen bieten sich in der Regel auch für **Öko-Tourismus** an. Entsprechend gehört auch dieses Segment zu Region Aktiv Altmark. Für den Betrieb von Ökozentren (in Schäßlitz und in Buch) wurde der Naturschutzbund NABU eingebunden. Besonders der integrierte Ansatz von NABU findet sehr großen Zuspruch in der Region und darüber hinaus: Elbe-Land-Museum zum Thema Hochwasser/Auenlandschaft; regionale Flora/Fauna; Hotel im Jugendherbergsstil für Jugendgruppen mit Gemeinschaftsschlafsaal auf Heu; Restaurant mit Öko-Gerichten; Angebote zum Radwandern u.a.m..

Als ergänzendes Gegengewicht zum Öko-Tourismus wurde in der Region historischer und moderner **Kultur-Tourismus** entwickelt, dessen Ausstrahlung deutlich über die Grenzen der Region hinausreicht. Das galt für die wiederbelebten Charaktere der Hansestädte Salzwedel und Tangermünde.

Und regionaler Kultur-Tourismus gilt ebenso für die Stadt Uelzen, die sich mit dem attraktiven Umbau des Bahnhofs durch Friedensreich Hundertwasser identifiziert. Dadurch wird das meistens unattraktive Bahnhofsviertel einer Stadt ästhetisch und kommerziell so stark aufgewertet, dass sich der Bahnhofsbereich Uelzen in eine intensiv frequentierte Tourismuszone in der Stadt auf anspruchsvollem Niveau gewandelt hat.



*Hansestadt Tangermünde,
Stadttor aus Hanse-Zeiten
(Foto: ER)*

*Region Altmark Hundertwasser-
Bahnhof Uelzen (Foto: ER)*



Der differenzierte und zugleich integrierte Ansatz von „Region Aktiv“ traf auch über Deutschland hinaus auf Interesse bei Bauern, im Bereich der Landwirtschafts-Fortbildung (Agrar-Universität) und bei politisch Verantwortlichen für integrierte Regionalentwicklung. Besucher aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Lettland und Estland trafen in der Altmark ein. Sie interessierten sich für öko-

nomische und soziale und ökologische Alternativen zu ihren bisherigen sowjetischen Kolchosen. Solche Besuche wurden ihrerseits Teil der Dynamisierung von „Region Aktiv“ – und nahmen auch gern den modernen Produktionsprozess des sehr alte Lebensmittels Bier mit in ihr Programm auf:

Baltische Delegation knüpft Kontakte in die Altmark / Wirtschaftliche Kooperationen sind das Ziel

Biobauern aus Lettland ließen sich Bier aus Neuendorf schmecken

Eine Informationsreise durch die Altmark unternehmen derzeit acht Biolandwirte aus Lettland. Sie besuchen unter anderem Höfe ihrer Kollegen in der Region, eine Landbäckerei, das Ökodorf bei Poppau sowie gestern die Brauerei in Neuendorf und den Hof von Dr. Jürgen Meyer-Roschau in Jahrestedt.

Von Siegmur Riedel

Neuendorf. „Die Bedingungen für Biolandwirte in Lettland sind denen in der Altmark ähnlich“, begründete Dr. Elmar Römpezyk von der Friedrich-Ebert-Stiftung, warum die Letten sich gerade in der Altmark umsehen. Er ist Koordinator der Stiftung für die drei baltischen Länder Lettland, Estland und Litauen. Römpezyk begleitet die acht Biolandwirte bei ihrer Informationsreise und war gestern auch bei dem Besuch in der Demmert-Brauerei mit dabei.

Beim Gerstensaft zeigte Daumen nach oben

Nachdem die Gäste das Neuendorfer Bier probiert und dessen Geschmack mit nach oben zeigenden Daumen gepriesen hatten, sahen sie sich die „heiligen Hallen“ für die Bierherstellung an. Dabei informierte Brauereibesitzer Wolfgang Demmert nicht nur über die Geschichte des Familienbetriebes von den Anfängen bis in die heutige Zeit, er gab auch einen Einblick in die

Geheimnisse des Bierbrauens in seinem Unternehmen. So zeigte er den Gästen Rohstoffe für die Bierherstellung, die Mühle zum Mählen, die Kessel, in denen das Bier angesetzt wird und die Tanks in den Kühlhäusern.

Seit zwei Jahren bestehen wirtschaftliche Kontakte zwischen Lettland und der Altmark. „Das ist bereits die dritte Delegation, die hier zu Gast ist“, berichtete Elmar Römpezyk. Sie folgt damit der Einladung zu einem Gegenbesuch, nachdem Altmärker im vergangenen Jahr ihrerseits Kontakte in dem baltischen Land geknüpft haben.

Planungsgesellschaft organisierte Rundreise

Organisiert worden ist die Reise der Letten von der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark. Mit im Boot sitzt auch Jürgen Barth, Regionalmanager von „Regionen aktiv“. Er und Elmar Römpezyk umschreiben das Ziel des Informationsbesuchs so: „Wirtschaftliche Beziehungen sollen geknüpft und Kooperationen auf dem Gebiet der ökologischen Landwirtschaft entwickelt werden.“ Gelingen sei das bereits im Bildungssektor. Zum Beispiel liefert die Fachhochschule Stendal Bücher zu Lehrzwecken nach Lettland.

Heute stehen der Bauernmarkt in Salzwedel und eine Ölmühle auf dem Programm, bevor die Letten am Freitag ihre Heimreise antreten.



Wolfgang Demmert (hinten) erläutert den Gästen aus Lettland, wie in seiner Brauerei in Neuendorf Bier hergestellt wird. Foto: S. Riedel

(Klötzer Rundschau, 27.4.2006)

Die erfolgreiche Modellregion Altmark aus dem Regionen Aktiv – Programm erleichterte auch den späteren Zugang zu dem Agro-Förderprogramm der EU-Kommission, dem Programm LEADER (dazu s.u., S.110 ff: LEADER).

Aber: Agro-Lobbyismus als gewaltiger Hemmschuh

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Rukwied, ist sicher ein ganz besonders agiler und aktiver Interessenvertreter moderner traditioneller Agrowirtschaft. Vor allem ist er offenbar ein ausgesprochen politisch denkender Lobbyist, der in seiner Person die strategischen Felder moderner traditioneller Agrowirtschaft verknüpft, und zwar sehr häufig als Präsident einer Agro-Institution oder als ihr Vorsitzender. In Deutschland wie auch in Brüssel. Da aber niemand an allen diesen und einigen weiteren Orten gleichzeitig auftreten kann, geht es immer um die gesamte Führungsebene im deutschen Agro-Lobbyismus. Und es geht darum, wie im Zuge der Arbeitsteilung weitere strategische Personen in das Lobby-Netzwerk eingebunden werden. Z.B. die Einbindung des diensthabenden Landwirtschaftsministers (von Ende 2005 bis Ende 2021 durchgehend extrem konservative CSU/CDU-Minister). DBV-Präsident Rukwied ist z.B. Vorsitzender im Verwaltungsrat der *Landwirtschaftliche Rentenbank*. Ministerin Klöckner (CDU, bis Ende 2021) war dort seine Stellvertreterin. Sie stellte sich damit allerdings nicht nur hinter die äußerst konservative Rentenbank, die vor allem als Bank erfolgreich ist. Ministerin Klöckner ließ sich auch in auffälliger Weise von skandalbehafteten Großkonzernen, wie Nestlé, über den Lobby-Tisch ziehen und hilft dem Konzern die mühsam erreichte Chemikalienverordnung der EU – *REACH* – von deutscher Regierungsseite aus zu unterlaufen

Ganz sicher steht der Bauernverband hinter gesteigerten Produktions- und Vermarktungszielen des einzelnen Agrobetriebs. Wogegen also hatten der Bauernverband und die durch penetrante Inkompetenz aufgefallenen CSU/CDU-Agrarminister eigentlich agiert? Und wodurch unterscheiden sich letztlich Agrominister, wie R. Künast (Grüne), von Agroministern, wie Chr. Schmidt (CSU) oder J. Klöckner (CDU)? Erkennbar geht es jedenfalls weder dem Bauernverband noch den CDU/CSU-Agrarministern um perspektivische Entwicklungsziele und stabilisierte Wirtschafts-Regionen. Ihnen geht es offensichtlich nicht um Fragen, wie: **Wo soll unsere Region XY in 10 Jahre stehen? Oder wie schaffen wir nachhaltige Landwirtschaft in Region XY? Mit welchen Leitbildern identifizieren wir uns?**

Neoliberale Agro-Industrie dominiert

In den 2000ern hatte sich der Ansatz der *Regionen Aktiv* durch den Lobby-Einfluß des Deutschen Bauernverbandes auf mehrere aufeinander folgende konservative Bundesregierungen so prägend verschoben, dass in erster Linie die **Agroindustrien** politisch und finanziell unterstützt werden – und zudem dem „**land-grabbing**“ von Hedgefonds kein Riegel vorgeschoben wurde.

Dazu passen dann Zeitungsmeldungen, wie diese:

„Agrarsubventionen für Bonzen statt Bauern

Die Holding einer reichen Familie kassiert laut Bundesregierung jedes Jahr 5,5 Millionen Euro von der EU. Der durchschnittliche Hof dagegen bekommt nur 21.000 Euro. Jetzt sagt auch Landwirtschaftsministerin Klöckner, sie wolle das Geld für Konzerne reduzieren“ (TAZ, 15.10.20)

und ein Jahr später:

„Landgrabbing nimmt weltweit wieder zu

In Zeiten niedriger Zinsen und steigender Rohstoffpreise versprechen Investitionen in Boden hohe Renditen. Ein Report dokumentiert für 2020 Akquisitionen von Landflächen in der Größe Italiens“ (TAZ, 28.9.21)

Region Friesland : Soja - Milch

FrieslandCampina ist eine der weltweit größten Molkereigenossenschaften. Jahresumsatz rd. 11,5 Mrd Euro. Beheimatet ist das Unternehmen in den Niederlanden und verfügt laut eigenen Angaben über Niederlassungen in 28 Ländern. Die Gesellschaft hat über 19.000 Milchviehhalter als Mitglieder in den Niederlanden, in Deutschland und Belgien.



Werbefoto für ökologische Milchwirtschaft in Deutschland

Solche Fotos sollen sowohl Freiland-Tierhaltung suggerieren als auch eine umweltfreundliche Milchviehwirtschaft im Nord-Süd-Kontext.

Denn im Hintergrund der Landwirtschafts-Debatte in Deutschland und der EU wogt seit Jahrzehnten die Kritik an den Futterimporten für diese Milchkühe. Das Stichwort heißt **Soja** und damit verbunden **Regenwald-Vernichtung**. Als Land steht dabei Brasilien ganz oben auf der Liste.

"Wir wollen kein **Soja** mehr aus Gebieten wie Brasilien importieren, die für den Anbau **Regenwälder** abholzen. Daher fordern wir eine verbindliche EU-Gesetzgebung für Lieferketten, die frei sind von Menschenrechtsverletzungen, Entwaldung und anderer Umweltverbrechen", sagt Anton Hofreiter, der in der Ampel-Regierung (2022) von den Mitgliedern der GRÜNEN als neuer Agrarminister erwartet worden war. Tatsächlich geht es im Mato Grosso aber schon lange nicht mehr nur um einfaches Soja für den Export nach Europa. Es geht zunehmend um illegal gentechnisch manipuliertes Soja. Es wird geschätzt, dass etwa 30 Prozent der brasilianischen Soja-Ernte genmanipuliert ist. Und der Anbau ist auch nicht mehr auf Mato Grosso konzentriert. Auch weiter im Norden, in Amazonien wird immer mehr gentechnisches Soja angebaut. Genau dafür hat im Übrigen der US-Konzern Monsanto (den die deutsche Bayer AG für 60 Milliarden Dollar gekauft hat) das Gen-Soja speziell an die Klima- und Bodenbedingungen Amazoniens angepasst.



Brasiliens Regenwald wird massiv in Sojafelder verwandelt – für Milchkühe und Schweine in Europa (besonders auch Deutschland)

Tatsächlich geht es auch im Mato Grosso schon lange nicht mehr nur um Soja. Anstelle des Regenwaldes sind auch die größten Rinderherden Lateinamerikas dort unterwegs. Und der Fleischexport ist eine weitere Form, den Regenwald zu essen, um dabei die Fleischproduktion im globalen Norden zu reduzieren, ohne im erforderlichen Maße den Fleischkonsum einzuschränken. Nebenbei kann sich der globale Norden dann auch noch vermeintliche Pluspunkte für den Klimaschutz gutschreiben. Denn die Rinder im Süden verursachen durch ihre Methan-Abgase im Süden große Klimabelastungen – und der Regenwald

kann nichts mehr ausgleichen

Vieh-
zucht im
brasilianischen
Mato
Grosso
wo zuvor
Brasiliens
Regen-
wald
stand



Bei Agro-Unternehmen, wie FrieslandCampina kennt man nur allzu gut die Debatte um Soja und Regenwald. Die Geschäftsführung betont, dass seit 2015 für das importierte Soja-Futter ein Zertifizierungsprozess eingeleitet wurde und die Genossenschaftsunternehmen darauf vertrauen können, dass für ihr Soja kein Regenwald vernichtet wurde. In 2022 können dann wahrscheinlich 1/3 der Mitgliedsbetriebe ein solches Zertifikat erhalten.³⁶

Die Alternative zum Soja-Futter wird allerdings von GRÜNEN Agro-Politikern seit vielen Jahren gefordert: „es ist wichtig, dass wir unsere Abhängigkeit von Futtermittelimporten verringern, zum Beispiel durch den Anbau von **alternativen Futterpflanzen in Europa.**“ (Anton Hofreiter). Und schon länger hat die langsam wachsende Zahl von Bio-Bauern auch in Deutschland gezeigt, dass alternative Futterpflanzen möglich sind. Statt Soja verfüttern sie einen Eiweißmix aus Bohnen, Erbsen, Getreide und Kartoffeln und Rapschrot (nachdem das Rapsöl ausgepresst ist). Diese alternative Futtermittelbeschaffung stand auf der Liste der *Regionen Aktiv*, aber die Landwirtschaftsminister der Merkel-Kabinette haben diesen Ansatz nicht für förderungswürdig gehalten und weder umweltpolitisch noch klimapolitisch beschleunigt. Das wird sehr deutlich bei kapitalintensivem Agro-Business in Deutschland und gleichermaßen bei der bisherigen EU-Agrarpolitik (s.u., S.103: *EUROPÄISCHE UNION: wieviel Reform bietet die Agrarreform ?*).

Agro-Industrie mit Hang zu Greenwashing

„**Arla Foods**“ ist eine Molkereigenossenschaft mit Hauptsitz in Dänemark und mehr als 13.000 Mitgliedsbetrieben aus sieben verschiedenen Ländern:

³⁶ agrarheute/aiz, 10.02.2015: *Ranking: Das sind die Top Ten im Agribusiness*

Schweden, Dänemark, Großbritannien, Deutschland, Belgien, Luxemburg und Niederlande. Der Jahresumsatz liegt bei 10 Mrd Euro.

Arla präsentiert sich als umweltbewusstes landwirtschaftliches Unternehmen, indem es betont, dass die Kühe vom Frühjahr bis Herbst mindestens 120 Tage auf der Weide stehen dürfen und, wenn das Wetter es erlaubt, 6 Stunden pro Tag. *Arla* wirbt auch mit einer CO₂-Minderung um 71%. Die bezieht sich allerdings nur auf die Verpackung der Milch. Die Methanproduktion der Kühe oder andere Klimabelastungen sind dabei nicht berücksichtigt.

Die Verbraucherzentrale Hamburg sieht sich auch bei den Arla-Produkten als Interessenvertretung der Konsumenten und bezieht sich auf die EU-Lebensmittel-Informationsverordnung, wonach Informationen über Lebensmittel nicht irreführend sein dürfen. Die Verbraucherzentrale zieht als Muster den Naturjoghurt von Arla heran. In Deutschland vertreibt Arla das Produkt als „Naturjoghurt & ein Hauch von Zitrone“.



Die Verbraucherzentrale stellt fest:

Statt der versprochenen zwei Zutaten Naturjoghurt und frische Zitrone hat das Milchprodukt deutlich mehr Inhaltsstoffe und ist gar nicht so unverarbeitet und natürlich wie Arla verspricht. Fünf deklarierte Zutaten und wahrscheinlich zwei nicht deklarierte werden verwendet. Darüber hinaus noch zwei Prozent Rohrzucker sowie Stärke zugesetzt. Tatsächlich ist der Zuckergehalt für einen „Naturjoghurt & ein Hauch von Zitrone“ mit über acht Prozent viel zu hoch. Und was mehr ist als „nur“ greenwashing: Der Joghurt ist in einem 500-Gramm-Becher abgefüllt, enthält aber nur 425 Gramm.

Agro-Roboter als Klimaschützer ?

„**Agrobusiness Niederrhein e.V.**“ ist ein Beispiel dafür, was seit 20 Jahren von der EU-Kommission wie auch von CDU/CSU-Landwirtschaftsministerien in Deutschland als moderne Agro-Ökonomie verstanden wurde – das dominante Gegenmodell zu dem Ansatz Region Aktiv .

Agrobusiness Niederrhein e.V. spricht alle Akteure der Wertschöpfungskette an und fordert sie auf, vom Netzwerk aus Unternehmen, Kreisen, Kammern, Verbänden und Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Regionen Kleve, Wesel, Viersen, Rhein-Kreis Neuss, Krefeld, Mönchengladbach und Duisburg zu profitieren. Die bebilderte Selbstdarstellung macht dabei sehr deutlich, dass die **Bürgerbeteiligung der Region keinen Stellenwert** für Agrobusiness besitzt. Hohen Stellenwert hat die Wertschöpfungskette. Dort stehen oben an: die Lieferanten für Betriebsmittel; die Versorgung mit Saatgut, Dünge- und Futtermittel sowie die Bereitstellung von Maschinen, Gewächshäusern und spezieller Computertechnik. Die veröffentlichte Selbstdarstellung hebt vor allem die **hohe Kapitalausstattung** hervor. Entsprechend zielt der unternehmerische Anspruch über die ohnehin große Region Niederrhein deutlich hinaus:

*Unser Ziel ist es, den Niederrhein bis 2020 zu einer der wettbewerbsfähigsten **Agrobusiness**-Regionen Europas zu entwickeln.*³⁷

Besonders deutlich wird der Unterschied zwischen dem **Agrobusiness-Ansatz** und der ökologischen Landwirtschaft im Modell **Region Aktiv Altmark** anhand einer weiteren Selbstdarstellung vom 17.11.2021:

*Pressemeldungen
Agrobusiness
Niederrhein:*

**„Zukunft auf dem Acker mit Feldrobotern
Schlepper, die ohne Fahrer **schwere Gerätschaften** über den Acker ziehen und
Felder bewirtschaften, und **Roboter**, die Unkräuter erkennen und selektiv und punktuell bekämpfen...“**



³⁷ <https://www.agrobusiness-niederrhein.de/>

Der Unterschied zwischen Niederrhein und Altmark ist nicht zu leugnen:



Feld-Roboter am Niederrhein



2-PS-Bäuerin in der Altmark

Widersprüche in der Agro-Politik : veröffentlichte Wahrnehmung

Die Vermeidung einer zukunftsfähigen Landwirtschaftspolitik in den 2000er Jahren ist nicht Resultat der missglückten Stellenbesetzung des Ministeramtes (dafür ist es in den Merkel-Kabinetten in diesem Ministerium wie in anderen auch zu häufig vorgekommen). Es sind systemische Vermeidungen von Frau Klöckner (CDU) und ihren Vorgängern aus der CSU, wenn sie auch ihre eigenen, international angesehenen Institutionen überhören, wie z.B. den *Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen*, der seit Jahren auf die Risiken der verfehlten Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen und Wasser und Wäldern hinweist und der Regierung und dem Bundestag als Gutachten vorlegt.

*Agro-Industrien
subventioniert
von Lobby-ge-
steuerten Land-
wirtschaftsmi-
nisterInnen
(hier:
Thüringen,
Foto: ER)*



Ende 2021 haben die diversen Beratungsgremien der Bundesregierung die Inkompetenz der diversen Merkel-Kabinette dann auch nicht mehr hinter diplomatische Sprachübungen verborgen, sondern in einem offenen Brief mehr als deutlich angesprochen:

Offener Brief: *Den Weg in eine nachhaltige Zukunft frei machen,*

Berlin, 13.10.2021

An die Bundesvorsitzenden,
Generalsekretäre sowie
die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen
von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP sowie CDU/CSU

.....

*„Deutschland braucht jetzt eine mutige Politik und einen Aufbruch in Gesellschaft und Wirtschaft: **Wir brauchen eine Strategie für den zügigen Übergang zu Klimaneutralität bei gleichzeitigem Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit, im Einklang mit den planetaren Grenzen.** Eine Strategie, die soziale Spaltungen vermeidet und überwindet, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt sowie einen Beitrag leistet, die Zusammenarbeit in der Staatengemeinschaft auf das **globale Gemeinwohl** auszurichten.*

In dieser kritischen Situation wenden wir uns erstmals gemeinsam als Vorsitzende und Mitglieder unterschiedlicher, die Bundesregierung und den Bundestag beratender Gremien an Sie als die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, die einen neuen Koalitionsvertrag aushandeln und Deutschland in den zwanziger Jahren des 21. Jahrhunderts gestalten wollen.“

(Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen)

In allen Beispielen von Agro-Business zeigt sich als entscheidende Schwäche das, was die Stärke von *Regionen Aktiv* ausgemacht hat: regionale Verknüpfung und Bürger- bzw. Konsumentenbeteiligung.

Doch es gibt Hoffnung. Auch in Deutschland haben sich - wegen fehlender Strukturpolitik während der Merkel-Regierungen - gerade in Ostdeutschland einige Stadt-Land-Initiativen entwickelt – sogar als *Bio-Bauern-Kapitalgesellschaft* unter dem Namen **Regionalwert AG**.³⁸ Ein Ansatz, der durchaus Parallelen zu den skandinavischen *Stadt-Land-Initiativen* besitzt, deren Ziel eine regional organisierte Bio-Landwirtschaft ist, auf die sich der einzelne Hof in der Region ausrichtet und die Städte der Region als Hauptmarkt nutzt (s.u. Göteborg, S.78 f).

³⁸ In den 2000er Jahren hat die Zahl solcher Regionalwert AGs langsam, aber stetig zwischen Freiburg, Berlin, Hamburg zugenommen. Ebenso andere Formen der Solidarischen Landwirtschaft. Nie zur Freude der neoliberalen Bundespolitik

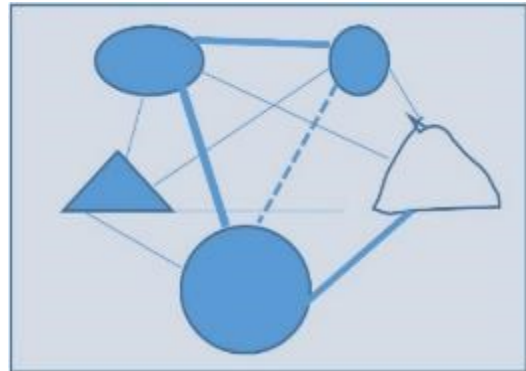
Anderes SKANDINAVIEN ist möglich: KLIMA und Cluster als gesellschaftliches Projekt

Wer sich mit dem Thema Cluster befasst, hat schnell eine ganze Reihe von Stichworten zur Hand, die mit dieser wenig globalisierten Wirtschaftsform und dem zugehörigen Regionalbewusstsein zusammenhängen. Z.B.:

- Regionale Cluster lernen durch offene Kommunikation zwischen den Mitgliedern und darüber hinaus, stärken sich nicht durch Hacker-Angriffe, wie sie immer häufiger aus Russland und China in der EU festgestellt werden
- Regionale Cluster funktionieren mittels demokratischer Entscheidungsprozesse, nicht über extrem diktatorische Machtapparate, wie unter Xi Jinping (China)
- Regionale Cluster setzen nicht auf Prekarisierung der (regionalen) Gesellschaft, sondern auf optimale Teilhabe aller Cluster-Mitglieder – also der beteiligten Unternehmen, der Zivilgesellschaft, der öffentlichen Hand
- Cluster-Mitglieder entscheiden selber und direkt über ihre Finanzen und Investitionen – überlassen es nicht irgendwelchen Algorithmen, die inzwischen maßgeblich die Entwicklungen an den klassischen Börsen steuern. Persönliches Vertrauen in Cluster-Mitglieder ist Gegenentwurf zur digitalisierten virtuellen Ökonomie
- Regionale Cluster gehen auch beim Thema Rohstoffe von der eigenen Region aus, setzen nicht in erster Linie auf Extraktivismus (wie z.B. e-Autos mit Coltan und Lithium-Bedarf) oder auf globalisierte Massenproduktion mit gewaltigem Energieaufwand für das global verzweigte Transportnetz (Seidenstraßen).

Historisch gesehen ist Silicon Valley die legendäre Modellregion für gegenseitiges Lernen und Kooperation mit zukunftsgestaltender Wirkung. In den USA gab Prof. Michael Porter (Harvard University) in den 1990er Jahren diesem ökonomischen Verhalten den Begriff der **Cluster-Ökonomie**. Für Porter steht dabei als Kerngedanke eine verbesserte ökonomische Zukunft der Teilnehmer oben an: *“.... the cluster and related clusters surrounding a region-industry matters not only for the growth of existing industries but also for the creation of new industries in a region. In other words, **new regional industries are born out of strong regional clusters**. These findings suggest that **clusters play a crucial role in the path of regional economic development.**”* (Porter, 2003).

Grundidee eines regionalen Cluster
aus unterschiedlichen Akteuren mit unterschiedlich intensiven Beziehungen, die aber einen regionalen Mehrwert für die Beteiligten bedeuten, den kein Akteur alleine für sich erzielen würde; dabei sind die Beziehungen zwischen den Akteuren nicht notwendigerweise konkurrenzfrei ³⁹



Dieses Verständnis von Cluster haben z.B. die **Esten** für sich übernommen, die sich gerne zu Skandinavien zugehörig fühlen. Das ist vor allem in ihrem hochgelobten ICT-Bereich erkennbar (*Information-Communication-Technology*): "The Estonian ICT Cluster is a collaboration platform for enterprises, created to boost the development of new products and solutions and foster their export to the international market." ⁴⁰

Die eigentlichen skandinavischen Gesellschaften haben die Cluster-Ideen von M. Porter über die rein ökonomische Dimension hinaus auch im sozialen Bereich aufgenommen. In Nord-Europa bedeutet Cluster daher vor allem: **viele einzelne Cluster-Mitglieder denken über das unmittelbare individuelle Interesse hinaus, denken Gemeinsamkeit und handeln quasi automatisch für eine zukunftsfähige Entwicklung ihrer Region**. Besonders in Schweden und Norwegen geht das skandinavische Verständnis von Cluster über das Denken der Boston-Ökonomen hinaus: Cluster bedeutet dort **Vernetzung von Unternehmen, öffentlicher Verwaltung, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und anderen spezifischen Einrichtungen einer Region**. Sie benutzen dort das Bild einer genetischen Struktur und sprechen von **Triple Helix**. Die regionale Identität bildet in Skandinavien als Querbezug eine zusätzliche Dimension. Sie betrifft den regionalen Naturraum, wie die Seenlandschaften in Finnland oder die Fjordregionen in Norwegen oder die Wälder und Erzminen in Schweden.

In Skandinavien und einigen anderen europäischen Ländern (auch Deutschland) ist die systemische Zusammenarbeit unterschiedlicher Unternehmen und Dienstleister, die gemeinsam von Synergieeffekten profitieren, der tragende Kern der Cluster-Entwicklung. Nicht nur die direkten Akteure sollen

³⁹ In diesem Beitrag geht es weniger um die verdienstvollen theoretischen Entwicklungen des Cluster-Gedankens, wie ihn Porter oder Krugman zu Beginn der 1990er Jahre angeschoben haben als vielmehr um seither gemachte empirische Erfahrungen bei unterschiedlichen gesellschaftlichen (ökonomischen) Bedingungen

⁴⁰ https://ec.europa.eu/regional_policy/en/projects/Estonia/estonian-ict-cluster-paves-the-way-for-a-smarter-society

profitieren, sondern die jeweilige Region insgesamt, in der sie aktiv sind. Denn den Mehrwert für die regionale Entwicklung erkennen im günstigen Fall auch die regionalen Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, der Bildung, der Medien und beteiligen sich am regionalen Cluster. Damit verbessern und intensivieren diese Cluster nicht nur die Wertschöpfungskette der industriellen Akteure, sondern tragen zur Lebensqualität der regionalen Gesellschaft bei – allein dadurch, dass die diversen Arbeitsplätze stabilisiert werden und kein oder wenig „brain drain“ bzw. Abwanderung aus ökonomischen Gründen in andere Landesteile oder ins Ausland erfolgen muß.



NORWEGEN

Wichtige Ansätze für Cluster-Schwerpunkte:

Saubere Meere und Seen

In Norwegen findet sich ein paradoxes Interesse am Klimaschutz. Das Land lebt von den Öl- und Gasblasen in seinem Küstenbereich. Öl und Gas werden aber in erster Linie exportiert während im eigenen Land schnell und zielstrebi-ger als irgendwo sonst in Europa e-Autos auf die Straßen geschickt und deren Nutzung stark über steuerliche Privilegien und Sonderrechte im Verkehr subventioniert werden. Etwas Ähnliches zeigt sich in der für Norwegen so wichtigen Schifffahrt. Die ursprünglich als Hurtigruten-Postschiffe für die Verbindung zwischen den Fjorden und Tausenden Inseln lebenswichtig für Norwegens Landbevölkerung waren, verkehren immer noch auf den alten Routen, aber heute in erster Linie als Cruiser mit Tausenden Touristen an Bord. Cruiser gehören seit Jahrzehnten zu den schlimmsten Umweltschädlingen auf allen Meeren. In Norwegen wurden deswegen die ersten Elektrofähren in den Fjorden eingesetzt. Und im Unterschied zu den Kabinetten der deutschen „Klimakanzlerin“ haben auch konservative Regierungen in Oslo auf die Forderungen der Bürger gehört und klimaschonende Initiativen gefördert. In der seit Wikinger-Zeiten bedeutenden Region des *Sonje-Fjord* wird die regionale Wirtschaft zu einem hohen Prozentsatz vom Tourismus getragen. Die Bewohner der Fjordlandschaft stehen aber seit vielen Jahren den Kreuzfahrtschiffen ebenso kritisch gegenüber wie den Fjord-Fähren. Beide belasten Wasser und blasen große Abgaswolken in die Atmosphäre mit ihren Verbrennungsmotoren. Den Sonje-Fjord zwischen den Dörfern Lavik und Oppedal kreuzt daher seit 2015 die erste **voll elektrische Autofähre** 34 mal pro Tag.

*erste Elektrofähre „Ampere“ im Sognefjord
(Foto: ER)*

Nach den ersten drei Jahren war deutlich, dass die „Ampere“ 95% der vorherigen CO₂-Emissionen vermeidet und gleichzeitig 80% der Betriebskosten senkt.



Die deutsche SIEMENS ist an der Entwicklung des Elektroantriebs beteiligt. Der zuständige Ingenieur kommentierte, ohne den Begriff zu verwenden, die Ansätze eines neuen Cluster: „... haben wir unsere Kompetenzen gebündelt – das Know-how von Fjellstrand (norwegische Werft) im energieeffizienten Schiffbau mit unserer Expertise bei den Antrieben.“ Herausgekommen sei dabei ein Konzept, das nun „flüsterleise und völlig emissionslos“ unterwegs ist. Aber Norwegen, bzw. die Fährgesellschaft, die Werft, die Motorendesigner belassen es nicht bei der Erweiterung der „Ampere“-Flotte um mehr als 50 neue Schiffe. Es geht auch darum, die Lithium-Ionen-Batterien der „Ampere“ nachhaltiger zu gestalten.

Dafür kommt erneut ganz viel Druck von der einheimischen Bevölkerung an den Haltepunkten der Hurtigruten-Cruiser und der sonstigen Touristen-Mega-schiffe mit ihren 4.000-5.000 Passagieren, also schwimmenden Städten mit allen dazu gehörigen Umweltbelastungen. Diskutiert wird in den Werften und Hafenstädten und dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium über Hybridantriebe und zumindest Flüssiggas statt Schweröl und man diskutiert auch in Norwegen über die moderne Variante der Jahrtausende alten Segelschiffe, für die sich allerdings bei der heutigen Schiffsgröße (Frachter) von 400 m Länge und den erwarteten Geschwindigkeiten keine ausreichende Segelfläche einsetzen lässt:

moderne Frachter mit dem Wikinger „Drachensegel“



Der Cluster-Gedanke, an den Überlegungen und Erfahrungen der anderen teilhaben und gemeinsam neue Wege erkunden, hat auch vergessene Erfindungen wieder zum Einsatz gebracht, wie die **Rotorsegel**.

Rotorsegel sind ein rotierender 30 m hoher Zylinder, der wie ein zusätzlicher Kamin in der Schiffssilhouette erscheint. Sie verbrauchen keine besondere Segelfläche, nutzen aber dennoch die Windkraft und sparen Kraftstoff und mindern die Umweltbelastung. In Finnland setzt das Unternehmen *Norsepower* erfolgreich Rotorsegel ein. Auch die Ostseefähre „Copenhagen“ auf der Strecke Rostock-Gedser wird seit über 10 Jahren erfolgreich (= umweltfreundlich) von einem Rotorsegel angetrieben.

*Fähre „Copenhagen“
mit Rotorsegel
(Foto: ER)*



Das wasserreiche Norwegen reagiert erheblich schneller und wird das umsetzen, was der vorherige deutsche Wirt-

schaftsminister Altmaier noch am Ende seiner Amtszeit ohne Selbstironie verkündete: *(Deutschland) wird Wasserstoff-Weltmeister*. Statt sich mit derartigen Sprechblasen zu schmücken reagierte Norwegens konservativer Klima- und Umweltminister Helgesen (2015-18) zustimmend auf die Forderungen der Fjord-Anrainer und der norwegischen Umweltschutzorganisationen, die den Erhalt der einzigartigen Naturräume über die Interessen der Tourismusindustrie stellen (z.B. im Geiranger Fjord).

*Geiranger-Fjord,
Cruiser-Gedränge
(Fotos: ER)*

Inzwischen arbeitet man in norwegischen Clustern auch nicht mehr allein an Wasserstoff-Technik.



Als klimafreundlichen Treibstoff für Schiffe setzt man auch auf „grünen Ammoniak“. Dafür wird bis 2024 der Frachter „Viking Explorer“ als Test-Schiff **von Flüssiggas auf Ammoniak** umgerüstet (einschließlich der Katalysatoren, die den schlechten Ammoniak-Geruch binden).

Außerhalb Norwegens stehen die Tourismus-Cruiser weiterhin unter starkem Druck, endlich ihre Schiffsantriebe vom Schweröl und Flüssiggas auf grünen Wasserstoff umzustellen. Eine der größten Reedereien der Welt – die schweizer MSC – prüft derzeit die Möglichkeit, ihre Kreuzfahrtschiffe auf Wasserstoffantrieb umzurüsten. Dann soll die gesamte MSC-Flotte möglicherweise bis 2050 (!) mit CO₂-neutralem Antrieb verkehren - also eine Generation nachdem die aktuellen Kapitaleigner abgetreten sind. Aber **Jetzt** findet die menschengemachte Klimakrise statt.

Das MSC-Argument erinnert ein bißchen an den vorherigen Ministerpräsident von NRW und kurzzeitigen CDU-Vorsitzenden und noch kurzzeitigeren Kanzlerkandidat A. Laschet (2021), der vom Kohleausstieg bis 2038 sprach, aber gleichzeitig ein ganz neues Kohlekraftwerk mit dem Argument genehmigte, es sei das modernste Europas (*Datteln IV*, Mai 2020), gleichzeitig weiterhin die Braunkohle-Förderung in der Kölner Börde sowohl zuließ als auch weiter subventionierte und die Polizei gegen die protestierenden Bürger der Region loschickte.



Hambach: Klimaschützer gegen Polizei, 2017 ff

Irgendwie anders als in Norwegen.....

Seafood Innovation Cluster

In Norwegen ist die vielgesichtige Küsten- und Insellandschaft natürlich nicht nur für die Tourismusindustrie und die Cruiser von großer Bedeutung, sondern auch für die ortsansässige Bevölkerung und ihre jahrhundertealte Fischwirtschaft.

Sogar vom Namen her erkennbar, dass auch hier verschiedene Akteure vernetzt arbeiten, z.B. das *SEAFOOD INNOVATION CLUSTER*, mit Hauptsitz in Bergen.

Das Cluster ist eng verbunden mit der Sicherung sauberer, natürlicher Fjordlandschaften, besonders im Interesse der **Fischwirtschaft**. In Norwegen ein sehr starker Wirtschaftssektor – der gerade deswegen auch sehr genau bis kritisch betrachtet werden kann.

Es handelt sich hier um das wirtschaftspolitische Instrument, das in Norwegen die gesamte Wertschöpfungskette der maritimen Fischindustrie kontrolliert. Gebildet wird das Cluster von 20 mittelständischen und 17 Großunternehmen. Das Cluster-Management wurde mit der „Cluster Excellence Bronze“ Medaille geehrt, auch weil als Cluster-Ziel verstanden wird: die Mitglieder dabei zu unterstützen, die gesamte Meeresfischerei umweltgerecht zu betreiben. Dabei sollen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse genutzt werden und der gegenseitige Erfahrungsaustausch innerhalb des Cluster wie zwischen dem Cluster und anderen (internationalen) Akteuren intensiv betrieben werden. International und auf EU-Ebene spielen breit gestreute Partnerbeziehungen eine wichtige Rolle, besonders mit: *Iceland Ocean Cluster, Scottish Aquaculture, Pole Aquimer (F), Instituto Português do Mar e da Atmosfera*.

Das *Seafood Innovation Cluster* hat 2018 als weiteren Innovationsschub seinerseits das **Ocean Innovation Norwegian Catapult Centre** gegründet, um noch gezielter Nachhaltigkeitskriterien in der gesamten Fischindustrie durchzusetzen. Unterstützung hat diese Gründung durch das staatliche *Katapult-Programm* erhalten – ein weiterer Ausweis für das öffentliche Interesse auch einer konservativen Regierung an mehr und konkretem Umwelt- und Klimaschutz.

Oslo Renewable Energy and Environment Cluster (OREEC)

ist zum Teil mit der umweltverträglichen Schifffahrt und Fischindustrie verbündelt, steht aber auf eigenen institutionellen Füßen. Gemeinsames Thema ist die systematische Ausrichtung der Cluster an sauberen Produktionsprozessen bzw. am Einsatz von Technik, die ökologisches Produzieren sicherstellt. Dazu verknüpfen sich rd. 80 Cluster-Mitglieder aus fast allen Regionen Norwegens und organisieren ihren Erfahrungsaustausch. *OREEC* kooperiert auch als Ganzes - ähnlich wie die Fischindustrie - mit anderen europäischen Cluster, darunter *CLEAN* (DK), *Eco World Styria* (A), *ACLIMA* und *BioVale* (Spanien), *BioBased Delta* (NL), *Lombardi Energy Cluster* (Italien), *Cleantech* (Lettland).

Regionale Cluster in Norwegen

Norwegen hat nicht nur die angesprochenen einzelnen Initiativen von Cluster-Einrichtung aufzuweisen. In den 2000er Jahren wurde eine differenzierte Cluster-Strategie mit drei Armen entwickelt und ausgebaut:

ARENA heißt der größte der Arme. Es handelt sich meist um eher kleine Cluster mit unterschiedlichem regionalem Bezug, im ganzen Land, vor allem im ländlichen Raum verstreut. Sie können vom staatlichen Arena-Förderprogramm für die ersten drei Jahre finanzielle und Management-Beratung beantragen. Anschließend besteht auch die Möglichkeit für weitere zwei Jahre öffentliche Förderung/Konsolidierung zu erhalten.

NORWEGIAN CENTRES OF EXPERTISE (NCE) ist der zweite Arm der Cluster-Strategie. Hier erfolgt Unterstützung für den Typ Cluster, der auf nationaler oder sogar internationaler Ebene operiert. Hier handelt es sich in erster Linie um Cluster in großen urbanen Zentren.

GLOBAL CENTRES OF EXPERTISE (GCE) hat schließlich die kleine Gruppe von Cluster im Blick, die ganz auf internationale Zusammenarbeit mit internationalen Unternehmen oder internationalen Cluster ausgerichtet sind.

Durchgehend spielt in allen drei Cluster-Gruppierungen IT-Technologie eine sehr große Rolle. Dabei lassen sich Wirkungen bei den Cluster deutlich danach unterscheiden, ob die Vernetzungsdynamik bei den Akteuren der Cluster-Region entstanden ist (von innen heraus) oder durch die Förderung mittels Arena oder NCE (Stimulation von außen) . Beides wird berichtet.

Die folgende Übersicht über die „Cluster-Landschaft“ in Norwegen, läßt zwar die Fülle und die Schwerpunkte der jeweiligen Cluster-Bildung erkennen. Aber der skandinavische Charakter, die Überwindung der rein ökonomischen Ausrichtung läßt sich daran noch nicht ausmachen. Die genauere Betrachtung einzelner Cluster soll helfen, diesen skandinavischen Charakter zu erkennen – sofern er tatsächlich vorhanden ist.

Verteilung unterschiedlicher Cluster-Projekte in Norwegen

Cluster project ¹	Economic region ²	Main industry ³	Members ⁴
Arena Arktisk Maritim Klynge (2013-)	Harstad	50 Water transport	10 (10)
Arena Arktisk Vedlikehold (2014-)	Hammerfest	52 Support activities for transportation	5 (8)
Arena Biotech North (2012-2016)	Tromsø	72 Scientific research and development	29 (21)
Arena Blue Legasea (2014-)	Ålesund	10 Food products	18 (13)
Arena DesignArena (2012-)	Bergen	74 Other prof., scientific, techn. act.	45 (31)
Arena Digin (2009-2015)	Kristiansand	62 Computer programming, consultancy	20 (39)
Arena Electric Mobility Norway (2011-2015)	Drammen	35 Electricity, gas and steam	13 (7)
Arena Heldner (2012-)	Hamar	72 Scientific research and development	7 (13)
Arena i4plastics (2014-)	Gjøvik	22 Rubber and plastic products	12 (7)
Arena IKuben (2011-)	Molde	71 Architecture, engineering activities	26 (25)
Arena Innovasjon Torskefisk (2015-)	Vesterålen	10 Food products	14 (14)
Arena Lønnsomme vinteropplevelser (2011-2016)	Tromsø	79 Travel agencies, tour operators	20 (22)
Arena Mineralklynge Norge (2012-)	Mo i Rana	07 Mining of metal ores	23 (5)
Arena Norwegian Fashion Hub (2014-)	Oslo	46 Wholesale trade	34 (15)
Arena Norwegian Rooms (2013-)	Ålesund	31 Furniture	15 (14)
Arena Norwegian Smart Care Cluster (2014-)	Stavanger	62 Computer programming, consultancy	31 (46)
Arena Nxt Media (2012-2015)	Trondheim	62 Computer programming, consultancy	9 (15)
Arena Ocean of Opportunities (2011-2014)	Stavanger	03 Fishing and aquaculture	9 (8)
Arena Olje- og gassklynge Helgeland (2015-)	Mo i Rana	25 Fabricated metal prod.	45 (13)
Arena Oslo Edtech Cluster (2016-)	Oslo	62 Computer programming, consultancy	30 (17)
Arena Skognærings i Trøndelag (2016-)	Levanger	02 Forestry and logging	14 (5)
Arena Smart Grid Services (2011-2014)	Steinkjer	62 Computer programming, consultancy	15 (10)
Arena Smart Water Cluster (2010-2016)	Steinkjer	25 Fabricated metal prod.	25 (17)
Arena Solenergiklyngen (2016-)	Oslo	46 Wholesale trade	8 (14)
Arena Subsea Valley (2010-)	Oslo	46 Wholesale trade	170 (44)
Arena Tunnel Safety Cluster (2016-)	Stavanger	74 Other prof., scientific, techn. act.	7 (29)
Arena Usus (2010-2015)	Kristiansand	55 Accommodation	97 (21)
Arena Vannklyngen (2011-2014)	Tjønsberg	46 Wholesale trade	16 (7)
Arena Vindenergi (2010-2014)	Trondheim	71 Architecture, engineering activities	19 (10)
GCE Blue Maritime (2005-)	Ålesund	46 Wholesale trade	36 (53)
GCE NODE (2005-)	Kristiansand	28 Machinery and equipment	91 (38)
GCE Subsea (2006-)	Bergen	71 Architecture, engineering activities	92 (84)
NCE Aquaculture (2007-)	Bodø	03 Fishing and aquaculture	23 (6)
NCE Aquatech Cluster (2016-)	Trondheim	71 Architecture, engineering activities	79 (24)
NCE Culinary (2009-)	Stavanger	10 Food products	11 (13)
NCE Eyde (2007-)	Kristiansand	71 Architecture, engineering activities	14 (9)
NCE Instrumentation (2006-2016)	Trondheim	71 Architecture, engineering activities	65 (35)
NCE Maritime CleanTech (2011-)	Sunnhordland	30 Other transport equipment	20 (18)
NCE Media (2013-)	Bergen	62 Computer programming, consultancy	12 (70)
NCE Micro- and Nanotechnology (2006-2016)	Tjønsberg	26 Electronic and optical products	33 (33)
NCE Oslo Cancer Cluster (2006-)	Oslo	72 Scientific research and development	28 (27)
NCE Oslo Medtech (2011-)	Oslo	62 Computer programming, consultancy	114 (88)
NCE Raufoss (2006-2016)	Gjøvik	25 Fabricated metal prod.	21 (31)
NCE Seafood Innovation Cluster (2015-)	Bergen	10 Food products	11 (5)
NCE Smart Energy Markets (2009-)	Halden	62 Computer programming, consultancy	31 (13)
NCE Systems Engineering (2006-2016)	Kongsberg	28 Machinery and equipment	8 (11)
NCE Tourism Fjord Norway (2009-)	Bergen	79 Travel agencies, tour operators	50 (11)

Source: Samfunnsøkonomisk analyse

- (1) Gründungsjahr des Cluster
- (2) Region mit stärksten Mitgliederanteil im Cluster
- (3) Wirtschaftssektor mit dem stärksten Mitgliederanteil
- (4) Mitgliederanzahl des Cluster

Modell-Cluster : Eyde

Als regionales Netzwerk wurde das **Eyde-Cluster** schnell zum norwegischen Vorzeigeprojekt, benannt nach dem mehrfachen Unternehmensgründer in der Region Agder, Sam Eyde. Heute besteht das Eyde Cluster aus 13 Industrieunternehmen, 6 Forschungseinrichtungen, etwa 30 Städten/Gemeinden und der Universität der Region Agder. Die Region Agder ist seit über 100 Jahren Norwegens führende Exportregion und möchte das mit Hilfe des Eyde Cluster auch

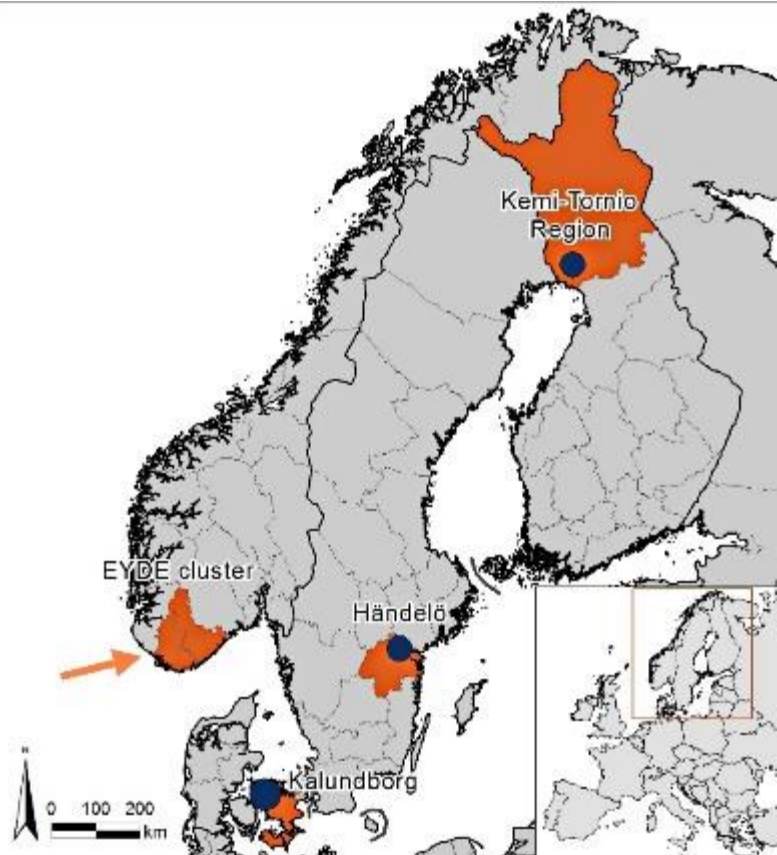
bleiben, das sich selbst “World Leading Cluster for Sustainable Process Industry” nennt.

unterschiedliche Projektbereiche des Eyde-Cluster



Verteilung des Eyde-Cluster und anderer skandinavische Großprojekte der integrierten Regionalentwicklung mit starker internationaler Verknüpfung

Für das Eyde-Cluster steht Regenerative Energie – auch für den Export – ganz oben auf der politischen Agenda der Region. Ausgangsüberlegung waren Schnittmengen gemeinsamer Projekte zwischen den Cluster-Mitgliedern. Inzwischen handelt es sich bei diesem Cluster aber um einen der zentralen Promotoren Norwegens für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben rund um das Thema Energieeffizienz und zukunftsfähige Produktionsverfahren und Produkte.



Eyde Biocarbon ist wohl das am besten entwickelte Einzelprojekt des Eyde-Cluster. Hier lautet das Ziel: nachhaltige Energie-Alternativen für Öl und Kohle zu schaffen, und zwar mittels lokalem „Holzabfall“, um daraus Biokohle, Bioöl oder Biogas zu gewinnen. Das Eyde Cluster soll dabei helfen, um Norwegen (größter europäischer Öl- und Gas-Förderer) den Ausstieg aus fossiler Energie *im eigenen Land* zu erleichtern. Ein globales Unternehmen, wie Alcoa etwa, will dabei seine Aluminium-Abfälle in Norwegen zukünftig mit Biogas einschmelzen statt wie bisher mit Erdgas.

Daher verwundert es nicht, dass ein Projekt des Eyde Cluster, wie die *Biocarbon Initiative*, und das zugehörige *Eyde-0-Abfall-Programm* von ganz unterschiedlichen Institutionen gefördert werden: vom Norwegischen Forschungsrat ebenso wie vom Norwegischen Regionalen Forschungs-Fonds, dem Programm *Norwegian Centre of Expertise* (NCE) bis hin zu SPIRE, dem Public-Private-Partnership-Programm der EU. Aber wahrscheinlich gehört zu den ganz wichtigen Elementen der regionalen / kommunalen Förderung die Regelung der **Steuer-einnahmen**. Schließlich fallen fast 60% der erhobenen Steuern und Abgaben bei den Gemeinden an und verschaffen ihnen einen hohen Grad an Handlungsautonomie – und Verantwortung.

Mit dem Biocarbon-Projekt und zahlreichen weiteren Cluster-Projekten erreicht Eyde-Cluster inzwischen einen Jahresumsatz von gut einer Milliarde Euro und beschäftigt in der Region ca 3.000 Mitarbeiter.

Über den rein ökonomischen Erfolg des Eyde-Cluster hinaus sichern die Synergien dieser unterschiedlichen Partner auch eine zukunftsfähige Entwicklung der Region. Die Basis liefern nicht nur die lokalen/regionalen Rohstoffe, sondern ganz besonders das **Eyde Innovation Centre**, an dessen Forschungsarbeiten und Labors sich alle Cluster-Partner beteiligen, um einerseits ihre jeweiligen Produkte an die Nachfragen ihres Marktes besser anzupassen und um durch Synergieeffekte gemeinsam von dieser Plattform zu profitieren. Zu diesen gemeinsamen Gewinnen zählt z.B. die höchstmögliche Vermeidung von Abfall. „Abfall“ wird in erster Linie – im Sinne von Kreislaufwirtschaft – als möglicher sekundärer Rohstoff von einem anderen Partner angenommen. Überschüssige Prozesswärme darf z.B. nicht ins Meer oder die Atmosphäre abgeleitet werden, sondern dient der benachbarten Fischzucht zur Temperierung ihrer Zuchtbecken.

Auch der Europabezug des Eyde-Cluster ist nicht zu übersehen. Europaweit suchen Politik und Unternehmen nach Produkten und Verfahren, die irgendwie zur Erreichung des 1,5 ° Ziels beitragen können (*Pariser Klimaabkommen*). Norwegen ist für die Region Agder u.a. mit EU-Unterstützung an der Erfassung der diversen Formen und **Quellen von Energieverschwendung** engagiert, um diese schnellstmöglich abzustellen (Projekt **Incubis**).



Incubis: überprüft die Energieeffizienz von Industrieanlagen

In Norwegen wurde dazu ein weiterer strategischer Schritt in der Cluster-Region gemacht. Aus der Zusammenarbeit zwischen dem Innovationszentrum und einem der großen regionalverorteten Partner wurde ein neues, klimafreundlicheres Produkt entwickelt und an den Start gebracht: der Konzern ELKEM steht als norwegisches Unternehmen an der Seite der norwegischen Energie- und Klimapolitik.⁴¹ Und dazu gehört die Umstellung auf e-Automobile. Konsequenterweise hat ELKEM eine eigene Firma gegründet, die zukunftsfähige Batterien produziert: **Vianode**. Bei Vianode lautet das Produktionsziel: „Anodenmaterialien sind heute einer der größten Treibhausgasemissionsverursacher bei der Herstellung von Batteriezellen“. Deswegen will Vianode Batterien klimafreundlicher herstellen und die Emissionen um mehr als 90% gegenüber der bisher üblichen Batterieherstellung senken. Auch wenn man die e-Autos nicht als die Lösung der zukunftsfähigen Mobilität ansieht, auch wenn ELKEM im Polarkreis-Cluster von Mo i Rana nicht die volle Zustimmung zum CCS-Depot findet (s.u., S.74) - es bleibt das pragmatische Interesse am Klimaschutz bei Norwegens Regierung (auch unter der konservativen Regierung Solberg) und bei Norwegens Unternehmern.

Zum *Eyde Innovation Centre* lässt sich letztlich festhalten, dass dieser Teil des Eyde-Cluster tatsächlich vor der noch größeren Herausforderung als „nur“

⁴¹ Selbstaussage von Elkem: *Elkem is one of the world's leading providers of advanced material solutions shaping a better and more sustainable future. The company develops silicones, silicon products and carbon solutions by combining natural raw materials, renewable energy and human ingenuity. Elkem helps its customers create and improve essential innovations like electric mobility, digital communications, health and personal care as well as smarter and more sustainable cities.*

Energieverschwendung einzudämmen steht und vor der Herausforderung, weniger klimaschädigende Batterien auf den Markt zu bringen. Da sinnvolle Nachhaltigkeit sich gegen den eingangs benannten Konsumterror wenden muß, lautet die zentrale Forderung: grundsätzlich den Energiebedarf und den Wasserbedarf in allen Lebensbereichen deutlich senken – ganz besonders in den Gesellschaften des globalen Nordens, zu denen sehr weit oben auf der Liste auch Norwegen gehört. Und Norwegen muß den Grabstein des Okjökull-Gletscher auf Island als Warnung sehr ernst nehmen, weil auch nördlich des norwegischen Polarkreises das Gletschersterben sogar für jeden Laien unübersehbar ist (s. das folgende Foto vom Svartisen-Gletscher).

*Grabstein für den
Okjökull-Gletscher,
Island, 2019*



Water Footprint und Virtuelles Wassermanagement

Die nachhaltige Nutzung seiner Küsten, Fjorde, Inseln ist das eine große Thema in Norwegen, um das herum sich große und kleine regionale Cluster entwickelt haben und sich weiter qualifizieren, um auch international auf die ökologischen und die technischen Fragen von Klimaschutz Einfluß zu nehmen oder von anderen zu lernen.

Im wasserreichen Norwegen denken seine Politiker, seine Landbevölkerung, seine Techniker aber ebenso weit nach vorn beim Thema Süßwassersicherung. Sie wollen ein **Szenario der Süßwasserknappheit** vermeiden, das unweigerlich eintritt, wenn der letzte Gletscher geschmolzen ist.

2009 war eine Untersuchung zum Thema Gletscher veröffentlicht worden, in der hochgerechnet wurde, dass bis etwa 2100 bis zu 98% der norwegischen Gletscher verschwunden sein können. Wenn die Zahlen der jüngsten Klimagipfel (Glasgow 2021) zugrunde gelegt werden mit der angezeigten beschleunigten

nigten Klimaveränderung, dann ist das Jahr 2100 erheblich zu optimistisch angesetzt.⁴²



Svartisen-Gletscher am Polarkreis schmilzt beim Zusehen (Foto: ER)

In den Gemeinden rund um den Svartisen (Glomfjord, Mo i Rana,...) haben Fischer, Klimaforscher, Botaniker, Tourismussprecher und andere (darunter Vertreter der Sami-Bevölkerung) zu regionalen/lokalen Cluster unter dem Stichwort „**Water Footprint**“ zusammengefunden, um sich mit den Entwicklungsperspektiven und den Wasser-Ressourcen ihrer Region auseinanderzusetzen.

Vor allem sollen die Gletscherseen als Trinkwasserspeicher vor kontaminierendem Schiffsverkehr wie auch vor kontaminierender Landwirtschaft und Industrieanlagen geschützt werden. Ganz besonders die Aluminiumschmelze der Unternehmenskette ELKEM macht dabei den Cluster-Mitgliedern im Städtchen Mo i Rana große Sorge. Hier, wie übrigens auch in einigen Bergbauregionen in Schweden, ist „**Water Footprint**“ unmittelbar mit „**Virtuellem Wassermanagement**“ verknüpft, weil der unverantwortlich verschwenderische Umgang mit Trinkwasser (Grundwasser wie auch Fließwasser) im Industriesektor schon jetzt das weitaus größte Problem auf unserem Planeten darstellt. Im Fall von ELKEM und dem kommunalen Cluster von Mo i Rana hat

⁴² *Pioneer vegetation on glacier forelands in southern Norway.....*, Journal of Vegetation Science, 2009.

sich letztlich das unternehmerische Interesse durchgesetzt. ELKEM hat Ende 2021 vor Ort eine CCS-Pilot-Anlage eingerichtet, an der sich spezifische andere Industrien beteiligen, wie der Aluminium-Konzern *ALCOA* und *Aker Carbon Capture*. Es soll das weltweit erste Projekt sein, in dem die bei der Siliziumschmelze frei werdenden CO₂-Abgase unterirdisch eingelagert werden. Weil die CO₂-Abspaltung aus den Abgasen und die Einlagerung im unterirdischen CCS-Speicher seinerseits sehr energieaufwändig ist, bleiben viele kommunale Akteure des Mo i Rana-Cluster auf kritischer Distanz zum CCS-Vorhaben. Möglicherweise hat der COP-26-Gipfel in Glasgow (Nov. 2021) den Akteuren des Mo i Rana-Cluster zu neuen Einsichten verholfen.



SCHWEDEN

Differenzierte CLUSTER – POLITIKEN

Trotz einer gelegentlich vernehmbaren Skepsis treffen die offizielle Cluster-Politik schwedischer Regierungen und die Förderprogramme auf hohe Zustimmung in der Gesellschaft und der Wirtschaft. Inzwischen werden über 1000 Cluster im Land gezählt und 4 staatliche Einrichtungen bieten Cluster-Förderprogramme an (NUTEK, VINNOVA, KK-Stiftelsen, ISA)⁴³. Gerade diese Förderprogramme haben in einer ganzen Reihe schwedischer Regionen überhaupt erst die konkrete Cluster-Vernetzung angestoßen.

VINNOVA, z.B., verfolgt eigentlich zwei Hauptziele: (a) sollen Regionen durch Cluster-Bildung in sich (nach innen) wirtschaftlich und sozial stabilisiert werden; und (b) sollen diese Regionen und ihre Einzelakteure dabei untereinander in Konkurrenz verbleiben, um sich gegenseitig weiter voranzubringen und um sich letztlich auch international zu behaupten und schwedischer Industrie zu guter Positionierung am Weltmarkt zu verhelfen. Bei VINNOVA sieht man als besonders gelungenes Konzept "*Vinnväxt – Regional Growth through Dynamic Innovation Systems*" an. **Vinnväxt** fördert die Innovationskraft einer Region. Die Akteure der entsprechenden Region müssen ihrerseits innerhalb einer 10-Jahresfrist konkrete Forderungen erfüllen, nämlich:

⁴³ z.B.: NUTEK existierte bis 2009 als eine zentrale schwedische Wirtschaftsförderungsbehörde, die auch verantwortliche Aufgaben für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung übernommen hatte; VINNOVA fördert schwedische Unternehmen vor allem in den Bereichen Technologie, Transport, Kommunikation und das besonders zur Stärkung von regionaler Entwicklung.

- Bildung und Forschung müssen internationalen Standards entsprechen
- Regelmäßiger (permanenter) Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Unternehmen und Organisationen als gegenseitiger Lernprozess muß Standard sein
- Die entsprechende Region muß ihren Innovationswillen und die Innovationsvoraussetzungen (Infrastruktur) demonstrieren.

Alles zusammen erfordert die Koordination von Maßnahmen und Investitionen zwischen den privaten und den öffentlichen Akteuren der Region – auf Mikro-, Meso- wie auf Makro-Ebene. Im Vinnväxt-Programm wird die Region nicht als Verwaltungseinheit gesehen, vielmehr als funktionierende Entwicklungsbedingung für einen geographisch umschriebenen Raum/ Bezirk. Besonders hervorgehoben wird die Bedeutung qualifizierter Arbeit in jedem der beteiligten Wirtschaftssektoren. Damit basiert der Erfolg des regionalen Cluster auf dem gegenseitigen Vertrauen, dass jeder beteiligte Akteur seinen bestmöglichen Beitrag leistet – also die Unternehmen, die Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die staatlichen Institutionen (u.a. vermeidet die öffentliche Verwaltung bürokratische Hindernisse). Für diese enge Zusammenarbeit in einer Cluster-Region hat sich der Begriff der **Triple Helix** durchgesetzt.

Diffuse Meer-Cluster

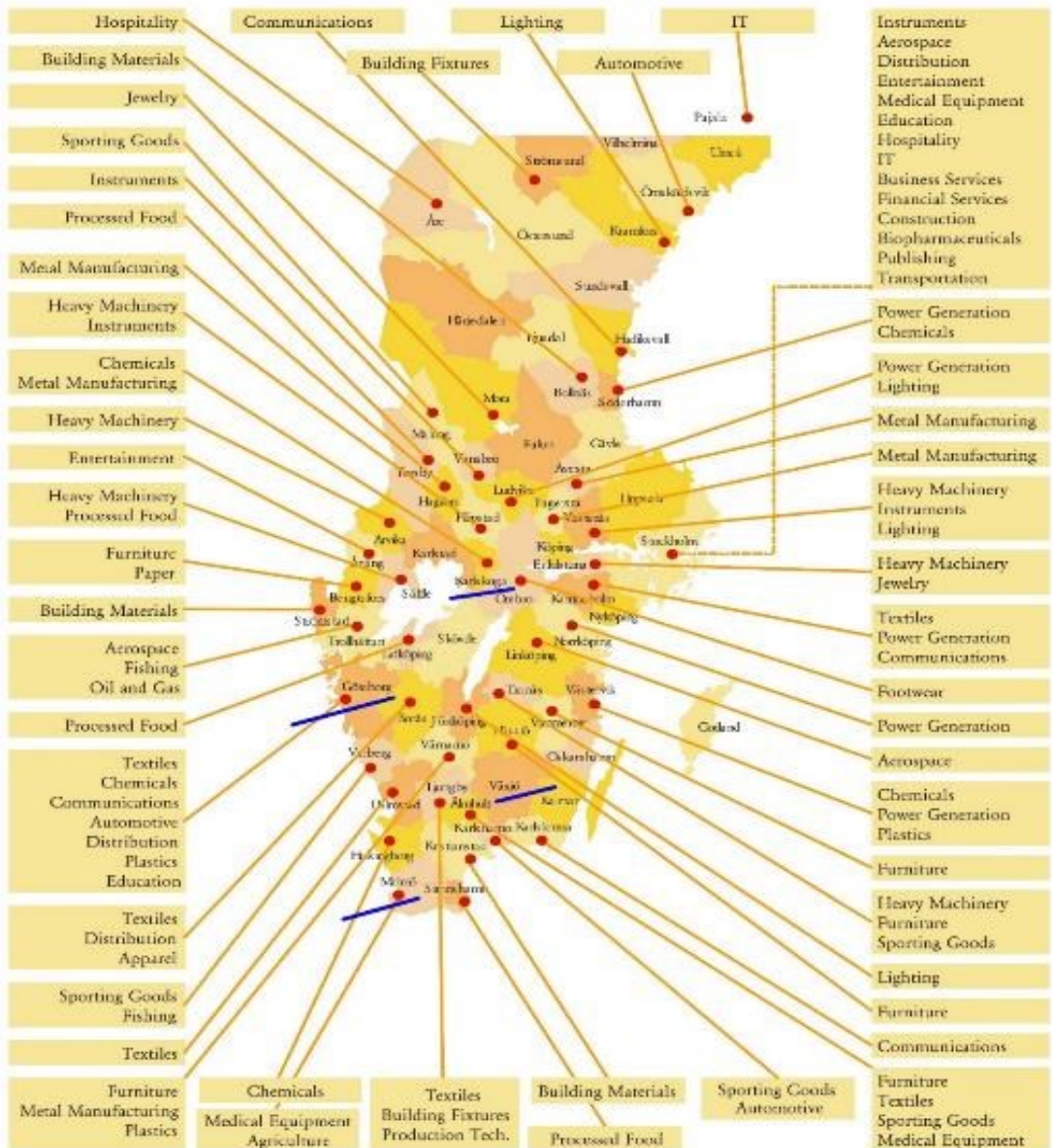
Als Wirtschaftssektor ist die Rede von **Blue Economy**, da, wo es um alle Formen der Meer-bezogenen Ökonomie geht. So auch in Schweden. Meeres-Ökonomie bietet sich von selbst zur Cluster-Formung an durch das Zusammenspiel von Fischfang mit Schiffsbau mit Seehandel mit Hafenbetrieb. Analysen zum Thema schwedische Blue Economy enthalten überraschende Hinweise auf vergleichsweise schwach entwickelte Kenntnisse und zu geringes Bewusstsein um die große Bedeutung, die das Meer in seiner grenzenlosen Biodiversität besitzt. An diesem Schwachpunkt hat besonders die Universität von Göteborg angesetzt, um einen Maritim-Cluster aufzubauen. Von Anfang an folgen die Wissenschaftler dabei dem Motto: *das Meer kennt keine Grenzen – alle Probleme und alle Lösungen sind Aufgabe aller*. Von Schweden aus blickt man dabei ganz besonders über die Ostsee hinweg nach Finnland und zu den baltischen Staaten. Denn jedermann in Göteborg ist bewusst, das Meeres-Ökonomie die einzelnen Cluster der Anrainerstaaten zu einem BSR-Cluster (*Baltic Sea Region*) zusammenbringen muß, damit jedes einzelne Land am Ende auch zu den Gewinnern einer nachhaltigen Meeresbewirtschaftung zählen kann.

Industrie – Cluster

In erster Linie sind Cluster ein regionaler wirtschaftlicher Verbund von Unter-

nehmen. Allerdings besitzen sie sehr unterschiedliche Ausprägungen.

Cluster-Verteilung über ganz Schweden mit einigen Schwerpunktreionen



Quelle: SWEDISH CLUSTER MAPS, Stockholm School of Economics, 2008

Einige wenige Cluster sind mit großen Unternehmen besetzt und dabei auch stark am internationalen Markt vernetzt, wie die Möbel- und die Fahrzeugindustrie in West-Schweden und Småland. Ebenso die Rüstungsindustrie um Göteborg (einschließlich Trollhättan). Elektrische Ausstattungen finden sich in der Region um Västerås. Kraftwerksbau in Norrköping und Söderhamn. Die pharmazeutische Industrie konzentriert sich auf der Achse Stockholm-Uppsala.

Vor allem die Nahrungsmittelindustrie ist ziemlich breit übers Land verteilt, weil sie möglichst dicht bei den landwirtschaftlichen Erzeugern produzieren und verpacken will.

Es fällt auf, dass sich in den meisten Clustern (unabhängig von der Branche) der Anteil an weiblichen Arbeitskräften in den zurückliegenden Jahren verringert hat. Zu den Ausnahmen gehören die Energiewirtschaft, der IT-Bereich und auch die Logistik.

.

Kommunale Cluster

In verschiedenen Städten Schwedens bilden sich **Empathie-Allianzen** mit zwei klaren Merkmalen: (a) es bildet sich eine Allianz unterschiedlich Interessierter an Wohnungs- und Stadtentwicklungsfragen, eine „kommunale Empathie-Allianz“. Die Empathie-Allianz hat noch kein konkretes Vorhaben, kein definiertes Projekt. Aus unterschiedlichen Räumen der Stadt finden sich unterschiedliche Erfahrungen, Kenntnisse, Lernergebnisse zusammen und entwickeln einen differenzierten, aber auf gemeinsames Handeln ausgerichteten Plan, um ein oder verschiedene kommunale Probleme integrativ zu lösen.

Darin kommt die politische Einsicht zum Tragen, dass vor allem Bürger und Verwaltung und Unternehmen sich am direktesten auf der kommunalen Ebene treffen und sich dort für aufkommende Probleme gemeinsam um jeweils angepasste Lösungen bemühen können. Dabei ist selbstverantwortliche Kommunalpolitik in Skandinavien kein Selbstläufer, wenn die kleinste Gemeinde (Kvitsøy in Norwegen) gerade einmal 10 Km² umfasst und die größte (Kiruna in Schweden) etwa 20.000 Km². Aber zugrunde liegt immer ein Entwicklungsverständnis, wie es 2016 in der Studie zusammengetragen wurde „*Green Growth in Nordic Regions. 50 ways to make it happen*“. Darin führen die Autoren schon funktionierende Beispiele von Kreislaufwirtschaft, Bio-Ökonomie, Blauer Ökonomie (Meer), Erneuerbaren Energien und Grüne Städte in der nordischen Region auf.⁴⁴ Sehr entscheidend für die gesamte Planung und Durchführung von Maßnahmen ist die breite Beteiligung/Einbindung von öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, was nur durch offene Kommunikation und den Willen und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit möglich wird – wozu von Seiten des Planungskomitees natürlich auch die Grundbedingungen erfüllt werden müssen:

- o Bereitstellung der vorliegenden Projekt-Informationen
- o Offene Diskussion über alternative Ziele und Methoden
- o Konsultationen von Experten bei Dissens zwischen Beteiligten

⁴⁴ Die **Nordic Working Group for Green Growth – Innovation and Entrepreneurship** erarbeitet seit 2013 für den Nordischen Ministerrat eine Potenzial-Einschätzung für Grüne Entwicklungspolitik in den skandinavischen Ländern und hat dafür u.a. die genannte Studie 2016 vorgelegt.

- o Mobilisierung und Motivierung zur möglichst breiten Beteiligung der nutznießenden Bevölkerung.

Konkreter strukturiert und institutionalisiert als die Empathie-Allianzen ist **Mistra Urban Futures (MUF)**. Hier werden urbane Cluster angeschoben.⁴⁵ MUF verfolgt das hoch ambitionierte Ziel, national und international bestehenden urbanen Raum zu "Just Cities" weiterzuentwickeln. In Einklang mit der sehr aktuellen Klimadebatte will MUF Ideen, Erfahrungen, Kräfte bündeln, um die Vision von "Sustainable urbanisation where cities are accessible, green and fair" zu verwirklichen.

Bei MUF sagt man über sich selbst: wir arbeiten in 3 Schritten. (1) Wir identifizieren die anstehenden Probleme und die erforderlichen Hilfsmittel. (2) Wir verschaffen uns die erforderlichen Kenntnisse über verschiedene Forschungsprojekte. (3) Umsetzung der gewonnenen Kenntnisse zugunsten nachhaltiger urbaner Entwicklung.

z.B. Göteborg

Eines der Vorzeigeprojekte für urbane Cluster bietet das MUF-Projekt „Urban Rural Gothenburg“ oder wie es in Schweden selber heißt: „**Stadslandet**“ (Stadt-Land).



*Göteborg, Bio-Markt
Direktvermarkter*



⁴⁵ **Mistra** wurde nach 1994 als eine staatlich finanzierte Institution (Typ Endowment Fund) zur Forschungsförderung mit besonderem Akzent auf Umwelt-Relevanz gegründet. Neben anderen Großprojekten gab Mistra 2009 einem Göteborg-Konsortium aus Universitäten, Forschungsinstituten und öffentlichen Einrichtungen Starthilfen zur Bearbeitung urbaner Fragestellungen, insbesondere zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung. Damit war **Mistra Urban Futures** geboren.

Der Cluster-Charakter wird getragen von der Zusammenarbeit der Großstadt Göteborg mit den umgebenden Landgemeinden. Es ist wieder von einer Helix die Rede, diesmal von einer **Penta-Helix** aus Kommunen, Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft, lokalen Bürgern und Bildungseinrichtungen (vor allem die Universität von Göteborg ⁴⁶).

Als zentrales Thema dieser Zusammenarbeit dient die Ernährungswirtschaft und die Qualität der angebotenen Nahrungsmittel aus dem Landbesitz der Stadt Göteborg. Die Bürger der Großstadt fordern immer eindringlicher lokal/regional produzierte Lebensmittel ein. Die Stadtverwaltung als Eigentümer der umliegenden Landflächen konnte diesen Ball direkt aufnehmen und mit der Schaffung „grüner Arbeitsplätze“ verknüpfen. Das erleichterte wiederum soziale Inklusion durch einfache Weiterbildungsmaßnahmen und half, die CO₂-Bilanz zu verbessern (weniger Transportaufwand). Die strategische Durchführung lag dabei in der Verantwortung der Landgemeinden und der Klein- und Mittelindustrien im Nahrungsmittelsektor, zusammen mit Logistik-Unternehmen, Tourismus, Gaststätten, Hotels einschließlich der vorhandenen Recycling-Betriebe.

Entsprechende Planungsseminare haben Wirtschafts- und Umweltpläne ausgearbeitet und abgestimmt. Seinen zentralen Niederschlag hat der gesamte Prozeß in dem Report „Sustainable Food in Gothenburg“ der Universität gefunden.

Solche Bio-Markt Szenen sind inzwischen alltäglich in Göteborg. Wahrscheinlich findet sich in Schwedens zweitgrößter Industriestadt inzwischen auch die größte Anzahl von *bio-food*-Angeboten. Aber: So erfreulich diese Stadt-Land-Beziehung auch ist, im *Stadslandet-Cluster* sollte das frische Gemüse nicht in Plastik-Folien verpackt sein

Die hohe Beteiligung der Bürger an einem Cluster, wie *Stadslandet* erklärt sich u.a. daraus, dass eine starke Identität mit der Stadt-Land-Beziehung besteht. Die Stadtbewohner zieht es, so oft es geht, aus den großen Städten hinaus aufs Land, zur Familie, zu Freunden oder um bei Dorffesten mit einzutauchen:

⁴⁶ tatsächlich muß das Kooperationsnetz aus Universität Göteborg, Technische Chalmers Universität, Stadt Göteborg, Region Västra Götaland und West Schwedische Handelskammer gemeinsam als tragende Säule der (wirtschaftlichen und konzeptionellen) Entwicklung für West-Schweden genannt werden; z.B. ihre gemeinschaftliche Analyse „*Five clusters in west sweden with strength and potential for the future*“, 2019.

übliches Mehr-
generationen
Dorffest (hier:
nahe Luleå)
(Foto: ER)



Offenbar be-
stärkt gerade
der Zuwander-
strom an Mig-
ranten und
Flüchtlingen
diese Entwick-

lung. Die angestammte lokale/regionale Bevölkerung schließt sich stärker nach innen zusammen – distanziert sich von Globalisierung – je deutlicher die kulturellen und gesellschaftlichen Unterschiede auf Seiten der Zuwanderer ausfallen. Dass letztere mit deutlich angestiegener krimineller Gewalt, mit Drogenhandel und religiösem Fundamentalismus (besonders deutlich in Malmö) identifiziert werden, ist eine Entwicklung, die besonders auffällig in den offenen sozialen Gesellschaften Skandinaviens ist – und an anderer Stelle ausführlicher betrachtet wird.

Tatsächlich ist die gesamte soziologische Dynamik zwischen angestammter Bevölkerung und Migranten wie auch zwischen Stadt und Land erheblich komplexer, aber für das Cluster-Thema zunächst von geringer Bedeutung.

Die Cluster-Wirkung von *Stadslandet* geht durchaus noch deutlich über die genannten Bio-Produktionen hinaus. U.a. werden auch in den Schulen der Projektregion die Kinder mit den lokalen Produkten versorgt. Die Universität hat die Erfahrungen mit „**Stadslandet**“ mit den eigenen Studenten ausgewertet und die Ergebnisse auch bei internationalen Veranstaltungen vorgetragen. Es ist noch immer ein Pilotprojekt, aber es bietet sehr viele Anknüpfungspunkte, um diese Erfahrungen in anderen Region zu multiplizieren. Das macht umso mehr Sinn als Cluster-Projekte wie *Stadslandet* sehr in Einklang stehen mit Handlungsmaximen wie der **Lokalen Agenda 21**, des 1992 in Rio de Janeiro von den UN-Mitgliedern verabschiedeten Aktionsprogramms für das 21. Jahrhundert. Oder mit der **UN Agenda 2030** und ihren 17 Nachhaltigkeitszielen. Es ist kein Zufall, dass die Kompetenzerweiterung für die schwedischen Kommunen gerade 1992 erfolgte und somit sehr schnell die Ideen der Lokalen Agenda 21 umzusetzen half. Und Norwegens Regierungschefin *Gro Harlem Brundtland* hatte mit dem Bericht der von ihr geleiteten UN-Kommission „Our

Common Future“ schon 1987 für das große Thema der *Nachhaltigen Entwicklung* auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen die Tür aufgestoßen⁴⁷ - und damit auch die lokale Agenda 21 entscheidend befördert.

Bei all diesen Voraussetzungen verwundert es nicht, dass heute gerade in Schweden viele Zielvorstellungen der lokalen Agenda 21 in der Praxis erkennbar sind:

Klein- und Mittelindustrien (KMU) operieren in der Region, die sie auch weitgehend versorgen. Damit sind kurze Wege für Güter und Dienstleistungen zwischen den Gemeinden gegeben und eine angepasste Infrastruktur, finanziert mit den kommunal erhobenen Steuern. Der Schwerpunkt auf der lokalen/regionalen Ökonomie hilft Überproduktionen für einen anonymen Markt zu vermeiden. Lokale Agenda 21 ist der Einstieg in die heute von manchen Theoretikern geforderte „post-globale Wirtschaft“. Auch das Prinzip Kreislaufwirtschaft wird von der kommunalen Ebene her überschaubar und leichter durchsetzbar.

Heute ist Schweden auch im Detail weiter als noch 1992. Dafür steht z.B. die *Schwedische Energie-Agentur*. Dort arbeitet man für den Umbau der schwedischen Energiepolitik insgesamt. Ein wichtiger Baustein ist dabei das sogenannte *Klimanetzwerk* mit seinen 20 Gemeinden. Sie alle haben sich zu einer signifikanten und messbaren Reduzierung ihrer Treibhausgase verpflichtet und gleichzeitig zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und zur internationalen Zusammenarbeit. Entsprechend ist die *Schwedische Vereinigung der Gemeinden und Regionen* (SALAR) bei **ICLEI** ebenso engagiert wie bei der Umsetzung der **Aalborg-Vereinbarung** und der **EU-Kampagne der europäischen nachhaltigen Gemeinden und Städte**.⁴⁸ 2015 wurden einige staatliche Institutionen zusammengefasst zur *Schwedischen Agentur für Wirtschaftliche und*

⁴⁷ Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung definierte die Kommission in ihrem Bericht von 1987 vor allem wie folgt: „*Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.*“ Die Welt wusste allerdings auch damals schon, dass die Bedürfnisse der Gegenwart der falsche Maßstab waren und keineswegs verteidigt werden durften. Für diese Erkenntnisse hatte nicht zuletzt der Club of Rome mit seinen zahlreichen Berechnungen zum Rohstoffverbrauch und zur wachsenden Weltbevölkerung gesorgt („Limits of Growth“, 1972).

⁴⁸ **ICLEI** (*International Council for Local Environmental Initiatives*): als Ergebnis des ersten "World Congress of Local Governments for a Sustainable Future" bei den U.N. in New York 1990 gegründet. Inzwischen sind über 1.000 Städte, Gemeinden und Verbände aus allen Erdteilen Mitglied gewordenen.

Aalborg-Vereinbarung: um die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 zu beschleunigen fand 2004 im dänischen Aalborg eine globale Folgekonferenz zu Rio 1992 statt und verabschiedete als Abschlussdokument die „Aalborg Commitments“, worin die Philosophie der Agenda 21 noch einmal unterstrichen wird: „*Wir haben die Vision integrativer, prosperierender, kreativer und zukunftsfähiger Städte und Gemeinden, die allen*

Regionale Entwicklung/Wachstum (Tillväxtverket) mit den zwei Oberzielen: (a) innovative Unternehmen vor allem in den Regionen anzusiedeln, um die regionalen Rohstoffe adäquat zu nutzen und um die ausgebildeten Arbeitskräfte in den Regionen zu halten; und (b) sicherzustellen, dass dafür bewilligte EU-Fördermittel auch tatsächlich genau für diesen Zweck eingesetzt werden.⁴⁹ Außerordentlich hilfreiche Rahmenbedingungen für die belastbare Entwicklung regionaler Cluster.

z.B. Växjö

In Göteborg bezog sich der Cluster-Effekt auf die Stadt-Land-Beziehung und auf lokal produzierte Nahrungsmittel. Weiter nördlich, in Växjö, hat sich die Variante **urban gardening** mitten im Stadtzentrum durchgesetzt. Aber vor allem ist Växjö die schwedische Vorzeigestadt bzw. der erfolgreichste schwedische Cluster für **kommunale Energiewende**.

Die Stadt hat nicht auf den COP-26 in Glasgow (2021) gewartet, sondern war schon 1996 weltweit die erste, die sich als konkretes Ziel setzte, bis 2030 frei von fossiler Energie zu sein. Växjö wird durch die konsequente Umsetzung dieses Ziels immer wieder als „grünste Stadt“ Europas gepriesen und ausgezeichnet, wie auch wieder 2018 mit dem **European Green Leaf Award**. Nach Stockholm (2010) und Kopenhagen (2014) ist diese Provinzstadt nun die dritte skandinavische Stadt, der diese europaweite Ehrung zuteil wird. „Grün“ ist die Stadt formal, weil sie in den 6 Segmenten des *Green Leaf* am besten unter 14 europäischen Konkurrenten abgeschnitten hat: (1) Klimawandel und Energiepolitik, (2) urbane Mobilität, (3) Erhalt der Biodiversität und Bodenqualität, (4) Luftqualität und Lärmniveau, (5) Abfallbehandlung und Kreislaufwirtschaft sowie (6) Trinkwasser- und Abwasserbehandlung. Grün ist Växjö allerdings auch, weil mit hoher Bürgerbeteiligung in Zusammenhängen gedacht wird und conse-

Einwohnerinnen und Einwohnern hohe Lebensqualität bieten und ihnen die Möglichkeit verschaffen, aktiv an allen Aspekten urbanen Lebens mitzuwirken.“ (Aalborg Commitments 2004).

EU-Kampagne der europäischen nachhaltigen Gemeinden und Städte: die EU-Kommission unterstützt Kampagnen wie „Unsere Straßen, unsere Wahl“ (2014), an der sich mehr als 2.000 europäische Städte beteiligen, um die Bürgerinnen und Bürger dazu zu ermuntern, den städtischen Raum in Besitz zu nehmen und die Stadt so zu gestalten, wie sie darin leben möchten.

⁴⁹ Den Schweden erscheint die Hervorhebung eines solchen Zieles in Zusammenhang mit EU-Fördermittel deswegen nicht als Selbstverständlichkeit, weil insbesondere in den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern ein Großteil solcher EU-Hilfen sehr wohl zweckentfremdet wird, oft als Budget-Finanzierung, oft im Zusammenhang von Korruption und Bestechung verschwindet und viel zu selten von der Antikorruptionsbehörde der EU-Kommission – OLAF – überprüft und geahndet wird.

quenterweise der Busverkehr mit Biogas funktioniert oder anderen erneuerbaren Energien, weil der Fahrradverkehr als zentrale innerstädtische Verkehrsform ausgebaut wurde und weiterhin wird.

Wahrscheinlich hat sich das deutsche Karlsruhe Växjö zum Vorbild genommen, denn Karlsruhe möchte „Radhauptstadt“ der Republik werden, zumindest unter den deutschen Großstädten.⁵⁰

*Växjö,
grüne
Stadt
mit er-
folgrei-
cher
Mobili-
täts-
Wende
(Foto: ER)*



z.B. Malmö

Malmö als eine der 3 größten Städte Schwedens hat sich den Ruf als **Öko-Stadt** erworben. Zu lange war Malmö die Stadt mit extrem hohen Mordraten und mit dem höchsten Ausländeranteil in Schweden. Und Kriminalität und islamische Ausländer wurden in enger Symbiose gesehen.

Im Stadtteil **Rosengarten** liegt der Ausländeranteil mit 60% immer noch sehr hoch. Und immer noch sind hier zahlreiche Drogendealer-Clans zu Hause und tragen hier bewaffnete Revierkämpfe aus.

⁵⁰ Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hatte im Herbst 2020 für seinen **Fahrradklima-Test** zum neunten Mal bundesweit nachgefragt. Dabei ist Karlsruhe als Sieger unter den Großstädten (ab 200.000 Einwohner) gewählt worden und liegt mit einer Note von 3,1 noch vor Münster und Freiburg. Bei den Großstädten mit über 500.000 Einwohnern liegt Bremen auf Platz 1, gefolgt von Hannover und Frankfurt am Main.

islamische
Zuwanderer
in Malmö (Foto: ER)

Nur ist Malmö heute auch wegen eines anderen Stadtteils oft genug im Gespräch - wegen **Augustenborg**. Der Teil der großen Stadt, der wahrscheinlich das eindrucksvollste Beispiel für den sich



vollziehenden Modell-Wandel in Skandinavien ist. Die Parlamentswahlen von 1994 hatten den Sozialdemokraten eine stabile Mehrheit im schwedischen Reichstag eingebracht und brachten für Malmö einen drastischen Politikwechsel. Eingeleitet wurde zunächst ein Bebauungsprogramm mit attraktiven Einfamilienhäusern im alten Hafengebiet und gleichzeitig entstand aus der verschlafenen Provinzuniversität eine moderne Hochschule mit qualifizierten Dozenten. In den folgenden 10 Jahren mauserte sich Malmö zu einer nachhaltig ökologisch ausgerichteten Großstadt mit Etiketten, wie *Solar City Malmö* oder *Stadt der 10.000 Grasdächer*. Am Start dieses Wandlungsprozesses standen durchaus auch staatliche Hilfen. Wesentlich ist allerdings, dass der Malmö-Wandel einen lupenreinen Cluster darstellt. Gemeinsam getragen von Bürgern, Unternehmern, lokalen Politikern entstand die **Vision** für die zukunftsfähige Stadt. Die Politiker waren überzeugend beim Zusammenführen lokaler Interessengruppen und Initiativen. Sie erleichterten den Prozeß demokratischer Willensbildung für eine andere Stadt- und Regionalentwicklung und gewannen die lokalen und regionalen Akteure für eine aktive Beteiligung an diesem Erneuerungsprozess. Auf der Tafel stand: Zukunftsfähigkeit der Stadt und ihrer Region.

Ähnlich wie Växjö hat auch Malmö seinen Stadtteil Västra Hamnen (Westhafen) vollständig auf regenerative Energien umgestellt. Organischer Müll wird zu Biogas und zum Treibstoff für den städtischen Busverkehr. Der übrige Müll wird mit einem Vakuum-System eingesammelt und vermeidet Staub und Gerüche für die Anwohner. Das Abwassersystem wurde so modernisiert, dass die nun drainierten Flächen als städtische Erholungsgebiete genutzt werden. Vor allem wurden bei allen diesen enormen Anstrengungen der Stadt die Bürger von Anbeginn aktiv einbezogen - in die Planungen wie in die Durchführung der Maßnahmen. Für dieses Gesamtpaket einer „Grünen Stadt“ und besonders für die 10.000 grabbewachsenen Dächer, die sowohl das Regenwasser auffan-

gen als vor allem auch für ein besseres Stadtklima sorgen, hat Malmö-Augustenburg schon 2010 den World Habitat Award der Vereinten Nationen erhalten. Tatsächlich enthält dieses grüne Malmö auch einen deutlichen regionalen Bezug. Der kommt u.a. im strategischen Charakter der neu geschaffenen Grünflächen zum Ausdruck. Sie ermöglichen eine größere Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren (Insekten), dienen im Sommer auch als natürliche Air Condition Anlage und helfen als natürlicher Filter die Grundwasserqualität der Hafenstadt zu verbessern.

Der Modell-Stadtteil **Augustenburg** ist auch deswegen das interessanteste schwedische Projekt urbaner Nachhaltigkeit, weil auch weiterhin die Bewohner dieses Stadtteils besonders aktiv beteiligt sind an konkreten Einzelprojekten, wie

- Bau einer neuen **Schule** überwiegend aus **Holz-Modulen**, die sich leicht anpassen lassen, wenn sich die Anforderungen an das Schulgebäude verändern oder die Schülerzahlen sich in Augustenburg verschieben
- In den meisten der Wohnhäuser konnten inzwischen **Energiesparmaßnahmen** durchgesetzt werden mit einer Kombination aus verbesserter Isolierung plus Sonnenkollektoren, die mit der zentralen Energieversorgung vernetzt sind
- Bei der **Mülltrennung** kommt der getrennten Sammlung von Nahrungsabfall eine besondere Bedeutung zu. Etwa 70% der Haushalte sammeln Nahrungsabfall separat und führen ihn so direkt der Verwertung als **Bio-gas** zu
- Sehr aktiv beteiligen sich die Bewohner von Augustenburg beim Thema „**Mobilität**“.

So hat das Cluster erreicht, dass bestimmte Straßen umfunktioniert wurden zugunsten von Fußgängern und Radfahrern. Zudem wird Car-Sharing ständig weiter ausgebaut.

Architektur, Rohstoffe, Identität ... in Skandinavien und darüber hinaus

Kommunale Cluster haben natürlich nicht nur mit konstruktiven Beziehungen zwischen Stadt und Land zu tun. Angesichts der weltweit galoppierenden Verstädterung drängt Stadtplaner weltweit die Frage, wie läßt sich Stadtentwicklung umweltverträglich gestalten. In vielen der Megastädte kennen wir abschreckende Entwicklungen, die weder in Skandinavien oder sonst in der EU als Vorbilder dienen können – z.B. das brasilianische **São Paulo** :



Horror-Agglomeration São Paulo mit sozialer Segregation

Daneben stehen die Versuche, Natur in die Stadt hineinzuholen, wie z.B. in Singapur oder Chile:



Singapur, Park-Hotel mit Skygardens



Santiago/Chile, Oberstadt schützt sich gegen urbanes Smog-Klima (Foto: ER)

Da überrascht es nicht, dass auch die schwedische Stiftung MISTRA im Jahr 2010 ein internationales Forschungsprojekt startete, um nachhaltiges urbanes Leben angesichts der sich rapide verschlechternden globalen Rahmenbedingungen auch für die kommenden Generationen zu sichern – also angesichts Klimawandel, galoppierender Armut, Rassismus, Extraktivismus. Der Ansatz

sind kommunale/regionale Cluster bei bestehenden unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Auch hier ist die Universität von Göteborg in die Projektleitung mit eingebunden, ein Projekt mit dem Titel:

Nachhaltige Stadtentwicklung
- menschenfreundlich, grün und sozialgerecht.

Der lokale Cluster-Charakter wird besonders deutlich, wenn die allgemeinen Kriterien ausdifferenziert werden und mit den **Nachhaltigkeitszielen der UN-Agenda 2016-2030** verknüpft werden. Genau diesen Ansatz teilen *MISTRA* und die *Universität Göteborg* mit der *Göteborg Region Association of Local Authorities*, der *Stadt Göteborg*, dem *Schwedischen Institut für Umweltforschung*, der *Bezirksverwaltung von Västra Götaland* und der *Regionalverwaltung Västra Götaland*.

Die staatliche Organisation für Nord-Süd-Kooperation (SIDA) half dabei internationale Partnerstädte für den Erfahrungsaustausch zu gewinnen: Kapstadt, Manchester, Kisumu (Kenia).

nachhaltige
 Stadtentwicklung
 bezogen auf
 UN-Agenda
 2030

Für Schweden ist dabei wichtig, nicht nur die bauliche Segregation, wie in Sao Paulo, zu vermeiden und auch nicht nur die Betonwände grün zu verkleiden, wie



in Singapur. Aber wie es angepackt werden soll, da sind gerade auch die Bürger gefragt. Und gerade, was Baumaterialien betrifft, sind die Kommunen im Süden wie im Norden schon in ihren „urbanen Genen“ nachhaltig aufgestellt.

D.h., praktisch alle 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) sind zielführend für die Arbeit kommunaler Cluster – und werden in schwedischen Städten und auf dem Lande weitgehend beachtet. Das fängt bei den Baumaterialien an, wie Lehm und Stroh:

*Stroh,
der wiederent-
deckte
Dämmstoff
(TAZ, 4.12.21)*

..... führt
über den massi-
ven Uraltbaustoff
Holz bis zur mo-
dernen PV-Ener-
gieversorgung.
Beispiel:



die modernen
Holzhaus-Blöcke
in der Großstadt
Stockholm mit
modernster Pho-
tovoltaik
auf den Dächern

*Stockholm-Sund-
byberg,
moderne Holz-
hochhäuser mit
Solardach*

(Foto: Medien)

..... vergißt auch beim Holzbau nicht die Ästhetik.

*hölzerne Bergmanns
Kathedrale im
schwedischen Kiruna
(Foto: ER)*

Da hilft natürlich, dass die hölzerne Jugendstil-Kirche in schwedisch Lappland (Kiruna) als schönster hölzerner Kirchbau ausgezeichnet wurde und diese Kirche bei der derzeitigen Verschiebung der Bergbau-Metropole Kiruna als eines der wenigen Gebäude an den neuen Standort mitgenommen wird.

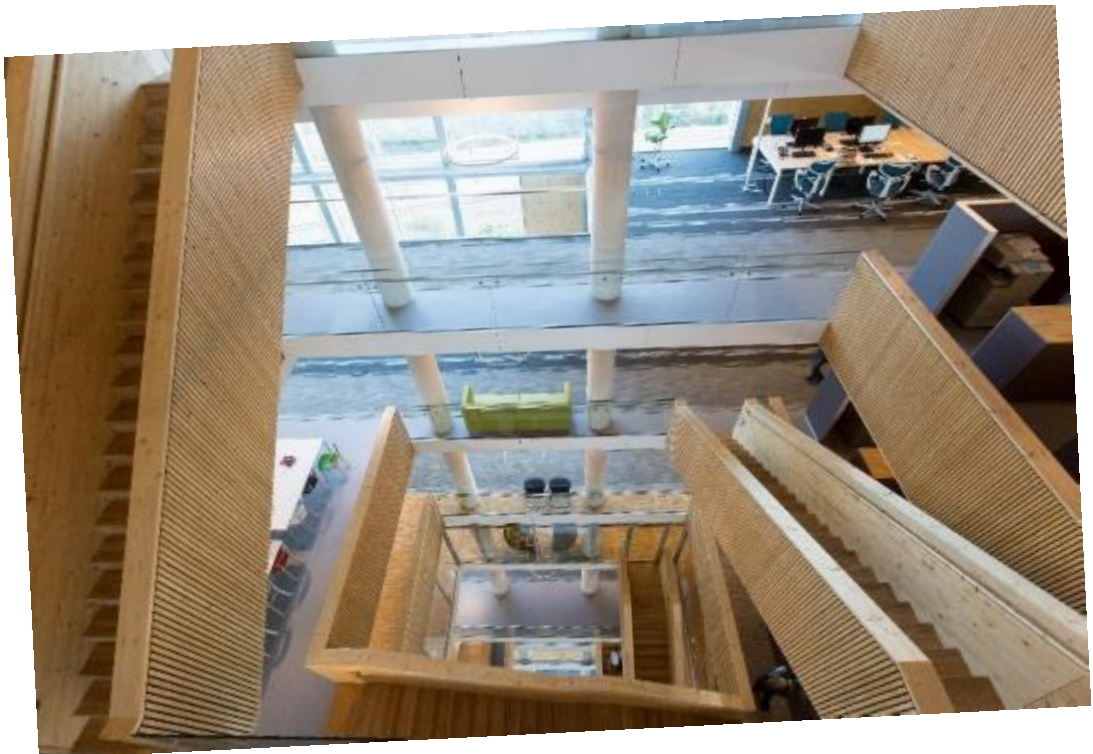


..... Und letztlich schlägt sich nachhaltiges Siedeln überall in Skandinavien als landschaftsgerechter Baustil aus Holz und Gras in modernen Villen nieder - seit Wikinger-Zeiten:



moderne rurale klimaschonende Siedlungen in ganz Nord-Skandinavien (Foto: ER)

Die Universität von Göteborg schaut allerdings auch weit über den schwedischen Bauchnabel hinweg und tauscht sich aus. Denn auch in einem weniger skandinavischen Kulturraum fasst ein Architekt sein Handlungsprinzip in dem Satz zusammen: „**Abfall- oder Bauschutt-Deponien sind die Bankrott-Erklärung des Ingenieurs**“. Das ist das Handlungsprinzip der niederländischen *Kraaijvanger Architects*. Es ist das Prinzip „Cradle to Cradle“, die Grundlage von klimafreundlicher Kreislaufwirtschaft. Umgesetzt haben die Architekten dieses Prinzip z.B. beim **Rathaus-Neubau von Venlo** (NL).⁵¹ Hier wurde Kreislaufarchitektur gewissermaßen idealtypisch unter ökologischen und energetischen Gesichtspunkten (Umwelt, Klima) als auch unter rein ökonomischen verwirklicht. Den Architekten und Ingenieuren ging es um die Möglichkeit des vollständigen recycling falls Teile des Bauwerks unbrauchbar werden. Abfall-Deponie wurde zum strafwürdigen Unwort. Über Schweden hinaus ein europaweites Modell. Baubiologie zeigt sich in der dominanten Verwendung von Holz als best geeignetem Kandidaten für Wohlfühlen, für Reparaturfähigkeit oder Recycling. Zudem wurde für gesundes Raumklima durch verwertbare Grünpflanzen als Wandverkleidung gesorgt.



Treppenhaus im neuen Rathaus Venlo

⁵¹ zu Kreislaufwirtschaft s.u.: *Eine andere Welt funktioniert mit realer Kreislaufwirtschaft*, S.131

*verwertbarer
Grünpflanzen
und Kräuter
im Rathaus Venlo*



In Deutschland hat sich ausgerechnet der Kohle-Sektor das markanteste Denkmal für die absolute Kehrtwende vom großen Klima- und Umweltbelasteter zum Vorzeiger von Kreislauf-Architektur gewandelt. In der Ruhr-

Metropole Essen hat die RAG-Stiftung ihre Verwaltungszentrale mitten im Gelände der **stillgelegten Zeche Zollverein** errichten lassen. Und diese RAG-Zentrale erhielt bewusst den Charakter eines **Rohstoff-Depots** – wenn sie irgendwann ihre Funktion als Nutzbau verliert. Alle eingesetzten Materialien und die einzelnen Bauteile wurden unter gesundheitlichen, unter ökologischen und vor allem auch unter Kriterien der Kreislauffähigkeit ausgesucht.⁵²



⁵² **RAG Aktiengesellschaft** (ehemals *Ruhrkohle AG*) ist in Form der RAG-Stiftung vor allem mit der komplexen Abwicklung des stillgelegten Bergbaus im Ruhrgebiet betraut. Die Stiftung hat ihren Verwaltungssitu seit 2017 in Essen

In der heutigen Unternehmenszentrale der RAG in Essen, der ehemaligen Zeche, wurde diese Dachbegrünung sehr bewusst als Ausgleich für die überbaute Fläche des gesamten Komplexes eingesetzt.

Zukunftsfähiger Städtebau oder Städteumbau braucht solche architektonischen Modelle, wie in Venlo oder in Essen. Gebraucht wird aber ebenso die Bürgerbeteiligung, wie in Schweden. Und es braucht die konstruktive Verantwortungsbereitschaft der Kommunalverwaltungen, die das Gegenteil von Privatisierung ganzer Stadtteile durch private Wohnungsbaugesellschaften sicherstellen müssen. Es braucht die Stadtplaner und die Architekten und die Biologen und die Energiefachleute und die Soziologen, die eingebunden werden, um zukunftsfähige Städte und passenden Wohnraum mit verantwortbaren Materialien zu errichten – aus sozialen, aus ökologischen und nicht zuletzt aus klimaschützenden Gründen.

Auch dafür ist ein spannendes Modellprojekt wieder in den Niederlanden zu sehen: ein sogenanntes **Regeneratives Dorf**.



regeneratives Dorf von Almere, im Schlagschatten von Amsterdam (Luftbild)

Der Erfinder der ReGen-Dörfer, der US-Amerikaner James Ehrlich, hat zusammen mit dem dänischen Architektenbüro EFFEKT zahlreiche Zyklen zu einem komplexen, autarken System zusammengefasst. Im Großen und Ganzen gibt es vier Bereiche.

Nahrungsmittel-, Wasser- und Energieversorgung und natürlich die Abfallentsorgung bzw. -recycling. Zahlreiche Produktionsstätten im Dorf greifen dabei ineinander:

jahreszeitabhängige Gartenkulturen zusammen mit vertikal bepflanzten Holzhausfassaden, beheizte Gewächshäuser. Auch begrenzte Viehzucht und die Kreislauf-Kombination aus Fischzucht (Aquakultur) mit der Kultivierung von Nutzpflanzen (Hydrokultur). Die Fische werden mit Fliegenlarven gefüttert. Ihre Exkremate dienen als Dünger für die Nutzpflanzen. Da sich die Fliegen genauso wie die zur Fleischproduktion gehaltenen Nutztiere von kompostiertem Abfall ernähren, überschneiden sich an dieser Stelle die Kreisläufe der Nahrungsmittelproduktion mit der Müllentsorgung. Die nicht kompostierbaren Teile des Mülls unterstützen durch Verbrennung die sonstige Energiegewinnung durch Solaranlagen und Biogasanlagen. Bisher setzt das Konzept bei der Wasserversorgung auf gefiltertes Regenwasser und auf aufbereitetes Brauchwasser für Pflanzen und Tiere.

Die Zielsetzungen sind allesamt sehr ambitioniert (allein die Regenmengen werden wegen des Klimawandels unzureichend ausfallen). Mit Hilfe modernster Technik wollen die Planer dennoch 90% weniger Wasser als für solche Gemeindegroößen üblich benötigen und gleichzeitig die Ernteerträge verzehnfachen. Durch das kompakte Gesamtkonzept soll auf jeden Fall auch der erforderliche Flächenverbrauch pro Familie auf knapp 1/10 der durchschnittlichen Größe in den Niederlanden gesenkt werden. Solche ReGen-Dörfer werden inzwischen auch in den Nachbarländern Deutschland, Dänemark, Norwegen von interessierten Bürgern nachgefragt, weil sie dem Kreislaufgedanken am nächsten kommen.

REGIONALE CLUSTER IN SCHWEDEN

Cluster finden sich in ganz Schweden verteilt. Aber 2 Großregionen heben sich mit ihren regionalen Cluster besonders hervor:

SÜD SCHWEDEN (SE 21)

Småland Provinz

wichtige Städte:

Jönköping,

Växjö, Kalmar

NORD-MITTEL SCHWEDEN (SE 31)

Värmland Bezirk

wichtige Stadt: Karlstad

Dalarna Bezirk:

wichtige Städte: Falun, Mora

Gävleborg Bezirk (mit Stadt: Gävle)

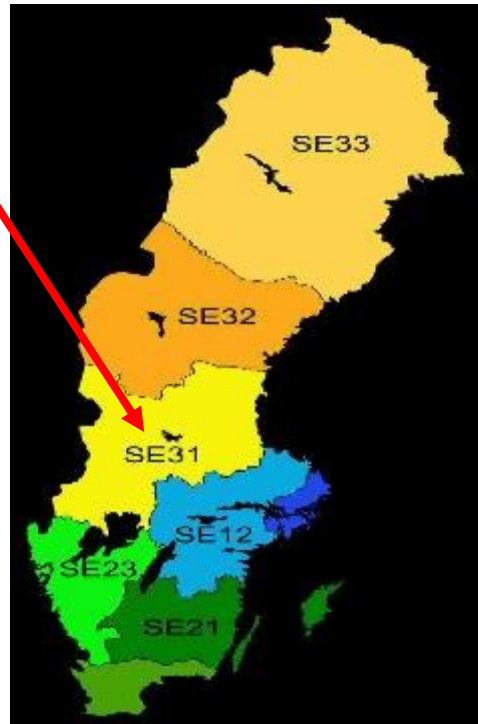
In diesen 2 Großregionen finden sich stärker spezialisierte Cluster als im übrigen Schweden und auch als in Kontinentaleuropa.

Småland profiliert sich durch Cluster auf hohem Niveau im Bereich Holzverarbeitung und bei einigen traditionellen Industrien (Metall).

Nord-Mittel Schweden profiliert sich ebenfalls in diesen beiden Sektoren mit nicht ganz so vielen Cluster, dafür eher auf noch höherem Niveau. Besonders erfolgreich ist hier die sog. Triple Helix, die abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Universität, öffentlicher Verwaltung im Rahmen eines Cluster.

z.B. CLUSTER VÄRMLAND - Nord-Mittel Schweden

Im vorliegenden Beitrag wird die besondere Bedeutung der unternehmerischen Vernetzung für die Entwicklung regionaler Cluster gesehen. Am schwedischen „Vorzeige-Cluster“ **Paper Province** in der Region Värmland wird dies eindrücklich demonstriert. Das heutige Cluster der Region Värmland hat sich zur Bewältigung struktureller wirtschaftlicher Verwerfungen gebildet und stetig weiterentwickelt. Erkennbar vor allem am Sektor Holz bzw. der weitergefassten Bio-Ökonomie:



Partizipative Bio-Ökonomie

Ungefähr 200 Unternehmen der Holz- und Papierproduktion prägen eine lange Geschichte der Waldbewirtschaftung in Värmland. Der Holzhandel und die Sägewerke gehören zu den wichtigsten Arbeitgebern. Mehrheitlich handelt es sich um kleine bis mittelgroße Betriebe. Einige wenige international vernetzte größere Unternehmen gehören ebenfalls zur Region und sind für ihre technisch hochwertigen Produkte gefragt (u.a. Stora Enso/Holz-Energie; SOMAS/Armaturen). In den 1990er Jahren erreichte auch Värmland die strukturelle Krise in der Papier- und Pulpe-Industrie. Das wurde zum Anlaß für die Hauptstadt der Region – Karlstad – und eine Reihe weiterer öffentlicher und privater Institutionen, sich auf die regionalen Synergien zu verständigen und den regionalen Cluster zu gründen, der sich zunächst „The Paper Province“ nannte, dann aber als „Triple Helix“ zum umfassenderen Cluster weiterentwickelte. Zu den Cluster-Partnern gehören heute etwa 100 kleine und mittlere Unternehmen, die Universität Karlstad und einige kleinere Forschungsinstitute, zahlreiche Gemeinden, die Bezirksverwaltung Värmland, die staatliche Förderagentur VINNOVA (s.o., S.74) und Bürgerinitiativen.

VINNOVA trägt 50% der laufenden Cluster-Kosten. Die anderen 50% tragen andere öffentliche und vor allem private Partner. Die heutige „Region Värmland“ zielt in ihrem Selbstverständnis daher auch über die reinen Unternehmerinteressen der Region (Holz, Papier) hinaus und befasst sich gleichzeitig mit dem öffentlichen Verkehr, der regionalen Kulturförderung; mit Fragen der Schulbildung sowie der Erwachsenenbildung/Berufsbildung.

Die legale Grundlage für eine solche Organisation wurde von der Zentralregierung 2001 erlassen mit dem Ziel, dass sich die Gemeinden eines Landkreises wie eine Genossenschaft zusammenschließen und vom Staat die Zuständigkeit und Verantwortung für die integrierte Entwicklung ihrer Region übernehmen. Seit 2008 haben sich insgesamt mindestens 14 solcher **Gemeinde-Genossenschaften** in ganz Schweden gebildet.

Region Värmland trägt seither die Verantwortung für die Weiterentwicklung aller Fragen der Infrastruktur ebenso wie für die 5 Gymnasien oder für die Regionale Energie Agentur. Von der Värmland-Bürgergesellschaft und ihrem Engagement hängt es daher mit ab, wie sozial- und umweltverträglich die Entwicklungsplanung für die Region gestaltet wird. Gemeinsam hatten die unterschiedlichen Akteure der Region eine **Vision Värmland 2020** entwickelt. Nach Eigenangaben waren daran insgesamt rd. 1.000 Menschen beteiligt.



Entwicklung der Värmland-Strategie 2014-2020 unter starker Bürgerbeteiligung (Methode „Open Space“)

Eine der fünf zentralen Sektionen dieser Vision heißt

„Lebensqualität“. Und gesichert werden soll die Lebensqualität der Värmländer durch die wachsende Attraktivität der Region, die auf intellektuelle und technische Innovation setzt, um die Stärken und die Ausstattung der Region optimal-nachhaltig in Wert zu setzen. Die *self-fulfilling prophecy* dieser Vision ist ambitiös, aber nicht unrealistisch: je besser sich die Lebensbedingungen und die innovativen Freiräume entfalten, desto mehr zukunftsfähiges Wirtschaftswachstum wird sich einstellen. Damit wird sich auch steigendes regionales Steueraufkommen erzielen lassen, mit dem wiederum die innovativen, die sozialen, die ökologischen Ziele unterstützt werden können und regional-bezo-

gene (Aus-) Bildung und Forschung sich verbessern lassen. Eine Form von regionaler Entwicklungsspirale. Im Hintergrund gibt es immer noch den schwedischen Zentralstaat. Es gibt aber auch die anderen Gemeinde-Genossenschaften, die für ihre Region ähnliche Visionen und Handlungsstrategien entwickelt haben und damit auch in Konkurrenz zueinander stehen. Damit der Gesamtansatz „Regionale Cluster“ für Schweden auch zielführend wird bzw. bleibt, hat die Zentralregierung dann eine entsprechende Strategie formuliert, die **Nationale Strategie für nachhaltiges regionales Wachstum und Attraktivität 2015-2020**. So wie sie formuliert ist und wie die Prioritäten darin gesetzt sind, übernimmt Schweden mit dieser Strategie eine zeitgemäße und zukunftsfähige Weiterentwicklung des alten Wohlfahrtsstaates. Es geht darin um einige wenige, aber klare Schwerpunkte, die der Zentralstaat zusammen mit den Regionen und den Kommunen umsetzt:

- Zusammenarbeit unterschiedlicher regionaler Sektoren und Akteure mit unterschiedlichen Qualifikationen zur Erzielung von Synergien
- Einsatz angepasster Instrumente für die regionale Wirtschaftsentwicklung
- Vereinbarungen von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Regionalentwicklung
- Gemeinsame Strategie zur Förderung kommunaler Entwicklungen und lokaler Attraktivität sowie
- Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit beim Bemühen um Regionalentwicklung.

Die EU-Kommission sah ihre Cluster-Kriterien in Värmland erfüllt und vergab dorthin 2018 die Nominierung „**European World-Class Cluster**“ in Gold. Im Oktober 2020 erhielt das Värmland-Cluster (offizieller Name „Paper Province“) sogar zum zweiten Mal diese Auszeichnung durch die EU-Einheit ESCA.⁵³ Das Värmland-Team konnte damit stolz darauf verweisen, dass



sie als wichtiger Akteur im Sektor Bio-Ökonomie gesehen wird, auf der Grundlage nachhaltig geführter Forstwirtschaft. Das Management erinnert sofort daran, dass es ein Cluster-Verdienst ist, das hier prämiert wird und bis Januar 2023 seine Gültigkeit behält (dann kann sich Värmland allerdings erneut bewerben). Diese wiederholte Auszeichnung verdeutlicht allerdings auch, dass das Värmland-Cluster europäische Aufmerksamkeit gefunden hat. Und das wird wiederum daran ersichtlich, dass die Innovationsstärke im Sektor Bio-

⁵³ ESCA ist die Kommissions-Einheit, die die europaweite Initiative betreibt, um Cluster-Management auf Weltniveau zu fördern.

Ökonomie und die demonstrierte Nachhaltigkeit in der regionalen Forstbewirtschaftung inzwischen finanziell vom EU-Förderprogramm *Horizon 2020* unterstützt wird. Denn *Horizon 2020* sieht in Värmland auch einen Modell-Cluster für andere europäische Länder.⁵⁴

Gerade diese hochentwickelten Cluster-Regionen haben der Export-Nation Schweden inzwischen seit Jahrzehnten eine gute Positionierung am Weltmarkt für die Produkte dieser Cluster gesichert. Im Ausland war besonders die Qualität der schwedischen Automobil-Cluster geradezu berühmt. Inzwischen werden weiterhin Volvo-Fahrzeuge gebaut – nur gehören die Produktionsstätten und das Know-How und die Vermarktung chinesischen Autobauern. Chinesische Kapitalbeteiligungen oder gar Übernahmen von Unternehmen finden überall in West- und Ost-Europa statt. Das hat in Schweden auch dazu beigetragen, dass einige der hochqualifizierten Cluster ihre Weltmarktanteile eingebüßt haben und dass schwedische Dienstleister (Unternehmensführung) dafür auf größere internationale Nachfrage stoßen.

Welche Lehren zieht man in Schweden aus dem Cluster-Ansatz ?

- Cluster werden als push-Faktor für stabile regionale Ökonomie verstanden
- Um sich auch international gut zu behaupten, müssen sich auch die Cluster in den Vorzeige-Regionen (s.S. 94: *SE 21, SE 31*) über das erreichte Niveau hinaus stärker spezialisieren, wobei auch die öffentliche Förderpolitik diese Spezialisierung mittragen bzw. unterstützen muß
- Dabei wird nicht an eine „Rasenmäher-Förderung“ gedacht; vielmehr bedeuten die schwedischen Erfahrungen, dass differenziert nach Regionen und ihren jeweiligen Schwerpunkten vorgegangen werden muß
- Cluster leben von dem bisher hohen Vertrauensniveau zwischen Bewohnern einer Region und ihren Institutionen und Organisationen – wofür die gute personelle Qualifikation (Bildung/Ausbildung) der einzelnen wiederum die Voraussetzung ist
- die überaus starke Globalisierung von Handel und Dienstleistungen bei gleichzeitiger Monopolisierung systemrelevanter Sektoren (Finanzökonomie vom Typ BlackRock oder IT-Ökonomie vom Typ Amazon / Google / Meta (Facebook) setzt allerdings den Ansatz Regionale Cluster erheblich unter Druck und zwingt auch die schwedische Politik und die Regionen zu

⁵⁴ Horizont 2020 hat den Namen „Horizont Europa“ für den Zeitraum 1.1.2021 bis 31.12.2027 erhalten. Die Hauptaufgabe der umfassenden Förderung von Innovation und Wissenstransfer und damit auch der Cluster zwischen den EU-Gesellschaften ist gleich geblieben.

stärker national ausgerichteten Strategien - und erfordert weiterhin engagiertes Mitdenken der regionalen Bevölkerung, um nicht von staatlich gelenkter Seidenstraßen-Expansion (oder vergleichbar) überrannt zu werden.

Triple Helix allein reicht nicht

Ein Taktgeber für die Etablierung der „Regionalen Cluster“ in Skandinavien war von Anbeginn das norwegische Vorzeigeprojekt **Eyde Cluster** in der **Region Agder** (s.o., S.68).

Insgesamt setzt sowohl das Eyde-Cluster (Norwegen) wie auch das ebenso geschätzte **Cluster Värmland** (Schweden) bei allen zukunftsweisenden Ansätzen noch zu vorrangig auf unterschiedliche Segmente von industrieller Produktion. Zu wenig Beachtung bei der Regionalentwicklung finden Fragen der höchstmöglichen Effizienz bei der Wassernutzung und bei ökologischer Nahrungsmittelproduktion für die Bewohner der Region. Die auch international geführten Diskussionen laufen im einen Fall unter dem Stichwort „**Water Footprint**“ (s.o., S.72). Im anderen Fall hat die EU-Kommission seit 2020 endlich die überfällige Agro-Wende vorgestellt, unter dem Titel „**Farm to Fork**“, die sich an den „**Green Deal**“ der Kommission anlehnt und bisherige Agro-Industrien auf umweltverträglichere Landwirtschaft zurückführen will (s. dazu den Abschnitt **LEADER**, S.110 ff).

Erst wenn Regionalentwicklung nicht nur durch Cluster vorangebracht wird, sondern in der „Triple Helix“ oder „Penta-Helix“ (s.S.79) auch die Fragen der Wasserwirtschaft und der ökologischen Landwirtschaft angemessen berücksichtigt sind, hat die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen und das Umdenken in der Wirtschaftspolitik zugunsten von Kreislaufwirtschaft Chancen, auch die galoppierende Klimakatastrophe einzudämmen. Diese Überlegungen werden im Abschnitt *Andere Welt mit **Kreislaufwirtschaft*** weiterbehandelt (s.u., S.131).

Bisher rangieren Norwegen (10.), Finnland (6.), Dänemark (5.), Schweden (2.) unter den ersten 10 Staaten des **Globalen Innovations Index**, und nicht zuletzt wegen ihrer regionalen oder lokalen Cluster. Insgesamt werden von diesem Index 133 Staaten erfaßt.⁵⁵ Die Methodik bei der Aufstellung der Ranking-Ordnung ist nicht jedes Jahr deckungsgleich. U.a. werden jedes Jahr unterschiedliche, prinzipiell technische Schwerpunkte gesetzt. Dabei wird durchgehend gutem Cluster-Management große Bedeutung beigemessen. Denn das **Cluster-Management** muß in drei Bereichen kompetent sein: (a) gute Kommunikation sicherstellen zwischen den Mitgliedern des Cluster (Unternehmen, Betrieben), die sich am Markt behaupten müssen; (b) gutes Zusammenspiel sicherstellen zwischen den ökonomischen Cluster-Mitgliedern und dem Ausbildungs-/Forschungssektor der Region (Universitäten, Berufs-

⁵⁵ Quelle: Global Innovation Index 2017

deutschen Agenda der zahlreichen G7-Treffen: Klimakrise, Pandemie sowie Stärkung der Widerstandskraft von Demokratien. Seit 1975 verabreden sich die stärksten westlichen Industrieländer zur Diskussion solcher global wichtigen Themen.

Die in diesem Buch angesprochenen maßgeblichen **Einflüsse auf Klimapolitik** werden sicherlich – wenn überhaupt – nur am Rande erwähnt. Dabei müßte zumindest der Beschluß der vorherigen G7-Runde abgesichert und verstärkt werden: die **Vor-Ort-Besteuerung der ICT-Konzerne**. Obwohl Großbritannien 2021 den G7-Vorsitz innehatte (MP Johnson) war eine leichte Einschränkung ihrer globalen Expansionen über die ICT-Weltkonzerne durch die G7-Staaten verhängt worden. Die G7-Regierungen hatten sich auf einen bescheidenen Besteuerungssatz von 15% verständigt. Dem schließt sich inzwischen die EU-Kommission an – aber frühestens ab 2023.

G7: weltweite Mindeststeuer für Großkonzerne ⁵⁷

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der sieben leistungsstärksten Industriestaaten der Welt (G7) haben sich auf ein Jahrhundert-Projekt geeinigt. "Eine beispiellose, durchschlagende Verpflichtung." So beschreibt zumindest die amerikanische Finanzministerin Janet Yellen das Ergebnis der Beratungen in London. Denn vor rund 100 Jahren wurde das letzte Mal auf globaler Ebene eine Regelung zur Besteuerung von Unternehmen eingeführt. Damals wurde vom Völkerbund kurz nach dem Ersten Weltkrieg die Regel eingeführt, dass Unternehmen dort besteuert werden, wo sie ihren physischen und rechtlichen Sitz, ihre "Betriebsstätte" haben. Dieses "Ortsprinzip" soll nun abgelöst werden durch das "Umsatz-Prinzip", das besser auf die Geschäftsmodelle der globalisierten Wirtschaft im Internet-Zeitalter passt.

Die großen multinationalen Konzerne sollen in dem Land Steuern zahlen, in dem sie Umsatz machen. Google soll also dort versteuern, wo es seine Daten einsammelt und Werbung verkauft. Handelsplattformen wie AMAZON sollen in dem Land Steuern zahlen, in dem ihre Kunden einkaufen. Die Neuordnung betrifft auch eher traditionelle Konzerne wie die deutschen Autobauer. Volkswagen würde dann mehr Steuern in China zahlen und weniger in Europa. Denn die meisten Fahrzeuge setzt das Wolfsburger Unternehmen in China ab. Steuervermeidung ist heute nach einer Studie der Universität Oxford schon eher der Regelfall als die Ausnahme. Rund die Hälfte der im G7-Gastgeberland ansässigen internationalen Unternehmen zahlen in Großbritannien keine Steuern, weil sie ihre Gewinne ins Ausland verschieben.

⁵⁷ laut *Deutsche Welle*, 5.6.2021

Ohne die weitere Verschärfung der Vor-Ort-Besteuerung ist keine zukunftsfähige Klimapolitik zu erwarten – schon gar nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit.

Es geht aktuell und in überschaubarer Zukunft einerseits um die schon angesprochenen global aufgestellten IT-Konzerne der Finanzökonomie (Typ **Black-Rock**) oder des IT-Handels (Typ **Amazon**) oder ICT-Konzerne (**Google; Meta** (Facebook)). Ihnen gewähren gerade die Regierungen der führenden Industrieländer jede Menge Schützenhilfe, um ihre **Oligopolstellungen** (trotz der bescheidenen Steuerquote) immer weiter auszubauen und dabei weder auf spezifische regionale Bedingungen zu achten – und auf regionale Cluster schon gar nicht. Prinzipiell könnte eine solche Besteuerung im Land des Umsatzes auch die Durchsetzung von Lokalen/Regionalen Cluster verbessern. Der politische Willen im Gastland (hier: Skandinavien) muß das allerdings wollen und strukturell unterstützen – im Interesse der eigenen Bevölkerung und einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Bisher hat vor allem die liberale dänische Skandinavierin, die EU-Kommissarin Vestager, ernstzunehmende Strafmaßnahmen gegen Konzerne, wie Google verhängt.⁵⁸

Zu wenig werden allerdings auch von den Fachleuten der Stockholm School of Economics die Bedrohungen mit einbezogen, die weiterhin von den genannten Konzernen für die Weltgesellschaft und zwangsläufig auch für die Klimapolitik ausgehen. Zum Bedrohungsszenario gehören inzwischen auch in Schweden **Hacker-Angriffe** auf einheimische Unternehmen, die ebenso regionale und nationale Standorte beschädigen, wie die IT-Konzerne oder die chinesische Seidenstraßen-Strategie. Massiv war Mitte 2021 der Cyber-Angriff auf die Handelskette COOP:

im August 2021 forderten Hacker von der schwedischen Vermarktungskette COOP 70 Millionen US \$, um das gehackte digitalisierte Rechnungswesen von COOP wieder frei zu geben

⁵⁸ Kommissarin Vestager hat in den letzten Jahren mehrfach die IT-Konzerne Google, Apple und andere wegen Missbrauchs ihrer Marktmacht mit Milliarden-schweren Strafzahlungen belegt. Sie konnte sich nicht in jedem Fall durchsetzen. Zuletzt bestätigte der oberste Gerichtshof der EU am 10.11.2021 aber, dass Google (*Google-Shopping*) mehr als 2,4 Milliarden Euro Strafe zahlen muß

gehackte COOP-
Kette, Schweden

Ganz anderer Art -
nicht weniger pro-
blematisch - sind
Bedrohungen,
wenn ein Staats-
präsident, wie Do-
nald Trump, phan-
tasievolle Presse-
konferenzen ab-
hält, die nur „fake-
news“ enthalten



70 Mio for master-key

und das Ansehen anderer Länder schädigen sollen - wie seine Behauptung, Schweden leide unter schweren Terror-Attacken :

***Trump links migration in Europe to terror attacks in Brussels,
Nice, Paris and Sweden***

Trump told supporters: "We've got to keep our country safe. You look at what's happening in Germany, you look at what's happening last night in Sweden" "Sweden, who would believe this ? Sweden. They took in large numbers. They're having problems like they never thought possible." (The Guardian, 19.2.2017)

Und da selbst *Twitter* und *Facebook* die Trump-Konten sperrten (eigentlich wegen Trumps Schwachsinnäusserungen und um vielleicht den US-Präsidenten vor weiteren Blamagen zu schützen...), gründete Trump 2021 sein eigenes „soziales Netzwerk“ unter dem Namen **TRUTH Social** und die Außenwelt muß davon ausgehen, dass damit nur noch intensiver Trump'sche Lügen verbreitet werden und auch ein solches Netzwerk nicht zuletzt (wie bei Facebook) der privaten Geldvermehrung dienen soll.⁵⁹

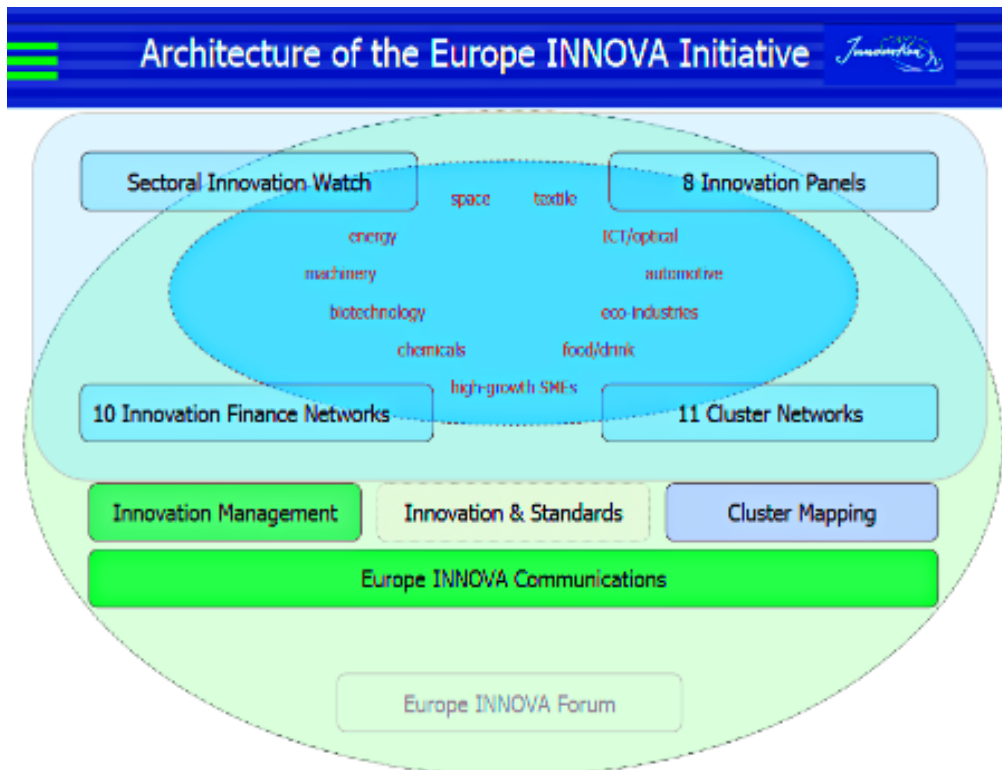
Lässt sich durch solche Entwicklungen die notwendige andere Welt am Ende verhindern ? In Schweden will man das nicht akzeptieren.



⁵⁹ Trumps Begründung für **TRUTH Social**: "We live in a world where the Taliban has a huge presence on Twitter, yet your favorite American President has been silenced" (ABC-News, New York, 21.10.2021)

EUROPÄISCHE UNION : wieviel Reform bietet die AGRARREFORM ?

Schon im Oktober 2008 ergriff die EU-Kommission die Initiative und richtete die **European Cluster Policy Group (ECPG)** und stattete sie mit dem Mandat aus, die Mitgliedsstaaten darin zu beraten, Cluster auf Weltmarktniveau aufzubauen. Aufgrund der bis 2012 vorgelegten Experten-Berichte wurde ein Schema zur Förderung innovativer Industriebereiche (Unternehmen) akzeptiert:



Dem Schema liegt offensichtlich ein anderes Verständnis von „Cluster“ zugrunde als in Schweden oder Norwegen oder als bei *Regionen Aktiv*. Es geht um reine Industrieförderung. Ein erkennbarer Schritt zur Förderung regionaler Entwicklung auf der Basis nachhaltiger Landwirtschaft erfolgt erst mit der

EU-AGRARPOLITIK (GAP) auf zwei Säulen

Erste Säule GAP

Bis zum Auslaufen der Budgetphase 2014-2020 ruhte die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) formal schon auf **zwei Säulen**, von denen die **erste Säule**

die zentrale war und eine nicht wirklich nachvollziehbare Subventionierung der Agro-Industrie bedeutete. Im Sinne von: je größer das Unternehmen desto höher die EU-Subventionen in Form sog. **Direktzahlungen**. Genauer: ⁶⁰

Empfänger von GAP Beihilfen (2019)			
Agro-Industrie		Bauernhof	
in €	Anteil aller Empfänger	in €	Anteil aller Empfänger
➤ 50.000 je Betrieb	2 %	< 5.000 je Betrieb	75 %
Anteil aller gezahlten Direktbeihilfen	31 %		

Wenn lediglich 2% der insgesamt 6,3 Millionen Agrarbetriebe 31% aller EU-Agrarbeihilfen abschöpfen, dann hat die EU ein Legitimitätsproblem. Oder es handelt sich um eine extrem unsoziale und unökologische neoliberale GAP. Und damit hat auch Klimapolitik ein Problem. Geht man stärker ins Detail, wird genau das auch noch deutlicher. Denn:

90% der Direktzahlungen sind nicht an bestimmte Produktionen gebunden. Die Direktzahlungen erfolgen pauschaliert und hängen wesentlich von der Größe der Produktionsfläche ab, d.h., im Ackerbau und der Weidewirtschaft können die Subventionen durchaus die eigentlichen Produktionserträge übersteigen.

40% des gesamten EU-Budgets könnten für die 10 Jahre 2021-2030 in die Landwirtschaftspolitik fließen. Bei einem EU-Budget von 1000 Milliarden Euro würden etwa 400 Milliarden allein für GAP bereitliegen.

Bei solchen Beträgen macht es besonders viel Sinn auf die **Kollateralschäden** dieser ersten Säule zu schauen. Denn die Direktzahlungen erreichen keineswegs immer den angedachten Agrarunternehmer (bzw. Bauer), sondern können leicht bei den Eigentümern der Agrarflächen landen, die EU-weit zur Hälfte verpachtet sind. Da seit einigen Jahren europäische und außereuropäische Kapital- und Rentenfonds „**land-grabbing**“ im großen Stil betreiben, erhalten sie Zugriff auf die EU-Zahlungen in dem Augenblick, in dem sie z.B. die Pacht erhöhen.

Als definitive Kollateralschäden sind **Pachterhöhungen** durch Rendite-suchende Kapitalfonds auch deswegen anzusehen, weil sie die ohnehin zu wenig geförderten Bio-Bauern daran hindern, ihre Agrarflächen so zu vergrößern, dass sie insgesamt profitabler wirtschaften könnten.

⁶⁰ die Zahlenangaben sind berechnet nach: Agrar-Atlas 2019 (Heinrich Böll Stiftung u.a.)

Zu den Kollateralschäden gehört ebenso, dass ein hohes Risiko darin besteht, dass bei nicht weitergezahlten Subventionen der Agrarunternehmer seine **Prioritäten anders setzt** und mögliche bisherige umweltfreundliche Maßnahmen zukünftig unterbleiben (z.B. Düngetechniken).

Das Thema leitet über zur *zweiten Säule* der GAP.

Zweite Säule GAP

Seit Anfang der 2000er Jahre wurde in Brüssel über eine Reform der GAP diskutiert. 2003 war dann die Rede von der Absicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Dazu sollte die zweite Säule der GAP dienen. Diese zweite Säule der Agrarsubventionen ist durch weit weniger der genannten Direktzahlungen an Agroindustrien definiert. Sie ist flexibler. Neben der Kommission sind auch die einzelnen Staaten, einzelne Provinzen/Bundesländer, einzelne Gemeinden finanziell engagiert. Vor allem aber können diese Instanzen jeweils eigene mehrjährige Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums konzipieren, wobei ein europaweiter Kriterienkatalog zugrunde gelegt wird:

1. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft;
2. nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimaschutzmaßnahmen;
3. Erreichung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und der ländlichen Gemeinschaften, einschließlich der Schaffung und des Erhalts von Arbeitsplätzen.

Insbesondere Kriterium (3) deutet den anderen Charakter der zweiten Säule an und bewegt sich in Richtung *Regionen Aktiv*. Wie ernst es die EU-Staatengemeinschaft mit der reformierten Gemeinsamen Agrarpolitik meint, lässt sich – wie meistens – am bereitgestellten Budget erkennen.

Haushalt GAP, 2021

(Gesamt-Budget EU: 168,5 Mrd €)

Gesamtbudget GAP 55,71 Mrd GAP-Anteil am Gesamtbudget EU :
33,1 %

Erste Säule GAP : 40,4 Mrd Anteil am Gesamtbudget GAP: 72,5 %

Zweite Säule GAP : 15,3 Mrd Anteil am Gesamtbudget GAP: 27,5 %

Diese Budgetzahlen stellen noch keine wirkliche Wende zugunsten der zweiten Säule dar. Mit Blick auf die rasanten Klimaänderungen, auf die rasanten Verluste an Biodiversität und in der Hoffnung auf mehr ökologische Landwirtschaft hatten die Abgeordneten der Grünen, der Linken und der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament für eine deutliche Aufwertung der zweiten Säule im EU-Haushalt 2021-2027 argumentiert. Aber eine konservativ-liberale Mehrheit im EP sorgte für „weiter so“ in der GAP. Einer der prominenten Sprecher der grünen EP-Fraktion, *Sven Giegold*, resumierte: „Bis

2027 wird so ein Drittel des EU-Haushalts, oder knapp 387 Milliarden Euro, **nicht an die Ziele des Green Deal gebunden** sein. Damit droht der europäische Green Deal ein gewaltiges Stück seiner Durchschlagskraft zu verlieren“ und „Diese Entscheidung ist nicht nur dramatisch für den Tier-, Natur- und Klimaschutz, sondern wird auch das Höfesterben weiter antreiben und Arbeitsplätze kosten.“⁶¹

Wieviel **Sprechblasencharakter** hat daher das **Gesamtpaket EU-Agrarreform** möglicherweise behalten ? – auch wenn endlich die neoliberalen deutschen Agrarminister durch die Ampel-Regierung abgelöst wurden, in der auch Sven Giegold als Staatssekretär ins (grüne) Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einzog.

EU - GREEN DEAL

„**European GREEN DEAL**“ ist erkennbar angelehnt an das massive staatliche Wiederaufbauprogramm der US-Regierung 1933-38 nach der Weltwirtschaftskrise. Für die EU soll damit der **Akzent auf „grün“ und auf Klimaschutz** gesetzt werden, verbunden mit sehr ambitionierten wirtschaftlichen und politischen Reformen. Als neue Präsidentin der EU-Kommission hatte Ursula v.d.Leyen den GREEN DEAL als ihr erstes politisches Großprojekt Ende 2019 auf den Weg für die Haushaltsperiode 2021-2027 gebracht. Die Voraussetzungen für die durchgängige Akzeptanz durch die so stark zerrissene EU-Staatenunion waren günstig nach einem Jahrzehnt der Finanzkrisen und heftiger Debatten um die Euro-Rettungs-Politik der EZB und einer seit 2015 besonders konfliktiven Flüchtlingspolitik. Besonders nach dem Brexit der britischen Regierung gab es mehrheitlich die Bereitschaft für eine **gemeinsame europäische Vision**, bei der prinzipiell alle profitieren können. Und noch vor der COVID-Pandemie wollten alle der verschärften Klimaänderung aus dem Weg gehen.

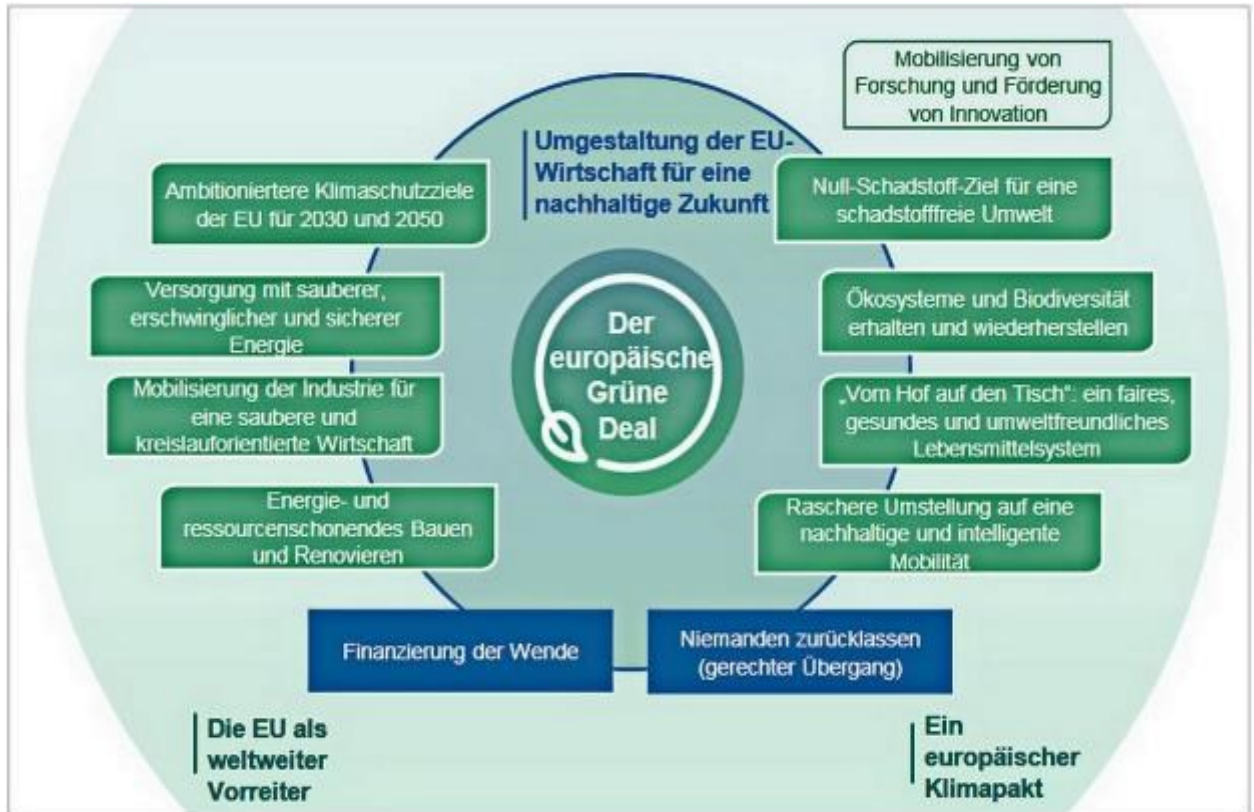
Für die professionelle und die politische Durchführung eines GREEN DEAL hatte die EU-Kommission aus vorangegangenen Jahren nicht nur solche Arbeiten wie den Brundtland- oder den Brandt-Bericht zur Verfügung, sondern auch viele selbst erstellte Programme und Leitlinien für zukunftsfähiges Handeln. Zusammen mit ihrem sozialdemokratischen Vizepräsident *Timmermans*, ihrem wohl wichtigsten Verbündeten unter den EU-Kommissaren, was nachhaltige Umsteuerung der EU betrifft, legt v.d.Leyen den Fokus des DEAL auf *wirtschaftspolitische* Reform-Maßnahmen. Dabei wird Bezug genommen auf die UN-Nachhaltigkeitsziele SDG 9 und 12 (s.o., S.12):

- Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung (SDG 9)

⁶¹ S. Giegold (Rundbrief, 23. November 2021): *EU-Parlament stimmt Agrarreform zu: Chance für Agrarwende verpasst*

- Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen (SDG 12).

Dabei wird der Reformanspruch allerdings viel weitergehend formuliert und Nachhaltigkeit soll die DNA des europäischen Green Deal sein: „Umgestaltung der EU-Wirtschaft für eine nachhaltige Zukunft“.



Für die Klimapolitik sind einige Bereiche von ganz besonderer Bedeutung:

Erneuerbare Energien

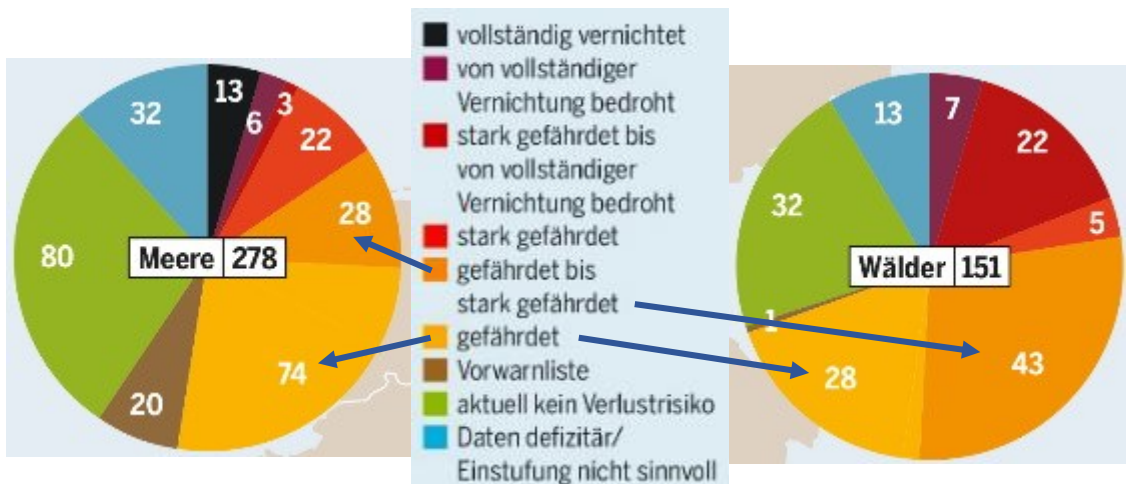
Das bisherige Ziel von 40 % CO₂-Reduktion reicht der Kommission inzwischen selber nicht mehr aus, um dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden. **55% weniger CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990** schlägt die EU - Kommission im novellierten Klimagesetz bis 2030 vor; 60% verlangt das europäische Parlament mehrheitlich. Dänemark und Schweden gehen auch darüber hinaus und plädieren für 65% weniger Treibhausgas - was wiederum im flämischen Teil Belgiens, aber vor allem in Osteuropa nur Kopfschütteln auslöst. Der Klimastreit ist auch nach COP-26 (Glasgow) in vollem Gang. Dabei stellt sich die Großindustrie inzwischen auf die Seite der Produzenten von erneuerbaren Energien. Allerdings sollte die Kommission den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien stark subventionieren, um global konkurrenzfähig zu bleiben/zu werden. In Ländern, wie Deutschland oder Österreich oder der Schweiz ist man allerdings verblüfft, dass die

Kommission für das Interesse des französischen Präsidenten Macron deutliches Entgegenkommen zeigt, **Atomstrom als „grüne Energien“** einzustufen (*EU-Taxonomie*, s.u., S.144). Der eingeleitete Bau neuer französischer AKW-Typen könnte dann demnächst auch von der EU-Kommission als CO₂-freie Energie gefördert werden. Viel absurder kann Macron sich allerdings nicht für seinen Wahlkampf in 2022 präsentieren – auch weil der französische AKW-Bauer *AREVA* sich seit Jahren im finnischen *Olkiluoto* blamiert

Biodiversitätssicherung

Die fortlaufende Technisierung sowie der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln haben zu einer Agrarlandschaft geführt, die immer einheitlicher (monotoner) wird. Mitverantwortlich ist auch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP), die seit Jahrzehnten einseitig und starr darauf ausgerichtet ist, die landwirtschaftliche Produktivität durch Monokulturen zu steigern. Negativ auf die Biodiversität wirken sich die überall anzutreffenden Kulturpflanzen Mais, Raps oder Weizen aus; dazu das völlige Fehlen von Ruhephasen für den Boden zur Regenerierung der Bodenbiologie; stattdessen der Versuch, die Regeneration durch übermäßigen Einsatz von chemischem Dünger und Pestiziden/Insektiziden zu kompensieren. Das führt nicht nur zu galoppierendem Artenschwund auf den agrarischen Flächen, sondern führt auch unmittelbar zur Destabilisierung der Waldflächen und der Meere – in Deutschland, wie in der gesamten EU:

Beispiele für Artenschwund in Deutschland Anzahl unterschiedlicher Lebensräume ⁶²



Fachleute streiten über die Genauigkeit dieser Angaben. In jedem Fall sind die stark bis vollständig gefährdeten Sektoren inakzeptabel zu hoch. Gleichzeitig

⁶² übernommen aus: Heinrich-Böll-Stiftung: Biodiversität in Deutschland, 2019

bieten die „nur“ als gefährdet gekennzeichneten Bereiche die wichtigsten Anknüpfungspunkte, um den weiteren Artenschwund auszubremsen – wegen der Biodiversität, aber im gleichen Maße als zentralen Ansatz einer zukunftsfähigen Klimapolitik.

Ökologische Landwirtschaft

Seit 2005 war das Charakteristikum der EU-Agrarpolitik, jedes Jahr mehr als 50 Milliarden € an Fördergeldern auszusahlen, und zwar weit überwiegend an die Agro-Industrien als Direktzahlungen (s.o., S.104). Die Agro-Industrie hat inzwischen erkannt, dass sie dem allgemeinen gesellschaftlichen Druck ein wenig nachgeben muß und hat die GAP-Reform akzeptiert. Die vermeintlichen Nutznießer der Reform, die Biobauern, sprechen dagegen von „**greenwashing**“; von widersprüchlichen Signalen gegenüber der drängenden Biodiversitätssicherung – **und zwar in Europa wie auch als Signal für den Erhalt der globalen Biodiversität (z.B. Regenwälder)**. Und nicht nur die Biobauern sehen bedrohliche Signale für eine „grüne Wende“ in der EU. Manche Fachleute befürchten, dass das anspruchsvolle Finanzierungskonstrukt des Green Deal viel Potenzial für „greenwashing des Finanzsektors“ bietet.⁶³

Aus deutscher Sicht läßt sich genau hier ergänzen, „der Rohstoffverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2017 mit 22,8 t pro Einwohner fast doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt von 12,2 t pro Einwohner und Jahr. Der durchschnittliche Rohstoffkonsum der afrikanischen Länder lag im Jahr 2017 bei 3,1 t pro Einwohner und Jahr. Dabei erreichen die von Deutschland importierten Nahrungsmittel/Futtermittel/Agroprodukte einen Importanteil von gut 8% (2017, vor Corona), wobei der sog. „ökologische Rucksack“ im Erzeugerland verbleibt.“⁶⁴

Um diesen großen Reformschritt zu gehen, bedarf der Green Deal allerdings einer sehr viel weiter reichenden anderen Wirtschaftspolitik: der **Kreislaufwirtschaft**.⁶⁵

Zunächst hat die Gemeinsame Agrarpolitik zur Unterstützung des GREEN DEAL noch zwei weitere Programme zur Verfügung, die in einigen Fällen ähnliche

⁶³ Als EU-Beobachter macht Bernhard Pötter mit einem Artikel in der TAZ (24.1.2022) auf dieses Problem aufmerksam. Schon in der Überschrift ist die Rede von „*Die EU im Konflikt um ihren Green Deal*“ und „*Es drohen Greenwashing im Finanzsektor*“

⁶⁴ zum „ökologischen Rucksack“ gehört sehr häufig der hohe Wasserverbrauch in südlichen Ländern für Exportprodukte, wie Avocados aus Chile oder Tomaten und Erdbeeren aus Spanien oder Kartoffeln aus Ägypten – und führt dort zu ökologischen wie sozialen Stresssituationen

⁶⁵ ausführlicher bearbeitet in: E.R.: *Kreislaufwirtschaft – überfällig, 2021* (auf: <https://www.elmar-roempczyk.de/>)

Hoffnungen aufkommen lassen, wie einst der Ansatz „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“.

EU - LEADER : integrierte regionale Agrarförderung

LEADER („*Liaison entre actions de développement de l'économie rurale*“) ist ein Förderinstrument der Europäischen Union zur Stärkung und Weiterentwicklung der Ländlichen Räume. Ziel des LEADER-Förderprogramms ist es, Bürgerinnen und Bürger vor Ort, Interessengruppen, Verbände, Vereine, Institutionen und kommunale Entscheidungsträger aktiv in die Gestaltung der Zukunft ihrer Regionen einzubeziehen. Ländliche Regionen können sich um eine Aufnahme in das LEADER-Programm für die nächste Förderperiode (2 oder 3 Jahre) bewerben. Die Bewerbung initiieren und einreichen können sowohl nichtstaatliche wie auch staatliche Institutionen. Die Idee dahinter ist, dass sich lokale und regionale Akteure aus dem privaten und/oder öffentlichen Bereich zusammenschließen und als eine sogenannte LEADER-Aktionsgruppe (LAG) eine Bewerbung einreichen. Die Aktionsgruppe erhält, wenn sie im Auswahlwettbewerb zum Zug kommt, Fördermittel von der EU und ihrem Bundesland. Möglichst viele gesellschaftliche Akteure sollen in den LEADER-Aktionsgruppen angemessen vertreten sein. Die Aktionsgruppen beraten und entscheiden unter Berücksichtigung der EU-Förderkriterien über die zu fördernden Projekte. Im „Kleinbauern“-Land Baden-Württemberg, z.B., stehen in der aktuellen Förderperiode 2021-27 insgesamt etwa 75 Millionen Euro aus EU- und Landesmitteln zur Verfügung.

Themenschwerpunkte sind die Stärkung der Innovations- und Wirtschaftskraft der Akteure und des sozioökonomischen Gefüges im Ländlichen Raum, einschließlich Tourismus-Förderung und interkommunale oder auch nationale und transnationale Zusammenarbeit. Durch die Anbindung von LEADER an GREEN DEAL werden Projektideen begrüßt, die zum Schutz des Klimas und der natürlichen Ressourcen in der Region beitragen ebenso wie zur Stabilisierung eines regionalen ökonomischen Cluster.

Hochmoor-Landschaft Nord-Schwarzwald

Kaltenbronn ist einer der badischen Orte im Nord-Schwarzwald, in dem die Bürger sich besonders aktiv für eine andere Wahrnehmung ihrer Hochmoor-Landschaft

„...eine scheußliche Gegend an der Badenschen Grenze. ...ohne Leben nur Moos und Torf findet man hier; ein See ohne Fisch, eine Luft ohne Vögel, eine Gegend ohne lebendiges Wesen.“
schrieb Philosoph Ludwig Roeder (1822) einst über das Hochmoor und die Landschaft um den Ort Kaltenbronn.

einsetzen als der Philosoph Röder vor 200 Jahren.

Dabei hat einerseits ein anderes Bewusstsein um den Wert von Moorlandschaften für den modernen Klimaschutz beigetragen und auch die Möglichkeiten, die ein LEADER-Projekt für bürgerliches Engagement bietet. Schon 2002 wurde das erste LEADER für die Region bewilligt, um Naturerlebnisse, Gesundheitsförderung und Dorfentwicklung mit Tourismusförderung zu verknüpfen. Unternehmerisch hat sich die regionale Holzindustrie sehr beteiligt. Ehrenamtliches Engagement der Bewohner und ihrer Vereine hat parallel standortangepasste Landschaftspflege und Naturschutz endemischer Tier- und Pflanzenarten durchgesetzt.



LEADER Projekt: Moorlandschaft bei Kaltenbronn

Ziemlich spät und immer erst langsam setzt sich die Erkenntnis im Industrieland Deutschland durch, dass die 90% trockengelegter Moorflächen die ökologische Diversität erheblich einschränken und vor allem eine deutliche Klimabelastung darstellen. Anstelle einer CO₂-Senke stellen sie eine CO₂-Belastung mit einem Anteil von rund 7% dar.

Im modernen Torfabbau wird der mehrere Meter mächtige Moorboden nach der Entwässerung mit Hilfe riesiger Fräsmaschinen Schicht für Schicht abgetragen. In wenigen Jahren wird auf diese Weise der über Jahrtausende gewachsene Boden bis auf eine Resttorfschicht von wenigen Dezimetern entfernt.

Der verbleibende dünne Schwarztorfrest soll idealerweise und bei günstigen hydrologischen Bedingungen die Renaturierung der Flächen ermöglichen. Die erfolgten Schäden für Klima und Wasserkreislauf sind jedoch irreversibel.

Der Schwerpunkt der deutschen Torfwirtschaft liegt im Bundesland Niedersachsen, aus dem auch einst Bundesumweltminister kamen, wie Jürgen Trittin

oder Sigmar Gabriel. Aus Niedersachsen stammten noch 2012 etwa 6,5 Mio m³ Torf. Um nicht noch mehr Moore abzutrocknen, wurden aus den neuen EU-Ländern im Baltikum weitere 2,5 Mio m³ Torf importiert. Die Biodiversitäts- und die Klimabelastungen wurden so in Regionen verschoben, die die deutschen Umweltschützer kaum auf ihrem Bildschirm hatten – die Menschen im Baltikum steckten mental noch zu tief in ihrer sowjetischen Vergangenheit, wo Torf als Energiequelle sehr normal war.



Torfabbau für Deutschland im Raum Seda / Lettland (Foto: ER)

Norddeutsche *FoodRegio* : ein bißchen wie *Region Aktiv*

Mit denselben LEADER-Kriterien, wie im Nord-Schwarzwald hat sich auch ein regionales LEADER-Projekt am Nordrand Deutschlands erfolgreich durchgesetzt (bottom-up, regionaler Ansatz, multisektorial, Vernetzung staatlicher, unternehmerischer, zivilgesellschaftlicher Akteure).

In der Region Schleswig-Holstein hatten sich für die Förderperiode der EU 2014-2021 sehr schnell über 20 Aktionsgruppen gebildet. Sie besitzen den Charakter eines eingetragenen Vereins, beziehen sich auf ein zusammenhängendes Gebiet mit 50.000 bis 150.000 Einwohnern und umfassen Kommunen, Unternehmen, Zivilgesellschaftliche Organisationen für Kultur und Umwelt, Akademien/Universitäten.

Diese einzelnen regionalen Netzwerke - Regionale Cluster im skandinavischen Sinne – haben **für die regionale Entwicklungsarbeit insgesamt vier Felder** definiert, in denen gemeinsam in die gleiche Richtung gearbeitet wird. Die Ausgestaltung dieser vier Handlungsfelder ist dabei von den Kompetenzen und Erfahrungen der einzelnen Akteursgruppen der Region abhängig. Die Brücke zur EU-Kommission und zu den dort bereitgestellten finanziellen Mitteln bilden das holsteinische Innenministerium zusammen mit dem Landwirtschafts-/Umweltministerium.



Bis Anfang der 2000er Jahre

sprach man in Norddeutschland von Wirtschaft und meinte vor allem Touristik und Logistik (wegen der Häfen), auch von Medizintechnik und irgendwie auch vom Nahrungsmittelsektor. Über den aber erstaunlich wenig, obwohl er einen bedeutenden Anteil am produzierenden Gewerbe der gesamten Region innehatte.

Aber dann waren 2004/2005 die politischen Rahmenbedingungen durch die Jahre der rot-grünen Koalition gegeben, so dass sich insgesamt ein Dutzend Unternehmer der norddeutschen Region zusammenfanden, um ein regionales Netzwerk zu bilden. Die Überlegungen waren ähnlich wie etwa beim norwegischen Eyde-Cluster: Synergieeffekte zwischen Produzenten, Dienstleistern, Berufsausbildung und Universitäten (Lübeck) zu ermöglichen, um einen **regionalen Mehrwert** zu schaffen – oder, wie die Unternehmer sagten: eine Wertschöpfungskette von Start-ups bis zu den Traditionsunternehmen der Region (*Schwartau, Brüggen*), von den Produzenten über die Vertriebssysteme bis hin zu den Maschinenbauern und der Qualitätssicherung der Produktionsverfahren in und mit der Region aufzubauen. Das Leitthema wurde die Nahrungsmittelproduktion im norddeutschen Raum. Das Cluster erhielt entsprechend den

Namen „**FoodRegio**“. Als Region ist bis heute das südliche Schleswig bis hinüber zur Hafenstadt Hamburg angesprochen.⁶⁶

Klares Charakteristikum des food-Regio-Cluster ist seine **Netzwerk-tätigkeit** in Form verschiedener fachlich besetzten Arbeitskreisen zu den Themen *Beschaffung, Maschinenbau, Innovation, Logistik, Markt, Kommunikation, Personal/Allgemein, Personal/Ausbildung, Qualitätssicherung, Zertifizierung, Verpackung*. Die Synergieeffekte ergeben sich dann dadurch, dass sich junge Unternehmen (Start-ups) an der Schnittstelle von Ernährungswirtschaft und Gesundheitskunde treffen und auch neue regionale Geschäftsmodelle für die Zukunft entwickeln. Dabei ist als **Querschnittsbereich** die Aus- und Weiterbildung von Personal der Cluster-Mitglieder ein ganz wichtiger Baustein für die erfolgreiche Zusammenarbeit im Netzwerk. Oder: Aus dem Arbeitskreis Personal/Ausbildung heraus wurde die Azubikampagne „Foodstarter“ entwickelt, ergänzt um ein Jobportal aus dem „Arbeitskreis Personal“.

Der regionale Bezug des Cluster wird damit an der **Stabilisierung des regionalen Arbeitsmarktes** sichtbar (Jobportal) und darüber hinaus am gleichgerichteten Interesse der Cluster-Mitglieder, die bestmöglichen Arbeitskräfte für den Sektor Ernährungswirtschaft zu verpflichten. Dazu verständigen sich die Cluster-Unternehmer auf zentrale Ausbildungsprogramme der regionalen Universitäten – und finden als Cluster auch Gehör bei den Hochschulen der Region. Für die so schon gut vorbereiteten Arbeitskräfte lohnt sich der Aufwand des Cluster-Management, kontinuierlich und systematisch Fortbildung in Form von Seminaren, Messeveranstaltungen, Kongressteilnahme zu organisieren. Die Manager von foodRegio argumentieren im Übrigen sehr ähnlich wie in Skandinavien auf die Frage: Welche Themen stehen im Vordergrund? – „**Die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Netzwerk und der persönliche Kontakt sind Gold wert.**“ „**Sie bleiben der Markenkern des Netzwerks und sind absehbar nicht durch Digitalisierung ersetzbar.**“



⁶⁶ siehe: www.foodregio.de

Deshalb gibt es auch einen **Kodex zum Umgang** der Cluster-Mitglieder miteinander, eine ausgeprägte Netzwerkkultur, die eben jene Vertrauensbasis schafft. Zusammen wird auch die Strategie des Netzwerks, z.B. der Masterplan 2025, stetig weiterentwickelt und als Gemeinschaftsprodukt umgesetzt. Auch wenn das Förderprogramm „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“ so nicht mehr unter den Merkel-Ministern fortgesetzt wurde, so hat die norddeutsche FoodRegio dennoch wichtige Komponenten beibehalten und in die derzeitige LEADER-Phase eingebracht. Das ist keineswegs selbstverständlich für aktuelle LEADER-Projekte.

Bergisches Wasserland

Wie sehr der LEADER-Ansatz von der Beteiligung der Bürger lebt, zeigte eine Umfrage, die das Management von LEADER Bergisches Wasserland zwischen Februar und Mai 2021 in den acht Kommunen des Fördergebietes durchgeführt hatte, um eine neue regionale Entwicklungsstrategie aufzustellen. Eine von 6 Großgruppen der eingereichten Vorschläge erhielt die Überschrift „den Klimaschutz voranbringen“. Das Management fasste als wichtigste Vorschläge zusammen:

LEADER-Projekt: den Klimaschutz voranbringen mit dem Ziel

- Grüne Oasen fördern (Grüne Oasen sind kleine Parks, Biotop oder begrünte Flächen)
- Aufforstungsmaßnahmen fördern (Kleinmaßnahmen innerhalb der Siedlungen)
- Ausbau der Mobilität mit alternativen Antriebstechnologien (Elektro, Wasserstoff etc.); allerdings nur ÖPNV, Radverkehr oder Verleihsysteme
- Energieeffizienz fördern (innovative Techniken)
- keine Förderung von privatem Wohneigentum.

Nach Bekanntgabe der Befragungsergebnisse wurde die Vorschlagsliste noch einmal geöffnet.

Und die Bürger erweiterten ihre bisherigen Vorschläge allein für das Thema Klimaschutz mit einer weiteren langen Liste gewünschter Maßnahmen mit sehr konkretem regionalen und interkommunalem Bezug (bzw. wiederholten sie schon genannte, um deren Bedeutung zu unterstreichen):

Bürgerbeteiligte LEADER-Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz („Wunschliste“)

Ausbau von Fahrradwegen

Aufforstung fördern

Solaranlagen auf jedes dafür mögliche Gebäude bauen

Mehr Grün, weniger triste Vorgärten ohne Blumen/Pflanzen

Kreisverkehr St. Engelbertstraße / Odenthaler Str. (in Odenthal) um ständigen Rückstau von Autos und Unfallgefahr zu reduzieren

Fahrradständer an Bushaltestellen

Mehr Bänke für Wanderer (mit Mülleimern) aufstellen

Verbessertes Streckennetz mit Beschilderungen, ähnlich, wie Knotenpunkte auf holländischen Fahrradwegen

Zur Förderung des Umweltbewusstseins, an Schulen und öffentlichen Plätzen mit Schülern bienenfreundliche Beete anpflanzen, Patenschaften vergeben

Wanderwege von Bergisch Gladbach nach Altenberg verbessern und beschildern, inklusive einer senioren- und kinderwagenfreundlichen Brücke über die Dhünn

An den Wanderwegen Tafeln mit geographischen, geschichtlichen oder biologischen Infos anbringen

Statt Elektro eher Wasserstoffantriebe fördern

Das Mobilitätsangebot ausbauen und übergreifend vernetzen, für Freizeit und Beruf und Planung und Abrechnung über eine übergreifende App ermöglichen

Verbot von Kunststoff und Verpackungs-Exporten

Mehr Radwege und Straßenbahn

Mischwald

Solarthermie ausbauen, Förderung und durchführende Unternehmen bewerben

Keine weitere Ausweisung von Neubaugebieten im Grünland.



LEADER-Management bei der Umsetzung von Bürgerforderungen: Ausweisung von Naturwanderwegen, Wahnbachtalsperre (Foto: ER)

EU - FARM to FORK : Öko-Direktvermarktung als Klimaschutz

Erst durch die Kombination aus Green Deal der EU-Kommission (2019/2020) und den massiven Protesten der Zivilgesellschaften aus Sorge um galoppierende Klimakatastrophen kam es zunächst beim 26. Weltklimagipfel (Nov. 2021) zu einer leichten Akzentverschiebung in der politischen Grundhaltung und dann auch zur erklärten Bereitschaft der EU-Kommission, den gewaltigen Agrarhaushalt neu auszurichten. Und zwar in Richtung von Regionen Aktiv. Ein Instrument hatte die EU-Kommission dafür schon viele Jahre zur Verfügung: LEADER. Erweitert wurden GREEN DEAL und LEADER aufgrund des zunehmenden Drucks der europäischen Zivilgesellschaft um das – nach GAP-Maßstäben – beinahe revolutionäre Instrument des **Farm to Fork**.

Mit dem Programm „**Farm to Fork**“ (vom Hof direkt auf den Tisch) seit Mitte 2020 erlebt die EU-Agrarpolitik den **deutlichsten grünen Schub aller bisherigen Agro-Reformen**. Der Leuchtturm in Farm to Fork heißt dabei: ökologische Landwirtschaft.

Innerhalb der EU-Kommission sind damit vor allem zwei Namen verknüpft: Kommissar Frans Timmermans, der Stellvertreter von U.v.d. Leyen und die Generaldirektion Gesundheit unter der Leitung der Kommissarin Stella Kyriakides. Timmermans und Kyriakides sind beide keine Freunde der traditionellen Agro-Industrie, wie sie vom Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes und Agro-Lobbyisten, J. Rukwied, noch immer hochgehalten wird (s.o., S.52). Es ist das erste Mal, dass die EU eine Strategie für **integrierte, nachhaltige Lebensmittelsbewirtschaftung** vorlegt. Bisher wurden Fragen im Zusammenhang mit Lebensmitteln durch getrennte (und oft unvereinbare) Politiken in den unterschiedlichen Ressorts wie Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Handel u.a.m. separat behandelt.

Ziele von Farm to Fork

- Gewährleistung einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion, indem bis 2030 50% weniger Pestizide eingesetzt werden sollen und 20% weniger chemischer Dünger
- Förderung nachhaltiger Praktiken in der Nahrungsmittelverarbeitung, im Groß- und Einzelhandel, im Gastgewerbe und in der Gemeinschaftspflege
- Förderung eines nachhaltigen Lebensmittelkonsums und gesunder Ernährungsweisen
- Verringerung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung
- Bekämpfung von Lebensmittelbetrug entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette.

Die "Farm to Fork"-Strategie sucht den **Einklang mit den SDG-Zielen der Vereinten Nationen** (vor allem 2, 12, 14, 15) und zielt auch darauf ab, durch internationale Zusammenarbeit und Handelspolitik die Standards weltweit anzuheben, damit ihr ökologischer Wandel nicht durch die Externalisierung nicht nachhaltiger Praktiken in anderen Regionen ausgeglichen wird (s.o., S.109: *ökologischer Rucksack*).

Mit Zielen, wie „nachhaltiger (sinnvoller) Lebensmittelkonsum“, „Verringerung von Lebensmittelverschwendung“ und „Bekämpfung von Lebensmittelbetrug“ nähert sich dieses EU-Programm in überraschend deutlicher Form den eingangs genannten dicken **Stellschrauben**, an denen jetzt intensiv gedreht werden muß, um Klimaeffekte zu erzielen (s.o., S.19 ff). Ein Programmansatz ebenso zum Erhalt der Biodiversität, zur Minderung des nationalen und globalen Energiebedarfs und nicht zuletzt zur Restituierung eines brüchig gewordenen Wertesystems in Staat und Gesellschaft (der EU). Und was den Nutznießern der Ersten Säule GAP sicher die stärksten Kopfschmerzen bereitet: der Anteil der **ökologischen Landwirtschaft** soll von rd 8% (2020) auf 25% gesteigert werden (bis 2030). **Damit geht von Farm to Fork auch der wahrscheinlich größte zu erwartende Druck eines EU-Programms zugunsten einer effektiven Klimapolitik aus.**

AGROPOLITIK mit KOLLATERALSCHÄDEN : Korruption, Missmanagement

Im Zusammenhang mit der ersten Säule der GAP war die Wahrscheinlichkeit von massiven (finanziellen) Kollateralschäden nicht zu übersehen (s.o., S.104). Trotz eingeplanter regelmäßiger Kontrollen der EU-Kommission hinsichtlich der Umsetzung der Farm to Fork – Ziele, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich alle Mitgliedsländer an Farm to Fork halten. Allein die Bauernverbände werden ihre Lobby-Arbeit gegenüber ihren jeweiligen nationalen Regierungen intensiveren, vielleicht sogar stärker als die traditionellen Zulieferindustrien der Agro-Unternehmen (Chemie, Saatgut, Maschinen).

Desto wichtiger bleibt die Einbindung der Bürger in Form ihrer LEADER-Projekte oder der regionalen Cluster und dabei die hohe Bewertung einer intakten regionalen Umwelt in Einklang mit effektiver regionaler Vernetzung der multisektoralen Akteure.

Die erweiterte Zahl an EU-Fonds (Fischereifonds, Sozialfonds, Fonds für Regionalentwicklung) und die erweiterte Beteiligung der einzelnen Mitgliedsländer und ihrer Regionen an GAP- und LEADER-Maßnahmen erhöht den Verwaltungsaufwand und vergrößert automatisch auch den **Mißbrauch der EU-Förderung**. Es gibt durchaus LEADER-Manager, die sich zum Betreiben von „fake-

Projekten“ eingeladen fühlen bzw. wird der Umfang an ohnedies vorhandener **Korruption** in zahlreichen Mitgliedsstaaten eher weiter zunehmen.⁶⁷

Zum Missbrauch der EU-Fördermittel im Agro- und Nahrungsmittelbereich hatten in der ersten Hälfte der 2000er Jahre wahrscheinlich auch strukturelle Schwächungen mehrere Wirtschaftssektoren durch die **globale Finanzkrise** beigetragen, wie sie von der Goldman-Sachs-Bank, der Deutschen Bank und einigen anderen ausgelöst worden waren. Seit 2020 haben ökonomische Kollateralschäden der Corona-Pandemie diese Rolle übernommen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Planung von umwelt- und klimarelevanten Projekten in ihren Regionen und die Beteiligung bei der Durchführungskontrolle solcher Projekte kann daher gar nicht hoch genug eingestuft werden.



„Eine Andere Welt ist möglich“ -

das war der Glaubenssatz und das Motto des Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre (Brasilien). Dahinter stand der Grundkonsens der 150.000 Teilnehmer aus fast allen Ländern der Welt, sich gegen den Neoliberalismus, die Herrschaft des Geldes und jede Form von Imperialismus auszusprechen; die Menschen- und Bürgerrechte zu respektieren, die Umweltzerstörung zu beenden und ganz besonders die Selbstbestimmung der Völker durchzusetzen. Gerade die Vielfalt der existierenden Ideen und Vorschläge für den Aufbau einer anderen Welt sollte sichtbar gemacht werden. Dabei ging es nicht um ein global gültiges Modell für diese anders zu ordnende Welt. Deutlicher als bei vergangenen Weltsozialforen standen die Eigenständigkeiten der Kulturen und die Selbstbehauptung der unterschiedlichen Weltregionen als Gegenentwurf eines globalisierten Neoliberalismus im Zentrum vieler Debatten. Damit war das Weltsozialforum gleichzeitig der Gegenentwurf zum Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz). Diesen Punkt unterstrich besonders deutlich der damalige Staatspräsident Brasiliens, Lula da Silva, dessen späterer Nachfolger im Amt,

⁶⁷ „Der EU-Rechnungshof prangert in seinem Jahresbericht erneut Verschwendung in Milliardenhöhe an. **Unzulängliche Kontrollen** hätten die EU allein bei den Förderprogrammen für strukturschwache Regionen mehr als vier Milliarden Euro gekostet, schreiben die Rechnungsprüfer. Von den rund 42 Milliarden Euro, die 2007 in diesem Bereich ausgezahlt wurden, hätten elf Prozent **nie bewilligt** werden dürfen. In anderen Bereichen liege die Fehlerquote zwischen zwei und fünf Prozent.“
(<http://www.tagesschau.de/ausland/eurechnungshof>, 10.11.2008)

Jair Bolsonaro, bei den Themen von Porto Alegre wahrscheinlich allergische Reaktionen zeigt. Lula fuhr von Porto Alegre nach Davos und erläuterte dort der versammelten politischen und wirtschaftlichen Weltelite, wie dringlich die Behandlung der sozialen, der ökologischen, der ökonomischen Probleme auf den weiteren Regional-Foren sein werde:

- Europäisches Sozialforum, Florenz, Nov 2003
- Afrikanisches Sozialforum, Addis Abeba, Dez 2003
- Asiatisches Sozialforum, Hyderabad, Jan 2004

Für alle, die in Porto Alegre oder an den anderen Sozialforen teilnahmen, hieß die Meta-Dimension der Veranstaltungen: es muß ein friedlicher Wandel hin zu einer anderen Sozial- und Wirtschaftsordnung sein. Denn Kriege hatten die Staatenführer der Welt schon zu viele geführt, um ihre dominanten Positionen mit viel **Betrug** und mit noch mehr **Waffengewalt** aufrecht zu erhalten. Im Fokus stand vor allem der damalige US-Präsident G.W. Bush und generell die US-Kriege in der Welt. Denn inzwischen war schon längst nicht mehr der Vietnam-Krieg der 1960er Jahre das alleinige Thema, wenn die Regenwaldvernichtung durch das Glyphosat-haltige Pflanzengift „**Agent Orange**“ kritisiert wurde.

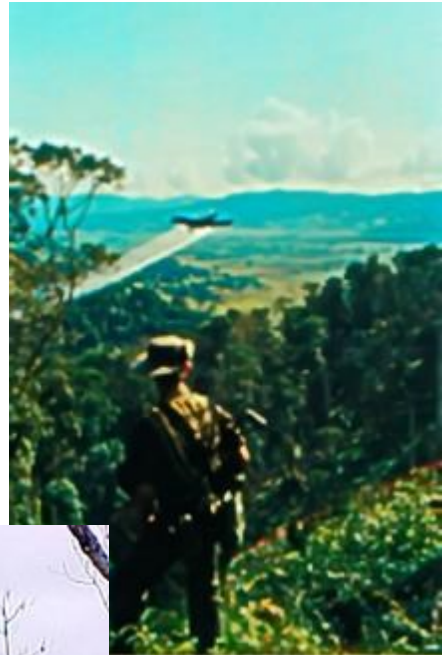
Präsident Clinton hatte als Teil seiner Aussenpolitik den sog. „Plan Colombia“ entwickeln lassen. Mit dem Plan sollten die Drogenprobleme innerhalb der USA bekämpft werden. Umgesetzt wurde der Plan allerdings zum Teil sogar mit outgesourcten Vietnam-Piloten, die aus ihren Flugzeugen jetzt den kolumbianischen Regenwald und auch dortige Coca-Plantagen besprühten. Eingesetzt wurde praktisch das gleiche Pflanzengift **Glyphosat**, wie in Vietnam – mit vergleichbaren Folgen:



*Vietnam-Krieg,
US-Flieger ver-
giften Regen-
wald und alle
Bewohner mit
„Agent
Orange“*

*Kolumbien,
US-Flieger vergiften Regenwald
und alle Bewohner mit Glyphosat*

*als Kollateralschäden sind nicht nur
einige Coca-Plantagen vernichtet,
sondern auch die Ernährungsgrundlage
der Bewohner im kolumbianischen Amazonien
(Foto: ER)*



Dann verschob Präsi-
dent G.W. Bush den
Fokus. Er schickte auch
US-Truppen los, um
ein Land und dessen
Umwelt zu zerstören.
Im Irak wurde aller-
dings nicht gegen den
Kommunismus oder
gegen die Coca-Planta-

gen gekämpft; es ging um den freien Zugang von US-Konzernen zu arabischen Ölquellen. In jedem dieser Fälle war jedenfalls die Natur schwer betroffen und damit automatisch die Klimabilanz.

Das alles war auch in unseren Köpfen, als wir, die Teilnehmer aller Kontinente in Porto Alegre über die Möglichkeiten diskutierten, wie die politische und die soziale und die ökonomische Verfassung der Weltgesellschaft geändert werden kann und in welche Richtung.



Noam Chomsky füllte mit seinen Analysen jede noch so große Halle in Porto Alegre (Foto: ER)



und Präsident Lula wurde von ebenso großen Mengen als ihr Botschafter nach Davos zum Weltwirtschaftsforum verabschiedet, um dort eine andere Botschaft zu verkünden (Foto: ER)

Für mich selber waren gerade auch solche Szenen für den Charakter des Weltsozialforums symbolträchtig:



*die Jugend der Welt trifft sich in Porto Alegre im direkten Gespräch
über ihre eigene Zukunft –
nicht im WhatsApp-Chat und schon gar nicht über twitter (Foto: ER)*

Die Weltsozialforen haben seither an Sprachrohrkraft verloren. Sie haben den Kampf um eine andere Welt verloren. Das ist sehr bedauerlich, weil die aufgezeigten gesellschaftlichen, ökologischen, wirtschaftlichen Probleme seit diesen frühen 2000er Jahren dramatisch angewachsen sind. Auf regionaler, auch kontinentaler Ebene leben die Impulse der diversen Sozialforen allerdings durchaus weiter und haben ihre eigenen Profile angenommen: die indigenen Organisationen in Chile oder Ecuador organisieren sich lautstark gegen neoliberale Potentaten, wie S. Piñera (Chile) und für den Erhalt der Biodiversität in Amazonien oder auf Borneo und treten für den eigentlichen Klimaschutz ein, wenn sie den Erhalt ihrer tradierten Lebensräume fordern – zwangsläufig gegen die Interessen der globalen Handelsketten aus Europa, aus den USA, aus China. Auch *Fridays for Future* gehört zu denen, die schnellstens eine Entwicklungsperspektive ohne Klimazerstörung einfordern. Diese Bewegungen können den Gewichtsverlust der Sozialforen nicht ausgleichen. Aber die angesprochenen Reformen der EU mit GREEN DEAL und LEADER und FARM to FORK bieten in den 2020er Jahren neue Chancen für eine andere, eine bürgerbeteiligte Welt. Für aussichtsreiche Formen der gesellschaftlichen Veränderungen stehen die zuvor angesprochenen Modelle regionaler Entwicklung in Skandinavien von Typ Cluster bzw. Regionen Aktiv in Deutschland.

Nur hat die Corona-Pandemie einmal mehr deutlich erkennen lassen, dass eine andere Welt ohne eine anders praktizierte Globalisierung keinen Sinn macht.



Eine andere Welt bedeutet auch : weniger Globalisierung

Mitte 2000 wurde der einstige Chef-Ökonom der Weltbank und einer der unabhängigen Ökonomie-Denker, Joseph Stiglitz, in einem Interview gefragt: **What was your reaction to the protests in April (2000) against the IMF and World Bank in Washington?**

Stiglitz: I thought they were very effective in conveying the sense of values and concerns that a lot of young people, and people generally in the U.S., have **beyond the narrow materialistic issues**. They are **concerned about poor people in developing countries**, about **democracy and democratic participation**, governance issues, and the **environment**. How can one object to Americans caring about **issues that go beyond our borders**, to caring about poor people?

Und dann kamen US-Präsidenten, wie G.W. Bush (2001-2009) und D. Trump (2016-2020) und nichts von diesen Stichworten des Joseph Stiglitz besaß irgendeinen politischen Wert. Der eine Präsident belog die Welt, um weiter Krieg führen zu können (Irak); der andere kannte nur die Sprechblase „America first“ und dachte dabei an sein privates Bankkonto; dachte auch daran, fracking-Gas in den EU-Markt zu drücken; lobte sich selbst, weil er (als Millionär) praktisch keine Steuern zahlte.....

Daher ist es wenig überraschend, wenn 2022 das Thema **Globalisierung** - insbesondere in Zusammenhang mit **Klimapolitik** – noch immer sehr kontrovers behandelt wird. Prinzipiell geht es um **zwei Optionen von globaler Machtssicherung**:

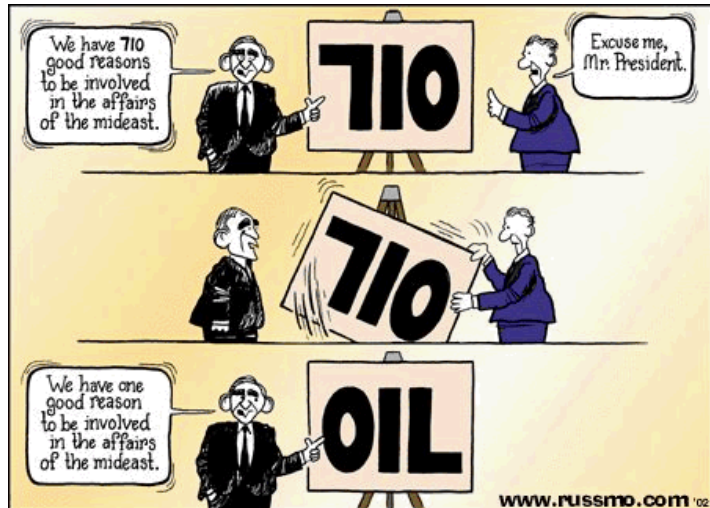
die **erste und älteste Option** setzt auf die uralte militärische Überlegenheit des einen gegenüber den stärksten Konkurrenten bzw. gegenüber dem Rest der Welt. Zu beobachten bei den Staaten mit den umfangreichsten und modernsten Waffensystemen: USA, VR China, Russland. Deren klassische

Machtpolitik schließt Kampfbereitschaft an Land, in den Meeren, im Welt-
raum ein – und überall auch mit katastrophalen Folgen für die Naturräume
und die Atmosphäre (Afghanistan). Nicht immer steckt böses Kalkül hin-
ter solchen globalen Machtansprüchen (wie z.B. bei Hitler). Es reicht auch po-
litische Kurzsichtigkeit oder der Druck einer
starken Lobby (z.B.
Öl), um globales
Machtgeplänkel anzu-
fachen,

*US-Kriegsmotiv für
Irak-Krieg*

Ein sehr kurzsichtiger
Brandbeschleuniger
wurde 2014 ausge-
rechnet die deutsche

„Klimakanzlerin“. Kurzsichtig, weil die Grundhaltung „weiter so“ mit der Be-
gründung „wir schaffen das“ und „das ist alternativlos“ den politischen Pano-
ramablick behindert:



Globale Machtsicherung auf militärische Art : Fall Krim/Ukraine

Im September 2001 hatte W. Putin als erstes russisches Staatsoberhaupt eine Rede im deutschen Bundestag gehalten. Auch weil er einen großen Teil auf Deutsch vortrug, gab es intensiven Beifall des Hohen Hauses. Dabei lautete einer der Kernsätze Putins: **lasst uns gemeinsam ein Europäisches Haus bauen, von Lissabon bis nach Wladiwostok.** An diese historische Einladung hat die deutsche Kanzlerin sich während ihrer gesamten Amtszeit offenbar nicht erinnert und entsprechend nicht daran mitgearbeitet. Das wäre die eigentliche und sinnvolle Osterweiterung geworden! Sie hätte wahrscheinlich auch mehr Demokratie für Russland bedeutet und weniger Giftmorde an russischen Oppositionellen.....

2014 lag dann ein Assoziierungsabkommen Ukraine-EU unterzeichnungsreif auf den Tischen in Kiew und in Brüssel/Straßburg. Nur hielt sich das Kanzleramt weit hinter den eigenen Erkenntnissen zurück und versuchte, die Moskauer Interessen an der Ukraine kleinzureden. Tatsächlich hatte jedoch W. Putin ebenfalls längst die ehemals sowjetische Republik Ukraine fest im Blick für den Aufbau einer „russischen EU“. Er nannte dieses neue Staatenbündnis aus alten sowjetischen Verbündeten: **Eurasische Wirtschaftsunion**. Darin sollte die Ukraine eine zentrale Rolle spielen. Und A. Merkel mußte das wissen. A. Merkel unterschätzte aber nicht nur das wirtschaftliche Interesse, das für Moskau nicht anders aussieht als für Brüssel oder Berlin: denn der

ukrainische Außenhandel zeigt einen hohen Anteil an Konsumgüter-Importen aus der EU / Russland und einen hohen Anteil an Rohstoff-Exporten in die EU / Russland. A. Merkel war immer zu stark auf US-Denkschemata ausgerichtet und unterschätzte die Wahrnehmungen der russischen Generäle. Sie zeigten am runden Tisch im Kreml ihrem Präsidenten und Geheimdienstkollegen Putin sehr nachdrücklich, wie sich die **NATO-Grenzen immer weiter in die ehemaligen sowjetischen Republiken hinein verschieben** (bis nach Georgien) – und erinnerten Putin an seine eigenen Worte 2007 bei der Münchner Sicherheitskonferenz, wo Putin die NATO warnte vor der weiteren Expansion in Richtung Osten.

Es hätte an der Stelle einer politisch klugen Kanzlerin bedurft, um mit Putin das Ukraine-Thema ohne NATO zu besprechen und sich auf das „gemeinsame europäische Haus“ zu besinnen. Diese Chance wurde im Kanzleramt offenbar übersehen. Die Folge: auch 2022 gibt es immer noch massive Drohgebärden zwischen Russland und NATO und immer noch sieht sich die ukrainische Bevölkerung durch weitere Kriegshandlungen bedroht und bleibt ihr Land im Osten schwer beschädigt. Nur spricht W. Putin nicht mehr vom „europäischen Haus“. Er stimmt sich jetzt mit Chinas Präsident Xi gegen die gemeinsamen Gegner EU, USA und NATO ab.

Die **zweite Option** von globaler Machtsicherung hat seit den 1980er Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen und hat sich dabei gleichzeitig stark verschoben: nach dem Zweiten Weltkrieg hatten noch global operierende Ölkonzerne – *Shell, BP, Exxon* – Regierungen vor sich hergeschoben und wie Kolonien behandelt.⁶⁸ Mit Microsoft und Bill Gates und im Folgenden mit *Google* und *Facebook* und *Twitter* und *Telegram* verschoben sich dann ab den 1980er und besonders ab den 1990er Jahren die Achsen des globalen Systems ganz erheblich und die Machtausübung der ICT-Konzerne erfolgte gleichzeitig immer weniger mittels sichtbarer Waffen.

Herrschaftssicherung dieser Multimilliardenkonzerne erfolgt seither über Emotionen (fake news), über Narzismus („selfies“), über unfassbar befeuerten Konsumrausch, d.h. Verschwendung an Rohstoffen und Energie. Also ebenfalls mit katastrophalen Folgen für die Naturräume und die Atmosphäre. Erleichtert wird das kriminelle Verhalten durch eine Politik, die unverhohlen von „Datenschutz“ redet, obwohl sich praktisch jede website zunächst mit

⁶⁸ Anfang der 1950 war Persien das Paradebeispiel dafür, wie die britische BP ihre Ölquellen in Persien ausbeutete. In einem Verhältnis von 92 : 8 % wurden die Erlöse aus dem Ölgeschäft zwischen BP und Teheran aufgeteilt. Als der persische Ministerpräsident Mossadegh wenigstens ein Verhältnis von 50 zu 50 forderte, mobilisierte BP erfolgreich den britischen und den US-Geheimdienst (MI5 und CIA), um den Störenfried Mossadegh aus dem Verkehr zu ziehen (er überlebte immerhin mit Hausarrest)....

diesem oder ähnlichem Text öffnet:

Ihre Privatsphäre ist uns wichtig [wieso ???]
Wir und unsere Partner speichern und/oder greifen auf Informationen auf einem Gerät zu, z.B. auf eindeutige Kennungen in Cookies, um personenbezogene Daten zu verarbeiten. Sie können akzeptieren oder Ihre Präferenzen verwalten, einschließlich Ihres Widerspruchsrechts bei berechtigtem Interesse. Klicken Sie dazu bitte unten oder besuchen Sie zu einem beliebigen Zeitpunkt die Seite mit den Datenschutzrichtlinien. Diese Präferenzen werden unseren Partnern signalisiert und haben keinen Einfluss auf die Browserdaten.

geschätzter Unternehmenswert von
ICT-Konzernen, 2021

Dass gegen diese zweite Option der Globalisierung – die Transnationalen Konzerne – nur mit großer staatlicher Zurückhaltung eingeschritten wird, hängt sicher auch mit ihrer „Systemrelevanz“ zusammen, die den Politiker klein und ehrfürchtig vor solchen Unternehmenswerten stehen läßt und erst nach vielen Jahren wenigstens einen abgespeckten Steuersatz einfordert (s.u., S.129).



Tatsächlich gibt es eine immer einflußreichere **dritte Option**, die weder militärisch noch unternehmerisch sichtbar operiert: **global vernetzte Kriminalität**. Hier operiert man unter Nutzung derselben modernen ICT, wie der militärische Sektor und unter Nutzung derselben Manipulationen der globalen Finanzwirtschaft, wie die „Flash-Boys“ der Wall Street und die Transnationalen Konzerne. Tiefdunkle Schattenwirtschaft. Sie reicht von der klassischen italienischen Mafia in Deutschland über die mexikanischen Drogenkartelle in Italien über die „Hochfrequenzhändler“ an der New Yorker Börse zu den Hedge-Fonds vom Typ Blackrock. Sichtbar werden gelegentlich die Wirecards und die Cum-Ex-Profitere, weil staatliche Regulierung sich auffällig desinteressiert zeigt und folglich weder Naturschutz noch Klimaschutz noch Energieeffizienz für die Akteure irgendeinen Stellenwert besitzen. Ein Bereich des außerordentlichen Staatsversagens, aber mit großem Einfluß gegen jede Form von Änderung der bestehenden Globalisierung.

Alle drei globalen Handlungsfelder beeinflussen maßgeblich die wirtschaftliche, aber vor allem auch die soziale und die ökologische Realität dieses Globus und sind daher auch ganz wesentliche Störfaktoren einer ernsthaften Klimapolitik. Aber werden klimafreundlichere Formen und Instrumente des internationalen Handels bei den G7-Treffen oder den G20-Treffen oder dem Weltwirtschaftsforum ernsthaft vorbereitet? Eher weniger.....

Denn die hegemonialen Staaten haben sich entweder autokratisch radikalisiert (China, Russland, Belarus, Türkei, Saudi Arabien....) oder die Transnationalen Konzerne betreiben so erfolgreichen Lobbyismus, dass ein intellektuell peinlich schwach ausgestatteter Mensch in das Amt des US-Präsident bugsirt werden kann. Der ist dann öffentlich stolz darauf, keine Steuern zu bezahlen und bringt entsprechend viel Verständnis auf, wenn auch die Milliarden-starken Konzerne kaum Steuern zahlen. Derselbe Präsident Trump kann dann auch keine Klimakatastrophe erkennen (oder identifiziert China als böswilligen Verursacher) und gibt folglich grünes Licht für weiteres Fracking von Öl und Gas und setzt Deutschland unter Druck, weil dort russisches Gas und nicht sein amerikanisches Gas verkauft wird.....

Weder von den Autokraten noch von den Kleingeistigen läßt sich daher erwarten, dass bei G7 oder gar bei G20 konstruktive Gemeinsamkeit für eine nachhaltige Globalisierung angestrebt wird.



G20-Mitglieder (2020)

keine Gesellschaft hat solche politischen Führer verdient



Genau genommen liegt genau hier, in diesen besonderen Führungseliten der G7- und G20-Staaten das vierte große, globale Problem: die **mittelmäßige politische Intelligenz dieser politischen Führer**. Sie hatten die komplexen Zusammenhänge der globalen Finanzkrise 2007-08 nicht ernsthaft analysiert und können daher auch die systemischen Schwachstellen der ausufernden Globalisierung nur oberflächlich einschätzen.

Was in Deutschland als **Prekarisierung** der Gesellschaft kritisiert wird (unüberbrückte Kluft zwischen Reich und Arm), gilt ebenso für die **Weltgesellschaft**. In der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte das Weltreich Großbritannien sich in Irland seinen „Brotkorb“ verschafft – nur verhungerten gerade dort Hunderttausende und wer konnte, migrierte in die USA. Heute ist der Brotkorb breiter im globalen Süden aufgestellt und wieder verhungern Millionen oder sterben

am eingeschleppten Krieg (Irak, Afghanistan, Syrien; Guatemala, Mexico; Westafrika, Nordafrika, Horn von Afrika) und versuchen auszuwandern. Nur, diesen Süden kann und will der Norden nicht aufnehmen. Darin liegt auch nicht die Aufhebung der Prekarisierung und erst recht nicht das Abbremsen der Klimakrise. Aber so, wie Königin Victoria sich lieber zur Kaiserin von Indien ausrufen ließ anstatt sich um die Menschen ihres „Brotkorbs“ zu kümmern, so zelebrieren heute die G7- und die G20-Staaten den „historischen Erfolg“ einer Krisenbewältigung mit der Einführung einer Mindestunternehmensbesteuerung. Die soll verhindern, dass die globalen Konzerne, wie Google, Amazon, Facebook oder Apple sich in Niedrigsteuerrändern (darunter Großbritannien) veranlassen können, wo sie nicht einmal für den transparenten Teil ihrer Geschäfte erkennbare Steuern zahlen. Sie sollen **ab 2023 (!) 15% Steuern** in dem Land zahlen, in dem sie ihre Geschäfte abwickeln. Ausgenommen von dieser „historischen“ Vereinbarung ist ausgerechnet der stärkste manipulative Wirtschaftssektor: Finanzinstitute. Sie dürfen das bleiben, was sie seit Jahrzehnten sind: die wichtigsten Geldwaschanlagen der angesprochenen globalen Konzerne (ihrer Aktionäre), wie auch für die elitäre Gruppe sonstiger Millionäre und Milliardäre (darunter Drogenbosse und warlords), die sich hinter den sog. *Panama-Papers* und *Pandora-Papers* vor Steuerzahlungen schützen können.⁶⁹

Unter diesen Bedingungen nach Klimaschutz oder nachhaltiger Wirtschaftspolitik zu fragen, macht weder bei den westlichen Industriestaaten der G7 viel Sinn und noch viel weniger bei der erheblich heterogeneren Gruppe der G20, von denen einige wirtschaftspolitisch stark angeschlagen sind. Vor allem nehmen Konflikte der alten Art (militärische Drohung) wie auch der neuen Art (Cyber-Krieg, digitale Ausspähung, Hacker-Attacken) besonders zwischen G20-Mitgliedern deutlich zu: USA gegen China, USA gegen Deutschland und Frankreich; China gegen Indien, China gegen Australien; EU gegen Großbritannien, EU gegen Russland, EU gegen Türkei u.a.m..

Innerhalb der EU wird einerseits die intransparente Haltung Chinas in der Covid-19-Katastrophe zum Anlaß genommen, stärker auf Distanz zu gehen. Aber vor allem die Instabilität der Lieferketten mit elektronischen und anderen Vorprodukten aus Asien führt immer deutlicher zu mehr regionaler Europa-basierter Produktion und Forschung. Symbolhaft war im März 2021 die 5-tägige Havarie eines der größten Containerschiffe der Welt, das im Suez-Kanal auflief und 350 weiteren Frachtern dadurch den Weg von Asien nach Europa versperrte. Damit war das Versorgungsprinzip „just in time“ empfindlich gestört.

⁶⁹ Deutsche Welle, 1.11.2021: ***Globale Steuerreform - Schluss mit Steuervermeidung großer Konzerne!***

TAZ, 5.4.2016: ***Steuerhinterziehung – Das Datenleck einer Anwaltskanzlei in Panama bringt weltweit 14.000 Reiche in Schwierigkeiten. Der Kampf gegen Korruption fängt damit aber erst an.***

der 400 m lange Frachter Ever Given sitzt quer im Suez-Kanal; just-in-time nach Europa ist unterbrochen
(Foto: TAZ, 29.3.2021)



Die Allianz-Versicherung kalkulierte den Schaden für den globalen Handel auf **bis zu 10 Mrd Dollar**, weil dadurch in Europa viele Produktionsprozesse verschleppt wurden und als Folge eine seit Jahrzehnten nicht erreichte Inflation die Volkswirtschaften und den einzelnen Bürger erheblich belastete.

Es gibt Stimmen, die sehen wegen all dieser globalisierten

Verwerfungen die Globalisierung im Rückwärtsgang und eine zunehmende Regionalisierung – gerade auch mit wachsender Bereitschaft in der EU. „My country first“, sagt zwar niemand, aber immer mehr Regierungen nehmen sich das vor. Bei der **OECD** sagt man inzwischen sogar: *Every country is different, and each will wish to find its own way. But we are struck by the wealth of insight and understanding which now exists across the field of academic economics and economic policymaking, from which solutions can be drawn.*⁷⁰ Ob diese Erkenntnis wirklich auch für **Indonesiens** Regierung gilt, die 2022 den Vorsitz der G20-Gruppe innehat – es darf gezweifelt werden. Denn der auch für die Klimabilanz so zentrale Artenreichtum interessiert weder die Regierungen in Indonesien noch die US-Konzerne oder die aus Europa, wenn sie den Regenwald der nur mit Amazonien vergleichbaren Insel Borneo „inwertsetzen“. Es ist der Dreierpack aus Tropenhölzern, Erdöl und **Ölpalmpflanzungen**, der dort in Wert gesetzt wird. Und das wird sich auch nicht dadurch ändern, dass Indonesien seine Hauptstadt Jakarta von Java weg unter dem Namen Nusantara nach Borneo umsiedelt. Als Erstmaßnahme werden dafür schon mal 6000 Hektar Regenwald gerodet. Nusantara schützt den Regenwald so wenig, wie die Hauptstadt Brasilia den Amazonas Regenwald schützt.

Denn für die Überausbeutung dieser neben den Ozeanen wichtigsten Überlebensquelle der Menschen sorgen besonders gerne die Nahrungsmittelkon-

⁷⁰ OECD-Generalsekretär **Mathias Cormann** aus dem deutschsprachigen Teil Belgiens: **BEYOND GROWTH: TOWARDS A NEW ECONOMIC APPROACH** (Report of the Secretary General's Advisory Group on a New Growth Narrative), 17-18 September 2019

zerne, wie Kelloggs und Unilever einerseits und die US-Energiekonzerne andererseits, um vom arabischen Öl weniger abhängig zu werden. Aber auch die Europäer, um sich gegenüber Russland besser behaupten zu können und um vorherigen Regenwald zunächst zu Palmöl und dann zu Bio-Diesel zu veredeln.....



„wertloser“ Regenwald wird auch mit europäischer Unterstützung in „wertvolle“ Ölpalmen-Plantagen verwandelt, Borneo

In diesem Beitrag geht es insgesamt nur in dem Maße um Globalisierung als daran erinnert wird, wie unglaublich durchschlagend die genannten staatlichen wie privaten Akteure auf der Meta-Ebene der Globalisierung agieren können. Diese Globalisierung erscheint wenig beeinflussbar, veränderbar zu sein. Und dennoch gibt es durchaus Ansatzpunkte für das Motto „eine andere Welt ist möglich“ und dadurch auch ernstzunehmende Beiträge für eine positive Klimapolitik. Vorgestellt und erinnert wurde schon an die dezentrale Regionalentwicklung, die **regionalen Cluster** und manche **LEADER-Projekte**. Hierher gehört ebenso das Prinzip der **Kreislaufwirtschaft**. Wieder bietet Skandinavien den konkreten Einblick:

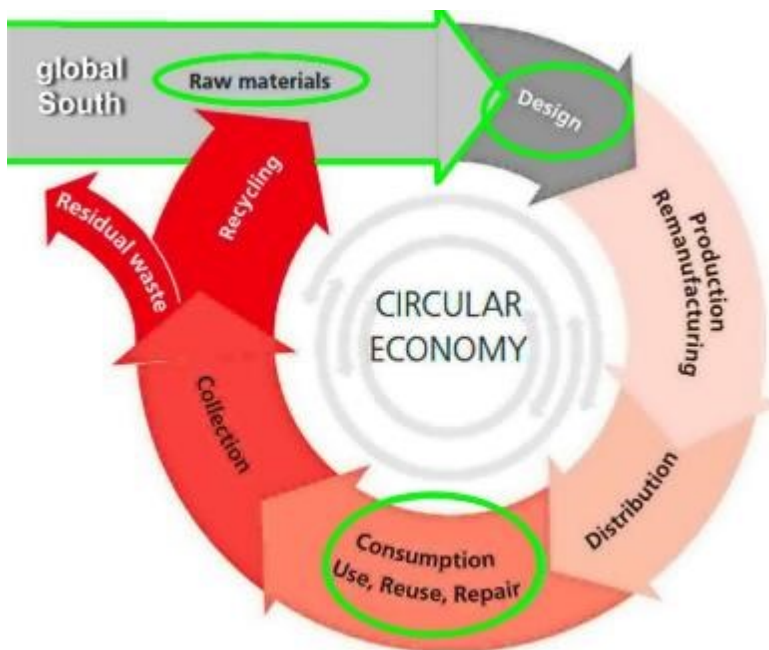
Eine andere Welt funktioniert mit realer KREISLAUFWIRTSCHAFT

Ausgangspunkt ist die (keineswegs neue) Erkenntnis, dass die Fortschreibung bis 2050 des aktuellen Rohstoffverbrauchs der Weltbevölkerung eine zweite oder gar dritte Erde erzwingt. Darin sieht sich die EU-Kommission einig mit dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen: *There is only one planet Earth, yet by 2050, the world will be consuming as if there were three. Global*

consumption of materials such as biomass, fossil fuels, metals and minerals is expected to double in the next forty years, while annual waste generation is projected to increase by 70% by 2050.⁷¹

Aus dieser Erkenntnis leiten EU und UN die dringende **Überführung der bisherigen „Marktwirtschaft“ in eine zukunftsfähigere „Kreislaufwirtschaft“** ab.

Kreislaufwirtschaft ist dabei erheblich umfassender als bloßes Recycling bzw. intensivere Abfallbewirtschaftung. Kreislaufwirtschaft ist unmittelbarer Rohstoff- und damit Naturschutz, bedingt eine degressive Energiepolitik anstelle exorbitanter Wachstumsziele und ist die eigentliche Basis zukunftsfähiger Klimapolitik. Kreislaufwirtschaft ist hoch komplex und nicht mit Sprechblasen à la Merkel oder à la Altmaier zu leisten und auch nicht mit ambitionierten Staatspräsidenten, die sich den Ausbau der Atomenergie schön reden. Als Kreislaufwirtschaft als grafische Zusammenfassung:



Schema Kreislaufwirtschaft mit Schwerpunkten:⁷²

- **Produkt-Design**
- **langlebiger Nutzen**
- **Abfall als Rohstoff**
- **global nachhaltiger Rohstoffbezug (kein Extraktivismus)**

Daraus ergeben sich viele weitere Handlungsfelder.

Kreislaufwirtschaft muß nicht mehr erfunden werden. Sie muß vor allem im globalen Norden praktiziert werden. Es gibt einige Länder, die sehen sich schon auf dem richtigen Weg in Richtung Kreislaufwirtschaft:

⁷¹ EU-Kommission, 11.3.2020: A new Circular Economy Action Plan. Und UN-Nachhaltigkeitsstrategie (<https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-consumption-production/>)

⁷² übernommen aus ER: *Circular Economy – C2C Revolution*, (Vortrag Riga und Uni Rezekne) 2016

<p>JAPAN</p>	<p>NO ACTUAL VISION, BUT JAPAN IS CONSIDERED A RECYCLING PIONEER IN THE WORLD.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Japan currently does not have an actual circular economy roadmap or vision. Japan is a pioneer in recycling, as there is very little space and a lack of raw materials in the country • Japan has focused its efforts particularly on waste management regulation, and the country has enacted revolutionary waste legislation, which often takes the entire product lifecycle into consideration. For example, each person purchasing a vehicle in Japan is required to pay for its recycling
<p>AUSTRALIA</p>	<p>NO ACTUAL VISION, BUT STRATEGIC STEPS HAVE BEEN TAKEN TOWARD THE CIRCULAR ECONOMY IN THE STATE OF SOUTH AUSTRALIA.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • The new Waste Strategy 2015–2020 focuses on the recycling of landfill waste as well as material and resource efficiency. • Newly formed state government organisation Green Industries SA, whose purpose is to monitor implementation of the waste strategy. • The new Climate Change Strategy, so that the state can achieve its zero net emissions target by the year 2050

Japan und Australien sehen sich auf dem Weg, zäumen aber – sie nicht allein – das Pferd von hinten auf: bei der Abfallverringerung.⁷³ Die ist dann wichtig, wenn beim Produkt-Design gleich das kleinst mögliche Abfallaufkommen mitgedacht wird. Ebenso wie effizienter Energieeinsatz und die kürzest möglichen Vertriebswege. Ganz wichtig bleibt allerdings auch für Abfallreduzierung die gewährleistete Haltbarkeit/Reparierbarkeit des Produkts, um aufgrund langer Lebensdauer die Nachfrage nach neuen Rohstoffen und nach aufbereiteten abzusenken.

Schottland ist schon einen Schritt weiter und benennt die Sektoren, für die Kreislauf gelten soll:

<p>SCOTLAND</p>	<p>"MAKING THINGS LAST"</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Scotland is focusing its circular economy strategy on four different areas: 1) Food and drink; 2) Remanufacture; 3) Construction and the built environment; and 4) Energy infrastructure • Waste management is a key focus uniting all four areas: Scotland's goal is that 70% of all waste generated will be recycled by the year 2025
-----------------	-----------------------------	--

2015 hatte die **EU-Kommission** für die ganze Gemeinschaft ein erstes Kreislauf-Konzept vorgelegt: ***Closing the loop – An EU action plan for the Circular Economy***. Darin prominent angesprochen waren punkte, wie die Selbstverpflichtung der Staaten zur Politik der Nachhaltigkeit in einer ganzen Reihe von Wirtschaftssektoren, wie Plastik, Nahrungsmittelschwendung, Bauwesen, sensibler Rohstoffe, industrieller und Bergbau-Abfall, Konsumsektor und öffentliche Beschaffung. Schottland war eines der Länder, die auf die Selbstverpflichtung ernsthaft eingingen. Aber es wurde schnell deutlich, dass die meisten EU-Regierungen auf konkrete Unterstützung warteten. Die fand sich auch,

⁷³ SITRA: *Finnish road map to a circular economy 2016–2025*, 2019

u.a. als groß angelegte Unterstützung für innovative Projekte unter dem Schirm der EU-Forschungsförderung **Horizon 2020** ⁷⁴

Horizon 2020
Budget zur
Unterstützung
prinzipieller Be-
reiche von Kreis-
laufwirtschaft

Ohne auf die
Covid-Verwer-
fungen einzu-
gehen, ist die
ursprüngliche
Schwerpunkt-
setzung dieser

Proposed funding (€ million, 2014-2020)	
Health, demographic change and wellbeing	7 472
Food security, sustainable agriculture and forestry, marine and maritime and inland water research and the Bioeconomy	3 851
Secure, clean and efficient energy *	5 931
Smart, green and integrated transport	6 339
Climate action, environment, resource efficiency and raw materials	3 081
Inclusive, innovative and reflective societies	1 310
Secure societies	1 695
Science with and for society	462
Spreading excellence and widening participation	816

* Additional funding for nuclear safety and security from the Euratom Treaty activities (2014-2018)

Haushaltsplanung für ein so wichtiges Programm, wie *Horizon 2020* aufschlussreich: der Bereich „nachhaltige Land- und Forstwirtschaft; Meer und Süßwasser; Bioökonomie“ wird ebenso deutlich wie „Klima, Umwelt, Rohstoffe“ zugunsten von Sektoren, wie „*Transport*“ und „*Energieeffizienz*“ zurückgestellt. Wobei Energieeffizienz die erkennbare große Aufmerksamkeit verdient – solange **Atomenergie** nicht als „grüne“ Energie von der Kommission anerkannt und finanziell gefördert wird, wie es Präsident Macron auch gegen die Atom-Aussteiger Deutschland, Österreich und Belgien durchzusetzen versucht. Und solange nicht Polen heftig gegen die Gas-Pipeline Nord Stream argumentiert und selber festhält an seiner nationalen **Kohle**. Im EU-Rahmen bietet ein umfassenderes Verständnis von Kreislaufwirtschaft **erst am EU-Rand, in Finnland.**

Finnischer Praxistest : lokale / regionale Kreislaufwirtschaft

Seit 2020 wird in Finnland ein regionales Zertifikat vergeben: **Sustainable Travel Finland**. Eine einzelne ökonomische Einheit (Reisebüro, Bauernhof) muß dafür 7 Kriterien erfüllen, eigentlich eine Entwicklungsplanung vorlegen, die

⁷⁴ EU: *Horizon 2020: The New EU Framework Programme for Research and Innovation 2014-2020*

auch staatlicherseits kontrolliert wird. Das politische Ziel ist aber nicht das einzelne Unternehmen, sondern die Region, in der das Unternehmen aktiv ist. Daher wird auch eine ganze Region dann zertifiziert, wenn mindestens die Hälfte aller regionalen Betriebe die Kriterien erfüllen.

Jyväskylä, nördlich von Helsinki, in der Region der Wälder und Holzfabriken und Fisch-reichen Seen und Waldbeer-fressenden Braunbären wurde als Modellregion ausgewählt. Eine Modellregion schon von Natur aus geschaffen für Öko-Tourismus. Das Zertifikat erweitert aber den Begriff der Nachhaltigkeit über nachhaltigen Tourismus hinaus auch auf Geschichte, Kultur, Lebensweise der regionalen Akteure aus.

Dazu passt dann sogar ein sehr nachhaltiger und gleichzeitig kulturell symbolträchtiger Kirchbau: Symbolträchtig ist diese protestantische Kirche in Jyväskylä-Kuokkala nicht nur wegen der klimafreundlichen Holzkonstruktion. Sie ist auch als integrativer Kulturträger entstanden, in Anlehnung an eine Sami-Koche mit Wassersymbolik an der Stirnwand und dem offenen Blick zum Himmel.

Symbolkräftige Holzkirche, Jyväskylä-Kuokkala (Foto: ER)



Jyväskylä steht als Modell für regional ausgerichtete Kreislaufwirtschaft, vergleichbar den schwedischen oder norwegischen Cluster. Modellstadt/Region bedeutet in Finnland allerdings nicht, dass dieses Modell konkurrenzlos in sich selber ruhen kann. Ein Konkurrent heißt jedenfalls Turku, eine der Kulturhauptstädte Europas (2011):

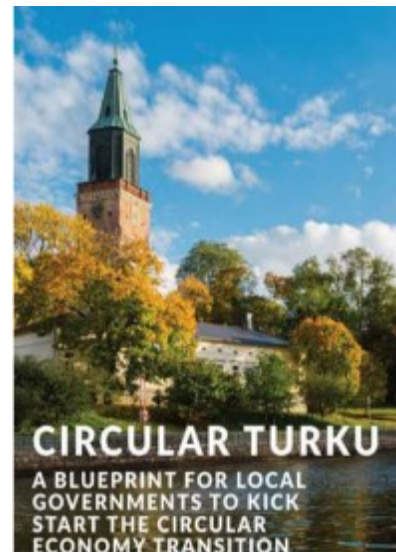
Modell Turku : urbane Kreislaufwirtschaft

Turku, die alte Hauptstadt, steht immer auch in Konkurrenz zu Helsinki, das der russische Zar erst zur Hauptstadt gemacht hatte. Und diese Konkurrenz bedeutet dann, noch besser zu sein als was Helsinki vorgibt. Turku will die führende Stadt für Kreislaufpolitik in Finnland sein und möglichst in Europa. Turku arbeitet aber gleichzeitig auch am Klimaziel von 1,5° und ist vor allem in dem Punkt direkt vergleichbar mit dem schwedischen Växjö (s.o., S.82 f).

Turku hat seine Treibhausgase seit 1990 um die Hälfte verringert, und zwar durch Ausbau erneuerbarer Energien, durch Dekarbonisierung der Ferngasheizung, durch elektrifizierten lokalen ÖPNV. 2029 könnte Turku daher klimaneutral sein.

Um die Klimaneutralität stabil zu halten, wird wiederum Kreislaufwirtschaft in allen Sektoren gefordert und gefördert. Das reicht von der Stadtverwaltung über die Industrie- und Transportunternehmen der wichtigen Hafenstadt bis zur Sensibilisierung der einzelnen Bürger. Mehr als 200 Akteure aus Turku waren an Konsultationen beteiligt, um eine regionale Kreislaufwirtschaft realitätsnah aufzustellen und um dieses Programm dann z.B. auch bei dem Weltklimagipfel in Glasgow 2021 als integrierten Weg einer Klimapolitik vorzustellen. Dabei weiß man auch in Turku, dass die Klimapolitik nur gelingen kann, wenn sie nicht auf die Stadt allein reduziert bleibt. Ähnlich wie bei den schwedischen Cluster oder auch in Jyväskylä, zählt vor allem der regionale Ansatz. Turku hatte Mitte 2021 gut 20 regionale Kommunen und Unternehmen zur Beteiligung an dem innovativen Wirtschaftsverständnis eingeladen, um die erstrebten Klimaeffekte zusammen mit dem Lifestyle-Änderungen und der Umgewichtung im Konsumverhalten sowie der Mobilitätsfragen einvernehmlich zu klären.

Die Schwerpunkte der Turku Road Map lauten letztlich: Nahrungsmittel, Logistik/Transport, Bausektor, Energie und Wasserqualität – und wie in Jyväskylä auch: immer mit dem Seitenblick auf den Erhalt der regionalen Biodiversität. Und was für die Bürger zum wichtigsten Aspekt gehört: die Road Map-Maßnahmen werden immer auch auf ihren Beitrag für den lokalen/regionalen Arbeitsmarkt überprüft. Gerade deswegen nimmt sich die politische Führung von Turku selber in die Pflicht und erklärt sich vor allem selbst verantwortlich, um die richtigen Impulse für eine Kreislaufwirtschaft zu setzen:



Turkus Selbstverpflichtung zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft ⁷⁵

(1) Manage	(2) Incentivize	(3) Regulate	(4) Mobilize	(5) Inform
Urban planning, asset management and infrastructure development support resource wisdom.	Taxes, subsidies and other economic and non-economic incentives support the circular economy transition.	Local regulation, including public procurement, creates the enabling conditions for the transition to a circular economy.	The city empowers and supports circular economy actors and facilitates cooperation.	Information campaigns, research etc contribute to growing the circular economy knowledge base.

⁷⁵ CIRCULAR TURKU - A Roadmap Toward Resource Wisdom, 2021

Die Ernsthaftigkeit der Turku-Selbstverpflichtungen zeigt sich in zentralen Bereichen, wie:

Kreislaufwirtschaft und Energie

In 2020 bestand die Energieversorgung schon zu 80% aus Erneuerbaren. Die kommunale Wärmeversorgung wird von einem Multienergieversorger geleistet, überwiegend auf der Basis von Bioenergien (Forstabfälle, Industrierückstände, Restwärme aus Abwasserbehandlung; 10% Geothermie). Modell für Restenergien aus Abwasser und Geothermie ist eine große Anlage von Studentenheimen. Eingerichtet ist aber auch Energiespeicher, um Überschussenergien aufzufangen und in Stoßzeiten zur Verfügung zu stellen. Bei der Optimierung der erforderlichen Techniken ist die Universität von Turku engagiert. Für diese bisher schon eingeleiteten Maßnahmen und für weitere geplante leistet die Stadtverwaltung bei ihren Selbstverpflichtungen sehr viel Informations- und Überzeugungsarbeit in der Abteilung (5) Information. Dennoch kommt es vor, die kommunale Planung über die Köpfe einiger Anwohner-Gruppen oder Stadtteile hinweg erfolgt. Das tritt ein, wenn geplante Windparks auf Widerstand stoßen oder wenn zu große kommunale Flächen für Solaranlagen genutzt werden sollen. Ähnlich wie im schwedischen Beispiel Värmland werden dann die Türen für interessierte Bürger geöffnet, um ihre Argumente in die Planungsausschüsse einzubringen. Was nicht passieren soll, sind Biogasanlage, die auf Monokulturen (Mais) oder geschredderten Baumstämmen basieren, wie sie Deutschland schon deutlich kritisiert wurden als der falsche Weg zur Energiewende.....

*Biogasanlagen in Mecklenburg:
kein Vorbild für Turku*



Allerdings gab es auch in Deutschland trotz der neoliberalen Merkel-Regierungen erfolgreiche Initiativen zu „Energie in Bürgerhand“. Eine wurde vom US-Präsidenten Barak Obama hochgelobt und ausgezeichnet (nicht von Kanzlerin

Merkel) und darf seither als Modell für regionale Energiewende angesehen werden:



Präsident Obama zeichnet die Bürgerinitiative Regenerative Energien Schönau (Schwarzwald) mit dem Goldman Environmental Prize im Oval Office aus (2011)

Im selben Jahr 2011 gründeten sich im Übrigen 167 Energiegenossenschaften in Deutschland. In den Folgejahren wurde es ihnen von der Politik immer schwerer gemacht.⁷⁶ 2020 gab es wegen immer größerer bürokratischer Hürden nur 13 Neugründungen. Daraus lassen sich dann auch für Finnland „lessons learnt“ für eine klimafreundliche Energiewende ableiten: fast 900 Energiegenossenschaften haben bis Ende 2021 zusammen bereits 3,2 Milliarden Euro in die Energiewende investiert und sich dabei oft mehrere Standbeine geschaffen:

- 80 Prozent der Bürgerunternehmen haben Geld in die Photovoltaik investiert,
- 30 Prozent in Strom aus Windkraft. Ferner betreiben
- 19 Prozent der Bürgerunternehmen ein lokales Wärmenetz,
- 36 Prozent liefern Strom,
- 11 Prozent betreiben Speicher und
- 15 Prozent haben zudem in Energieeffizienz investiert.⁷⁷

Farm to Fork – nachhaltige Ernährung

Turku übernimmt eines der wichtigen klimarelevanten Programme der EU-Kommission, weil es zu beidem gehört: zur Klimapolitik wie auch zur Kreislauf-

⁷⁶ lebendige Realitätsbeschreibung findet sich z.B. in Andreas Markowskys Buchlein „Klimaschänder. Gewinner von gestern – Loser von morgen“, 2022

⁷⁷ Angaben aus TAZ, 20.11.2021: *Mehr grüne Energie wagen*

wirtschaft und der Stabilisierung des Turku-Cluster dient. Turku will die Nahrungsmittelproduktion ausgewogen und auf die regionalen Produkte konzentrieren, um die Wertschöpfung kompakt zu halten, um so sparsam wie möglich mit den erforderlichen Ressourcen umzugehen, aber auch, um den Endverbraucher so nah wie möglich am Produktionsort/Produktionsprozess zu sehen. Letzteres ist für urbane Bevölkerung immer kompliziert. Turku setzt daher sowohl auf „urban gardening“ und auf breite Information in Medien und Bildungseinrichtungen, einschließlich der Betriebskantinen und Restaurants. Dabei spielt auch das sozialpolitische Ziel eine Rolle: durch verkürzte Mehrwerterschöpfung („value chain“) erhöht sich die Chance für die regionalen/urbanen Arbeitskräfte, selber stärker am Ertrag ihrer Arbeit zu profitieren (anstelle vernetzter Handelsketten).

Für urban gardening findet sich wieder eine „lesson learnt“ in Deutschland: die alte Römerstadt Andernach am Rhein kann als Modell angesehen werden, Andernach, das sich selber als „Essbare Stadt“ präsentiert. Denn vor der alten Burgmauer mitten im Stadtzentrum ernten Bürger Gemüse aus dem Burggraben, das zu Hause top-frisch auf den Tisch kommt: Zwiebel, Salat, Kohlrabi. Die Vorzeigestadt für „urban gardening“ und für Stadtökologie wurde 2012 mit der **Goldmedaille** beim Wettbewerb "Entente Florale" ausgezeichnet.⁷⁸ Mit ihrer **Stadtökologie** reagieren hier Bürger und Stadtverwaltung sowohl auf den Klimawandel durch konsequentes Anpflanzen von Gehölzen und Bäumen wie auch durch die neuen innerstädtischen Gartenflächen auf die sinkende Nahrungsmittelqualität der internationalen Food-Industries und stärken überdies die regionale Artenvielfalt durch den Einsatz einheimischer Nutzpflanzen und alter Sorten, die wiederum auf einem großen Permakultur-Areal vor den Toren der Stadt herangezogen werden.

Wasserwirtschaft

Turku hat sich in den letzten Jahren in beiden Bereichen qualifiziert: Frischwasser-Behandlung und Abwasser-Recycling. Zum Recycling-Prozeß in der Anlage *Kakolanmäki* gehört auch die Abschöpfung der Abwasserwärme und die Einspeisung in das kommunale Fernheizsystem (aktuelle Nutzer: 15.000 Wohneinheiten). Der Klärschlamm wird überwiegend als Agrodünger eingesetzt und unterstützt damit das *urban gardening*. Zur positiven Bilanz zählt letztlich, dass die anliegenden Seen nur sehr wenig durch die städtischen Abwässer belastet werden und damit auch die Biodiversität geschützt bleibt. Und letztendlich reduziert sich der Frischwasserbedarf. Turku besitzt als Stadt und Region eine vergleichbare Ausstrahlung auf andere Städte, wie Finnland als Land innerhalb der EU. Das macht sich das ICLEI-Städtenetzwerk zunutze

⁷⁸ **Entente Florale** ist ein europaweiter Wettbewerb, der die Bürger in Städten, Gemeinden und Dörfern dazu anhalten will, die Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen.

und transportiert die Turku-Erfahrungen in Kreislaufwirtschaft mit den positiven Klimaeffekten weltweit, um möglichst viel beizutragen zu einer andersgestalteten Weltordnung.

Damit wird auch deutlich: der Blick darf in Finnland von der lokalen und regionalen Ebene auf die nationale gerichtet werden. Dabei wird erkennbar, dass gerade in Finnland die Initiative für eine nationale Kreislaufwirtschaft viel Sinn macht, weil es eine starke Basis dafür im Land gibt. Es ist eher ein bottom-up-Prozeß als ein top-down-Prozeß. Darin liegt der wesentliche Unterschied zu den top-down-Sprechblasen, die in Deutschland 16 Jahre lang unter denselben Überschriften verkündet wurden: Klimaschutz, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit ohne Ende aber nur dort erkennbar wurden, wo lokale Bürgerinitiativen unabhängig von Berliner Sprechblasen eigene Projekte planten und umsetzen.



Turku, integrierte Abwasser-Aufbereitung Kakolanmäki

Finnlands *ROAD MAP TO A CIRCULAR ECONOMY 2016-2025* : Initiative mit EU-Ausstrahlung

2017 öffnet Finnland ganz weit die nationale Tür zur Kreislaufwirtschaft mit dem ersten ***World Circular Economy Forum*** in Helsinki. Diese Tür öffnete sich für ganz Skandinavien (einschließlich Estland, das sich eher zu Skandinavien

zugehörig fühlt). Finnland will führend in der Welt sein bei allem, was Kreislaufwirtschaft betrifft. Nicht mehr und nicht weniger. Dazu konzentrieren sich Regierung und Gesellschaft auf die eigenen Stärken des Landes. Darin ist das gleiche skandinavische Denken zu erkennen, wie bei den schwedischen und norwegischen Cluster: aktives Interesse am Erhalt und der Stärkung der sozialen, ökonomischen, kulturellen Identität, um das sicherzustellen, wofür Finnland schon mehrfach ausgezeichnet wurde.

Die Finnen sahen daher keine Schwierigkeiten darin, die Erkenntnisse ihrer Weltkonferenz für das eigene Land in den ersten nationalen Entwicklungsplan für Kreislaufwirtschaft zu integrieren:

“Finnish Road Map to a Circular Economy 2016-2025.” Darin sind für Finnland ganz konkret auch die eigenen Erfahrungen mit der lokalen / regionalen Kreislaufwirtschaft eingeflossen.

In Finnland sind aber die intellektuellen Köpfe hinter der „Road Map“ keineswegs blind für die noch vorhandenen Schwächen und Risiken. Dazu gehören auch in Finnland:

- die Möglichkeit, dass die durch Kreislauf und Nachhaltigkeit eingesparten Ressourcen genutzt werde, um mehr vom Selben zu produzieren
- die Möglichkeit, dass manche Maßnahmen sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen und die gesellschaftliche Rechnung nicht verstanden wird
- die Möglichkeit, dass die andere Organisation von Direktvermarktung (*farm to fork*) und die verstärkte Abkehr von der Globalisierung auch Unzufriedenheit schafft
- die Möglichkeiten, dass Ordnungspolitik und Bildung und Ausbildung nicht zügig genug Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz unterstützen
- auch die Möglichkeit, dass die angedachten Finanzierungsinstrumente nicht im geplanten Sinne greifen.

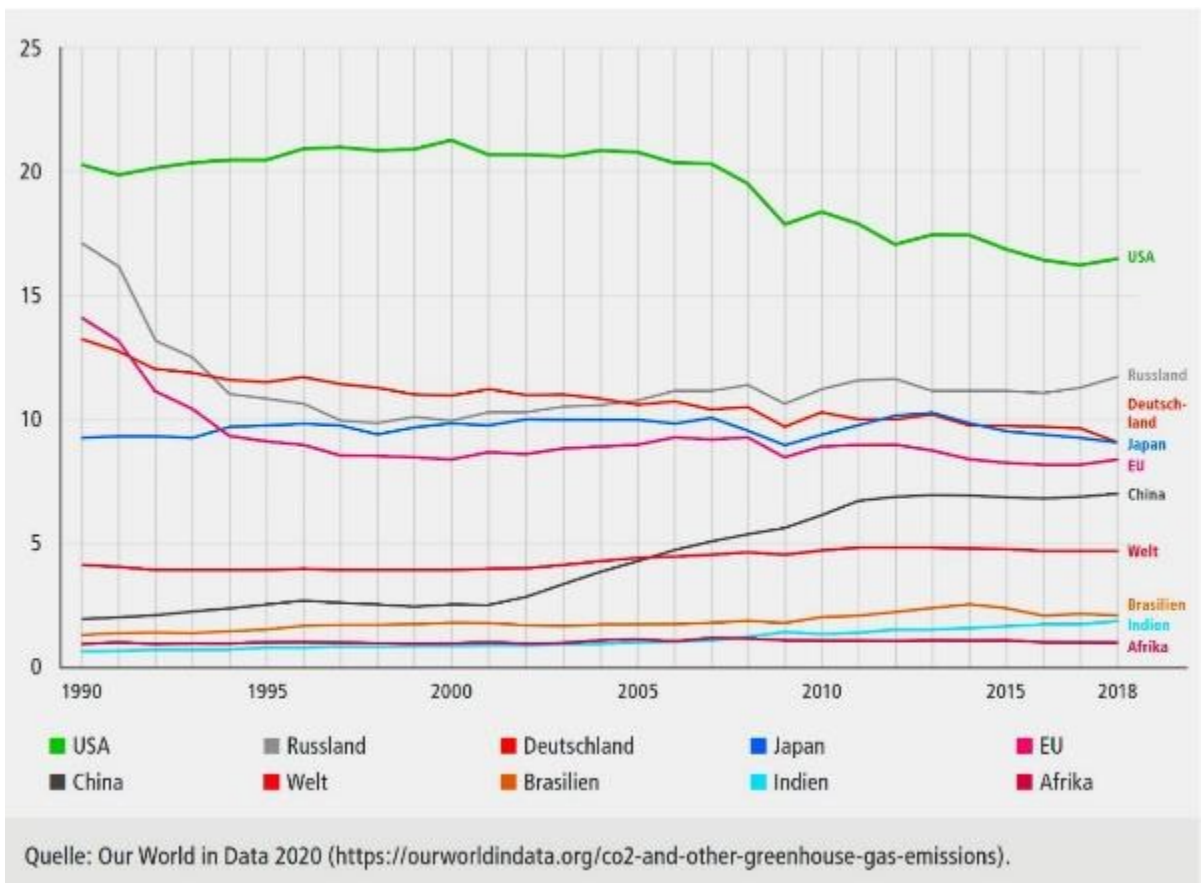
Während seiner EU-Ratspräsidentschaft in 2019 (2. Jahreshälfte) nutzte Finnland diese Position, um auch dem Thema „**europäische Kreislaufwirtschaft**“ mehr umfassendes Gewicht zu geben – und zwar mit Blick auf die insgesamt schon vorliegenden Erfahrungen aus Skandinavien wie auch mit Blick auf die noch offenen Fragen und Risiken.⁷⁹

⁷⁹ Das Kreislauf-Wirtschafts-Forum 2019 schickte eine eindeutige Aufforderung an die politische Führung der EU: The global circular economy event the World Circular Economy Forum 2019 presented the most advanced circular economy solutions for governments, industries, businesses and citizens– and put pressure on the EU to strengthen the lead. (<https://www.sitra.fi/en/news/wcef2019-sends-a-strong-message-to-the-eu/>)

Ausblick welch ein Ausblick

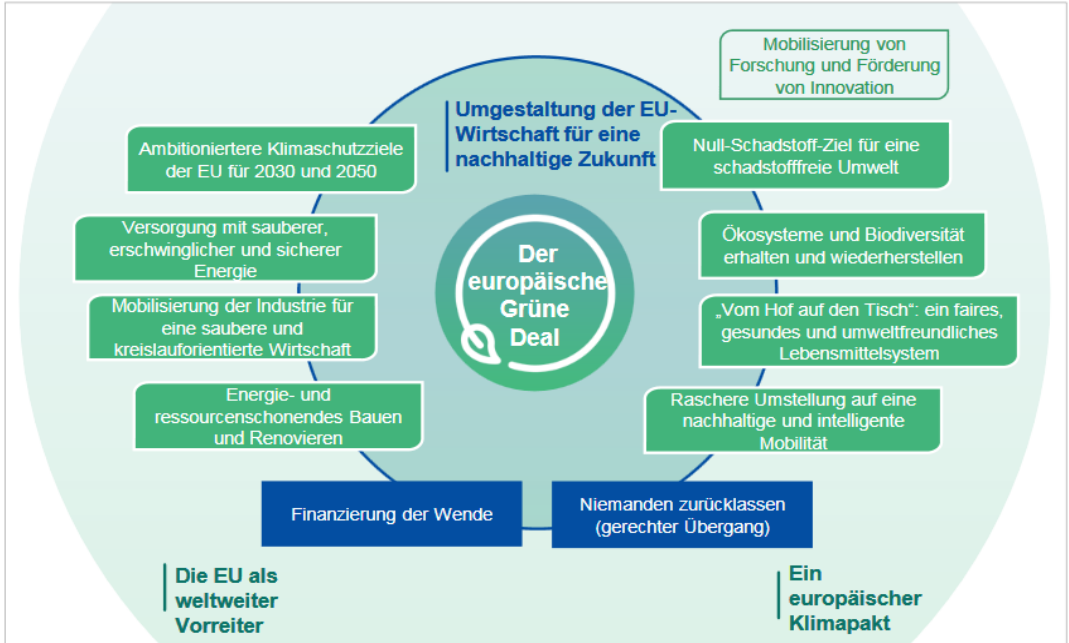
Für Finnland, wie für andere europäische Länder, ist es naheliegend, Kreislaufwirtschaft mit den **17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (2015-2030)** zu verknüpfen und darüber hinaus mit dem europäischen **Green Deal** der EU-Kommission von 2019. Wahrscheinlich wird die Ernsthaftigkeit des Änderungswillens in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erst erkennbar, wenn diese Verknüpfungen tatsächlich erfolgen. Dass sie erfolgen müssen, zeigt allein die bescheidene Bilanz nach den ersten 5 Jahren der beschlossenen Nachhaltigkeitsziele für den Klimaschutzbereich. Die weltwirtschaftliche Schwächung nach den Krisenjahren 2007/08 wurde ebenso zügig aufgeholt, wie alle Anstrengungen gemacht werden, um die Effekte der Covid-Pandemie schnell auszugleichen – weitgehend zur erneuten Steigerung des Energieeinsatzes wie des gesteigerten Ressourcenverbrauchs.

Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen 2015-2030
Klimagas-Kurven der einflußreichsten Länder

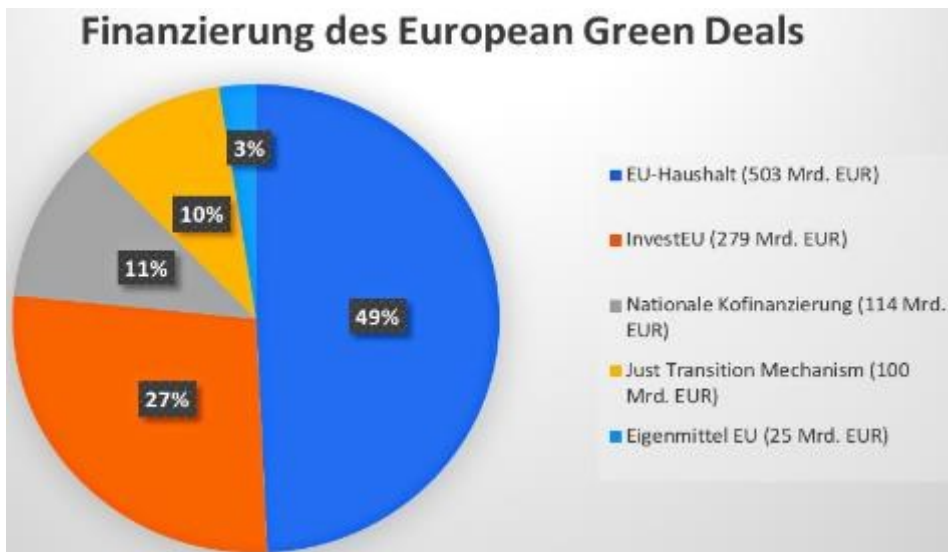


Ihren **Green Deal** hatte die EU-Kommission mit viel Selbstüberzeugung der Öffentlichkeit vorgestellt mit dem Kernsatz: **Umgestaltung der EU-Wirtschaft für**

eine nachhaltige Zukunft. Ziel und Indikator zugleich ist die angestrebte Klimaneutralität bis 2050 für die EU als Ganzes (s.o., S.106 ff):



Aber gegenläufige Bestrebungen gibt es auch in der EU als Ganzes, gerade in der EU als Ganzes. Und das wird sich in den nächsten Jahren (nach Abklingen der Covid-Pandemie) noch deutlich beim Thema Finanzierung des Green Deal und der vernetzten Programme zeigen. Das ist allein schon deswegen unvermeidlich, weil der Green Deal mit einem dazugehörigen, gewaltigen Finanzpaket aus staatlichen und privaten Quellen angekündigt wurde. Innerhalb des Jahrzehnts 2021-2030 sollen aus den verschiedenen Quellen gut 1000 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Davon aus dem EU-Budget alleine nur gut 500 Milliarden.



Neben dem eigentlichen EU-Haushalt zur Green-Deal-Finanzierung (503 Mrd €) muß daher eine komplexe zweite Budget-Hälfte die Umsetzung des Green Deal bis 2031 absichern:

■ **InvestEU (279 Mrd. EUR)** bedeutet:

eine geringe Menge Geld aus dem EU-Haushalt soll als Katalysator für die Anwerbung einer vielfach höheren Menge Geldes eingesetzt werden. Erwartet wird die Gesamtsumme von 279 Mrd

■ **Nationale Kofinanzierung (114 Mrd.)** bedeutet:

Gelder müssen die Mitgliedsstaaten bereitstellen, um ihrerseits EU-Mittel beantragen zu können. Erwartet werden 114 Mrd €.

■ **Just Transition Mechanism (100)** bedeutet:

Hilfsgelder für Mitgliedsländer, die sich besonders schwer tun mit dem Übergang zu einer konstruktiven Klimapolitik (z.B. Polen, das an seiner Kohle-Politik festhält). Die Mischung aus verschiedenen EU-Fonds mit Mitteln der Länder sollen 100 Mrd € erbringen.

■ **Eigenmittel EU (25 Mrd. EUR)** bedeutet:

sie sollen sich aus Sondereinnahmen ergeben, z.B. für nicht recycelte Kunststoffverpackung oder aus dem Emissionshandel (CO₂); aber auch aus der neu vereinbarten Besteuerung von ICT-Konzernen (s.o., S.100); insgesamt werden 25 Mrd € erwartet.

Die erwartbaren „Nebenwirkungen“ dieses Mammut-Budgets haben zwangsläufig sofort Kritiker mit sehr unterschiedlichen Motivationen auf den Plan gerufen. Die großen Nutznießer der diversen EU-Programme fürchten, dass sich der Euro-Zufluss in ihre Richtung zu stark verringert (z.B. Polen). Andere lehnen die gemeinschaftliche Verschuldung der EU am internationalen Kapitalmarkt ab (darunter Deutschland). Aber genau von dort soll ein Großteil der privaten Finanzmittel kommen.

Taxonomie – offenbar ernst gemeint

Die Zielsetzungen des Green Deal sind zweifellos ambitioniert. Die Finanzierungsplanung dieser Ziele ist zweifellos sehr ambitioniert. Nach den hier vorgelegten Erfahrungen und Überlegungen und Zielsetzungen sollte die Agrarpolitik in Deutschland, in Skandinavien, in der gesamten EU einen ganz wesentlichen Beitrag für eine zukunftsfähige Klimapolitik leisten können. Aber es sind die eingangs angesprochenen „Stellschrauben“, die an vielen Stellen wie mächtige Stolpersteine im Weg liegen. Und dann fabriziert die EU-Kommission einen echten Schwabenstreich, der viele Elemente dieser Stellschrauben enthält (vor allem Lobbying), und spricht von einer Maßnahmen-**Taxonomie**. Danach lassen sich auch Atomenergie und Erdgas als nachhaltige, als grüne Energien einstufen.

Taxonomie – bittere Pille des Green Deal

Als Taxonomie hat die EU-Kommission mit Unterstützung der Mehrheit der EU-Staaten im Februar 2022 eine Liste von Investitionsmöglichkeiten vorgelegt, die als nachhaltig bewertet werden und die Klimaziele (Paris 2015) erreichbar machen sollen. Die Taxonomie wird als ein wichtiger Baustein des „Green New Deal“ vorgestellt. Heiß diskutiert werden allerdings Atomenergie und Erdgas, die darin unter bestimmten Bedingungen als „grüne“ Energien deklariert und politisch als „Brückentechnologien“ verharmlost werden. AKW werden als klimafreundlich eingestuft, wenn z.B. bis 2045 eine Baugenehmigung vorliegt. Gaskraftwerke sind „grün“, wenn sie schmutzige Kraftwerke ersetzen.



Negativbeispiel französischer AKW-Technik: Cattenom

drittgrößtes AKW von 57 in Frankreich – mit einer Endlosliste an technischen Problemen

Rauchfahne über den Reaktoren im Juni 2013

Trotz einer sehr langen Liste kleiner und sehr schwerer Probleme mit französischen AKW lautet

Präsident Macrons neues Narrativ: **Atomenergie ist CO₂-frei und damit grün.** Es sieht daher so aus als setze Frankreichs Präsident damit nicht nur ein starkes Zeichen, dass er die Leitlinien der EU-Politik maßgeblich beeinflusst. Es soll ihm in der Mehrheitsgruppe der EU-Staaten, die sich pro Atomenergie aussprechen, die Sprecherrolle sichern. Und es muß gleichzeitig als zentraler Teil seines Wahlkampfes 2022 verstanden werden. Denn sowohl neue (zusätzliche) zivile AKW in Frankreich selber sollen das technologische Niveau und die entsprechenden Arbeitsplätze im Land sichern als auch weiterhin atomares Kriegsgerät für den globalen Export ermöglichen (vor allem U-Boote). Der ziemlich profillose deutsche Kanzler Scholz steht mit dem deutschen Atom-Ausstieg zwar ein bißchen im Weg, wird aber eher als politisches Leichtgewicht eingestuft und hat sich mit Macron auf ein „quid pro quo“ verständigt: Macron darf Atom – Scholz darf russisches Erdgas (Nord Stream II). Dass Uran unter Missachtung jeglicher Menschenrechte und unter Missachtung minimalsten Umweltschutzes vom französischen Unternehmen AREVA in Afrika im Tagebau gewonnen wird und dass auch Frankreich keine sicher De-

ponie für Atommüll besitzt (weil es die nicht gibt), blendet Macron auch gerade während der französischen EU-Präsidentschaft 2022 schlicht aus. Den Pariser Klimaschutz von 2015 unterläuft Macrons Atom-Offensive auch deswegen, weil der neue Typ von AKW frühestens ab 2040 die Stromproduktion aufnehmen kann und dann möglichst in großer Stückzahl auch global vertrieben werden soll.

Macrons Atompolitik bedeutet nicht nur an sich eine extrem hohe Klimabelastung (Strahlung), sondern ist Türöffner einer Kaskade von Klimabelastungen, die das Pariser Abkommen von 2015 als weiße Wolke davONSEGELN lassen. Denn die Taxonomie erklärt Investitionen in AKW für nachhaltig, verschafft Energiekonzernen wie AREVA oder VATTENFALL damit den „Persilschein“ zum *Weiter-so* und bindet dadurch automatisch einen extrem hohen Anteil an privaten und öffentlichen Energieinvestitionen (AKW-Bau ist teuer; Einrichtung von Zwischen- und von „Endlagern“ ist teuer; Sicherheitsvorkehrungen werden wegen der massierten Vermarktung von neuen AKW immer teurer). Diese Investitionen stehen dem Ausbau von erneuerbaren Energien oder der Erforschung anderer Formen der Energieversorgung nicht mehr zur Verfügung (Städteplanung, Baumaterialien, Kommunikation, Mobilität, Recycling). Sie stehen damit einer zukunftsfähigen Klimapolitik nicht mehr zur Verfügung. Das zweite zentrale Element der Taxonomie - **Erdgas** – bleibt hinter den vielschichtigen Problemen der Atomenergie zurück, bleibt dennoch ein direkter Klima-Killer. Positiv hebt sich Erdgas von Atomenergie dadurch ab, dass es auch zur Gewinnung von Wasserstoff genutzt werden kann. Allerdings als „grauer Wasserstoff“ und nicht als klimafreundlicher „grüner“ auf der Basis von Windkraft. Zumindest strahlt grauer Wasserstoff nicht einige tausend Jahre.....

Der andere Ausblick auf kompetente Bürgergesellschaft

.... zielt immer noch auf Photovoltaik und Windenergie. Und da bleibt der erwartungsvolle Blick auf alle öffentlichen Bauten gerichtet, die als erste mit **Solarlächern** vorangehen müssen, gefolgt von möglichst allen Neubauten mit neuen, eindeutigen Bauvorschriften. Und dann gibt es auch die **bürgernahen Energiedörfer** in Deutschland, die sehr an die skandinavischen Cluster erinnern und die in den 2000er Jahren den beschleunigten Demokratieverlust durch neoliberale klimafeindliche Politiken (Agro, Energie, Verkehr, ...) auf kommunaler Ebene partiell ausgleichen.

In Deutschland fällt dabei der Blick auf Energiedörfer, wie **Bollewick** in der Mecklenburgischen Seenplatte oder **Wildpoldsried** oder **Saerbeck** oder **Jühnde** bei Göttingen und natürlich auch das zuvor angesprochene Projekt **Schönau**, das sogar vom US-Präsidenten Obama ausgezeichnet wurde (s.o., S.138). Alles auch Beispiele für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 (SDG 11: nachhaltige Städte):

Bollewick

Seit 2012 ein **Modell für Regionale Energie, dörfliche Infrastruktur und soziale Teilhabe**. Alle gemeindeeigenen Gebäude Bollewicks ernten Sonnenstrom. Im Rahmen des kooperativen Investitionsplans „Wärmeversorgung“ investiert die Gemeinde in ein Nahwärmenetz. Zwei Biogasanlagen versorgen private Abnehmer, kommunale Gebäude und „die Scheune“ (größte Feldsteinscheune Deutschlands als Kongreß- und Kulturzentrum) mit Wärme.

Am „Tag der Energie“ ist in Bollewick die Abkehr von Atom und Kohle haptisch erfahrbar: Führungen zu den Anlagen, Gespräche mit den Bürgern, kommunalen Entscheidern und Unternehmern sind Teil der gesellschaftlichen Bildungsarbeit.

Unterstützung kommt von EU-, Bundes- und Landesebene. Die wichtigste Unterstützung leisten jedoch die Bürger und Unternehmer Bollewicks. Entsprechend bleiben Arbeitsplätze, Einkommen und Steuern im Dorf.

In den Landwerkstätten und an der Wärmezentrale verbinden sich Erneuerbare Energien mit regionaler und ökologischer Lebensmittelerzeugung und Vermarktung.

Dezentral, kommunal, regenerativ und vernetzte Energieerzeuger – das sind die wesentlichen Stichworte für eines der größten Forschungsprojekte der Hochschule Kempten, durchgeführt in der Allgäu-Gemeinde Wildpoldsried:

Wildpoldsried

Selbstdarstellung der Energiegemeinde:

- Die Gemeinde Wildpoldsried unterstützt den Masterplan Klimaschutz des Landkreises Oberallgäu zu 100 %
- Die Gemeinde Wildpoldsried setzt auf Forschung und Lehre im Bereich Erneuerbarer Energie, Regel- und Speichertechnik und unterstützt die Konsortiums-Partner vor Ort. Die Ergebnisse aus den verschiedenen Forschungsprojekten werden in Wildpoldsried umgesetzt und beispielhaft für eine weltweite Umsetzung veröffentlicht.
- Zusammenarbeit und Austausch im regionalen „Energiedreieck“ Südtirol (Sand in Taufers) / Burgenland (Güssing)/ Allgäu (Wildpoldsried) wird vertieft.
- Grüne Energie / Marshallplan mit Afrika – Zusammenarbeit in der Ausbildung für Zukunftsperspektiven mit staatlichen und weiteren Organisationen
- Internationale Besucher lernen vor Ort, welche Klimaschutz-Projekte erfolgreich umgesetzt werden können.
- E-Mobilitätskonzept mit Krankenpflegeverein und örtlichen Firmen
- Wildpoldsried ist Mitgliedsgemeinde beim Klimabündnis und Eurosolar

Im Unterschied zur Energiegemeinde Bollewick in Brandenburg, die sich vornehmlich auf das Engagement der eigenen Bewohner stützt und dieses ständig

vertieft, kommen im bayerischen Wildpoldsried akademisch und technisch sehr kompetente Partner von aussen dazu (Universität Kempten; SIEMENS).



Gemeinsam ist dadurch ein für Deutschland und darüber hinaus erfolgreiches Modell für integrierte Energiepolitik geworden, das nichts mehr mit der Sprechblasenpolitik der Merkel-Kabinette zu tun hat. Damit liegt hier eigentlich eine Blaupause für **bürgernehe und ökonomisch tragfähige dezentrale Energiesicherung** vor, mit der sich sogar eine Regierung zwischen GRÜN und FDP anfreunden kann.

In Skandinavien (besonders in Finnland) besitzt gesellschaftsrelevante Bildung und Ausbildung inzwischen ein deutlich höherer Stellenwert als in Deutschland, auch weil man sich dort weniger auf das punktuelle Bildungstesten a la PISA verläßt und weitestgehend mit UNESCO-Weltaktionsprogramm übereinstimmt, dass nämlich der Staat **Bildung für nachhaltige Entwicklung** sicherstellen soll. Dieses UNESCO-Programm wird zum Teil im Energieprojekt von Wildpoldsried mit berücksichtigt. Explizit ist es allerdings das Oberziel der **Energiegemeinde Saerbeck**, nördlich von Münster.

Saerbeck

In der Energiegemeinde Saerbeck (NRW) gehen die Bürger davon aus, dass Wissen allein nicht ausreicht, um den zentralen Handlungsfeldern der Energiewende zu begegnen, sondern dass das bewusste Treffen von Entscheidungen und ein entsprechendes Handeln durch Bildung unterstützt werden müssen. Die Ausrichtung außerschulischer Angebote an solchen weiterführenden Zielen scheint also dringend geboten, gestaltet sich jedoch durchaus komplex, da neben Fachwissen viele weitere Faktoren (u.a. Motivation, Wirksamkeitserwartung, Umwelteinstellungen) die Einstellung zu klimapolitischen Maßnahmen

beeinflussen.⁸⁰

„**Kompetenzzentrum zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung**“ ist daher ein zentrales Stichwort, um die Energie- und die Klimaaktivitäten in Saerbeck einzuordnen. Denn es geht hier um regenerative Energieformen, wie in Bollewick oder Wildpoldsriet oder Saerbeck selbst. Es geht aber ebenso eindeutig um die **gesellschaftspolitische Akzentsetzung für nachhaltige Entwicklung** mittels nachhaltiger Energiegewinnung und Energieeinsatz und damit auch um tatsächlichen Klimaschutz. Multiplikatoren der klimapolitischen Bildungsarbeit werden schon im frühkindlichen Alter, aber mehr noch im schulischen Alter, bei den Studenten wie bei den Lehrern gesehen. Die Klimakommune Saerbeck will schließlich **bis 2030 Energieautarkie** durch Nutzung erneuerbarer Energien erreichen. So wie eine Generation zuvor die Forderung formuliert wurde: „Schwerter zu Pflugscharen“, so hat man in Saerbeck die **Konversion eines ehemaligen Munitionsdepots der Bundeswehr** in einen Bioenergiepark mit Windenergie-, Photovoltaik- und Biogas-Anlagen vollzogen. Es ist sicher hilfreich, das dieses Gelände an ein Naturschutzgebiet grenzt und damit landschaftlich wie biologisch weitere Anknüpfungspunkte für anschlussfähige Lehr- und Lernangebote im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ermöglicht.

Bioenergiepark als **klimapolitischer Leuchtturm**: so wird in Saerbeck vom italienischen Unternehmen *Enapter* gesehen. Denn wegen der nur erneuerbaren Energieformen im Energiepark hat Enapter entschieden, in der Energiekommune Saerbeck die Produktion von jährlich rd. 100.000 Elektrolyseure montieren zu lassen; also die Geräte, die mit Hilfe von Wind- und Sonnenenergie **grünen Wasserstoff** produzieren. Die geplante Produktion wäre nach Firmenangaben die größte in Europa. Und in der Gemeinde werden bis zu 300 neue, qualifizierte Arbeitsplätze entstehen.

Saerbeck, Spatenstich für Elektrolyseur-Produktion

Der Ausblick bleibt äußerst vielschichtig. Aber es sind



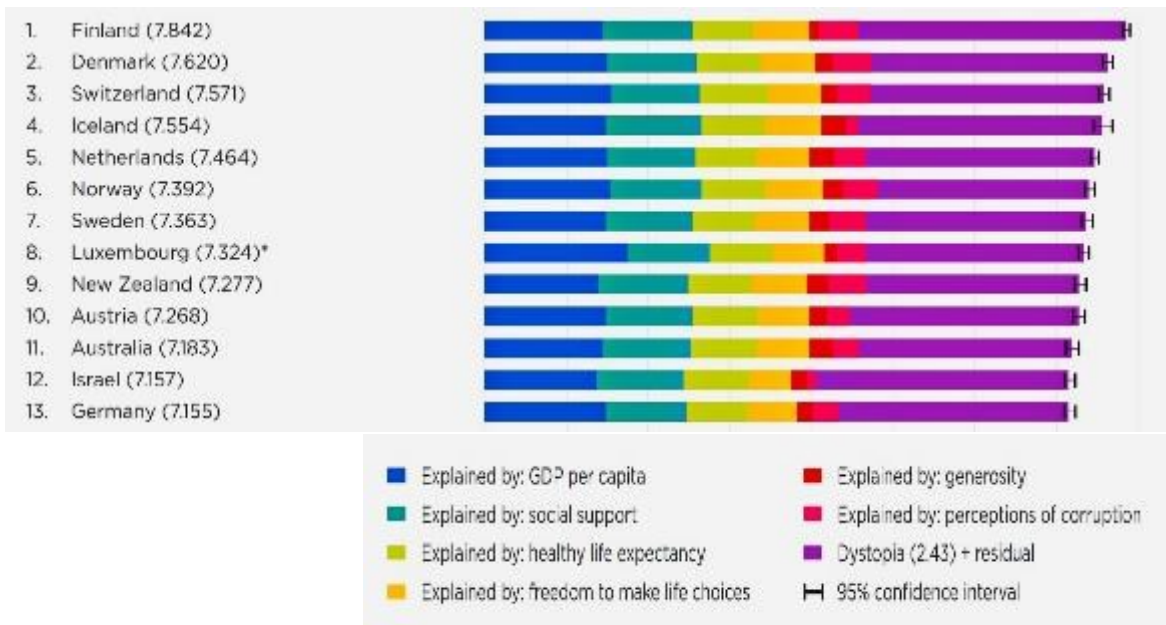
⁸⁰ vgl. den Abschlussbericht: „*Saerbecker Energiewelten: Machbarkeitsstudie Kompetenzzentrum Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Bioenergiepark Saerbeck*“, 2019 (Deutsche Bundesstiftung Umwelt)

nicht nur Macrons Atomkraftwerke, die wir sehen müssen. Sie stellen ganz sicher eine kolossale Bedrohung für Europa und darüber hinaus dar. Aber es ist auch die wachsende Zahl solcher Energiegemeinden mit ihrer sozialen Dimension (Entscheidungsteilhabe), mit ihrer klimapolitischen Relevanz, mit dem Charakter von regionalen Cluster und der industriellen Innovation bis hin zur Produktion von grünem Wasserstoff.

Weniger Globalisierung, viel mehr Kreislaufwirtschaft und Freiräume für bürgernahe Regionalentwicklung bleiben die Katalysatoren einer konstruktiven Klimapolitik. Aber als Gesellschaft müssen wir noch viel nachdrücklicher an den genannten Stellschrauben drehen, die unter ganz anderen Namen daher kommen und keine andere Welt ermöglichen.....

Finnland zeigt ganz nebenbei auch, weshalb die Möglichkeiten für eine andere Welt von der Gesellschaft aktiv genutzt werden müssen und weshalb sich eine politische Führung ohne Sprechblasen für Kreislaufwirtschaft mit den positiven Auswirkungen für den Klima- und den Ressourcenschutz einsetzen muß. Denn das Engagement wirkt sich zwangsläufig auf das Wohlbefinden der Bevölkerung aus – dem Ziel politischen Handelns: **Finnland ist seit mehreren Jahren die Nummer 1 im World Happiness Report**, dicht gefolgt von den anderen skandinavischen Gesellschaften. Deutschland belegt Platz 13. Allerdings erreicht Estland als bestes baltische Land und direkter Nachbar Finnland auch nur Platz 40:

Ranking im World Happiness Report 2021





Ostsee-Region

**internationale Zusammenarbeit
macht zukunftsfähig**